

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 23

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MICHAEL BRIE (HRSG.)

Die Linkspartei

Ursprünge, Ziele, Erwartungen

Karl Dietz Verlag Berlin

Michael Brie: Die Linkspartei
Ursprünge, Ziele, Erwartungen
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 23)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2005

ISBN 3-320-02072-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2005
Satz: Elke Sadzinski
Foto: Ronald Friedmann
Umschlag, Druck und Verarbeitung:
Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
Die Ursprünge	
<i>Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach Alternativen (Michael Brie)</i>	9
<i>Die PDS (Michael Brie)</i>	16
<i>Die Wahlalternative – Eine andere Politik ist möglich (Helge Meves)</i>	24
Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS (Helge Meves)	30
Akzeptanz und Wählbarkeit (Dietmar Wittich)	32
Drei Ziele	
<i>Erstes Ziel: Eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Dieter Klein)</i>	37
<i>Zweites Ziel: Demokratisierung der Gesellschaft (Lutz Brangsch)</i>	45
<i>Drittes Ziel: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa (Cornelia Hildebrandt)</i>	52
Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen (André Brie)	59
Exkurs I: Die Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus« (Joachim Bischoff)	
<i>Neoliberale Offensive</i>	66
<i>Vom Fordismus zur finanzgetriebenen Kapitalakkumulation</i>	68
<i>Politische Akteure</i>	73
Exkurs II: Projekte vereinigter Linksparteien in Europa: Portugal und Dänemark	
<i>Der Linksblock in Portugal (Helmut Ettinger)</i>	75
<i>Die Linksparteien in Dänemark: Sozialistische Volkspartei und Einheitsliste (Peter Birke)</i>	76

Kaleidoskop von Meinungen (zusammengestellt von Michael Brie)	
<i>Der Auslöser: Der Widerstand gegen Hartz IV</i>	79
<i>Links und Rechts in Deutschland</i>	81
<i>Zum Projekt der Linkspartei</i>	83
<i>Demokratischer Sozialismus</i>	86
Ausgewählte Texte in Auszügen	
<i>Aus der Erklärung von Lothar Bisky und Klaus Ernst vom 10. Juni 2005</i>	
<i>Gespräche zwischen PDS und WASG erfolgreich verlaufen</i>	87
<i>André Brie: Erinnerung an die USPD</i>	87
<i>Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen auf dem</i>	
<i>Ersten Sozialforum in Deutschland, Erfurt, 24. Juli 2005:</i>	
<i>Wir haben Alternativen – eine andere Welt ist möglich!</i>	89
<i>Rainer Rilling, Christoph Spehr: Vier Elemente eines modernen</i>	
<i>demokratisch-sozialistischen Gerechtigkeitsverständnisses</i>	91
Informationsquellen	92
Autorenverzeichnis	96

Vorwort

1990 war es beschworen worden, auf offenen und bunten Listen der PDS wurde es antizipiert, mit der Gründung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit und den Wahlerfolgen der PDS im Jahre 2004 schien es näher zu rücken – mit den Bundestagswahlen des September 2005 nimmt es konkrete Gestalt an: das Projekt einer starken Linkspartei in Deutschland. Seit der Gründung der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im April 1917, als Gegenkraft zu einer kriegsbejahenden Mehrheits-SPD, hat es das in diesem Lande nicht gegeben: eine starke Linke jenseits von KPD und SPD.

Schon jetzt, bevor diese Linkspartei überhaupt als starke Fraktion im Bundestag sitzt, bevor der Vereinigungsprozess von PDS und WASG richtig begonnen wurde, bevor ihre Programmatik und Strategie völlig ausformuliert sind, hat diese Linkspartei die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik nachhaltig erschüttert. Sie macht der SPD die Vorherrschaft unter den Linken streitig, nimmt der CDU und FDP möglicher Weise die absolute Mehrheit im nächsten Bundestag und avanciert in manchen Umfragen zur wählerstärksten ostdeutschen Partei. Vor allem aber verkörpert sie die Hoffnung auf einen Richtungswechsel der Reformen, eine Hoffnung, die zwar in der Bevölkerung großen Rückhalt hat, der die politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen »Eliten« dieses Landes aber völlig fremd gegenüber stehen. Die Linkspartei hat schon im Moment ihres Erscheinens, noch als »Gespenst«, die politische Tagesordnung der Bundesrepublik verändert. Das vorliegende Buch analysiert dieses Projekt einer neuen Linkspartei in folgenden Schritten:

Erstens: Das Projekt einer neuen Linkspartei hat drei Ursprünge – (1) breite Kreise der Bevölkerung, die nach Alternativen zum Neoliberalismus suchen, sich neu orientierende soziale Bewegungen und Gewerkschaftler, (2) die Linkspartei.PDS sowie die (3) Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Aus diesen Kräften kann die Substanz einer »Gegenkraft« entstehen – einer Macht, die die Vorherrschaft des neoliberalen Machtblockes herauszufordern vermag.

Es folgt *zweitens* eine kurze Chronik des Projekts.

Drittens: Das Projekt der Linkspartei hat es vermocht, in sehr kurzer Zeit eine ungewöhnlich hohe Akzeptanz zu erreichen und zum politischen Interessenvertreter wichtiger sozialer Gruppen und Milieus zu werden. Auf der Basis von Umfragen wird dies näher untersucht.

Viertens: Im Weiteren werden dann drei Ziele eines Linksparteiprojekts benannt – (1) eine Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit anstelle von Durchkapitalisierung und Privatisierung, (2) der Übergang zu partizipativer Demokratie anstelle von autoritärer Elitenherrschaft sowie (3) der Gestaltung der Europäischen Union als Raum des Frie-

dens, der Demokratie, der Freiheit und Gleichheit anstelle von neuen Kriegen, Demokratieabbau und sozialer Spaltung und Ausgrenzung.

Fünftens: Das Projekt der neuen Linkspartei wird nicht nur mit großen Vorbehalten betrachtet, sondern erfährt eine Unterstützung, die sich aus vielen Hoffnungen speist. Was aber ist notwendig, um diese Hoffnungen nicht zu enttäuschen? Welche strategischen Herausforderungen sind zu bewältigen? Dieses Buch versucht, darauf mit sechs Thesen erste Antworten zu geben.

Sechstens: Das Projekt einer Linkspartei nimmt genau zu dem Zeitpunkt feste Konturen an, in dem der (west)deutsche Klassenkompromiss der Nachkriegszeit endgültig aufgekündigt wurde, und zwar zugunsten einer Stärkung der Kapitalmacht und der Durchsetzung einer »neoliberalen Konter-Reform«. Dieser große gesellschaftliche Bruch, der sich in der Art und Weise der Vereinigung der beiden deutschen Staaten andeutete, ist der Ausgangspunkt zum Verständnis für das Entstehen des Projekts einer Linkspartei.

Es wird *siebtens* auf zwei andere europäische Projekte vereinigter Linksparteien (in Portugal und Dänemark) eingegangen.

Achtens: Im Anhang sind Ausschnitte aus Artikeln und Reden wiedergegeben, die es erlauben sollen, sich leichter ein eigenes Bild der umfangreichen Mediendiskussion zu dem sich formierenden Linksparteiprojekt zu machen. Dadurch wird die spannungsreiche Normalität solcher Veränderungen im Parteiensystem deutlich.

Neuntens werden einige ausgewählte Texte in Auszügen abgedruckt, die helfen können, Hintergründe besser zu verstehen, und *zehntens* und abschließend wird auch auf weitere Literatur und Informationsquellen insbesondere aus dem Umfeld der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* und der Zeitschrift *Sozialismus* verwiesen.

Dies sind die zehn Schwerpunkte dieses kleinen Buches, vorgelegt von zehn Autorinnen und Autoren, die in einer hektischen Zeit, oft selbst direkt im Projekt der Linkspartei engagiert, sich bereit fanden, Beiträge dazu vorzulegen. Als Herausgeber möchte ich ihnen danken. Was Rosa Luxemburg mit Blick auf die Sozialdemokratie sagte, gilt heute wohl mindestens so sehr für das Projekt einer neuen Linkspartei: »Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.«

20. August 2005

Michael Brie

Die Ursprünge Bürgerinnen und Bürger auf der Suche nach Alternativen (Michael Brie)

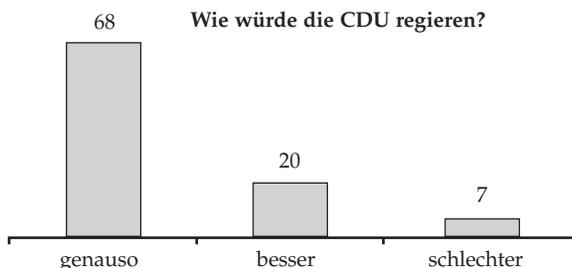
In den »Goldenen 70ern« schien die Welt der alten Bundesrepublik noch in Ordnung. Wie eine umfassende Studie zu den westdeutschen Eliten bewies, besaßen diese das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung, die ihnen die Macht überließ auf einer einfachen Grundlage – einem Werte- und Politikkonsens zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und denen, die über Wirtschaft und Politik verfügten, auf der Basis eines Gesellschaftsvertrages und Klassenkompromisses, bei dem (fast) alle zu gewinnen schienen. Bis weit in die siebziger Jahre hinein vermochte es die SPD, große Teile des Protests von 1968 zu integrieren und in soziale und demokratische Reformen zu übersetzen. Schon zwanzig Jahre später aber, so die Ergebnisse einer neuen Elitestudie, waren das Vertrauen dahin, der Konsens aufgegeben und der Vertrag von Seiten der herrschenden Klassen einseitig aufgekündigt.

Die Ergebnisse der Politik – vor allem steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Unsicherheit und soziale Ausgrenzung, die Bildungsmisere und wachsende Kosten bei den Grundbedürfnissen wie Gesundheit und Pflege – stehen im Gegensatz zu den Versprechen der Eliten und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Das Vertrauen, die Parteien und Verbände würden es schon richten, ist heute verschwunden. Die Bevölkerung fragt sich, warum sie die Macht in die Hände von Leuten delegieren soll, die völlig unfähig zu sein scheinen, die Probleme zu lösen. Zwei Drittel der Bevölkerung geht davon aus, dass die CDU ihre Wahlversprechen nicht einlösen wird, von der SPD ist man es schon gewöhnt (Grafik 1).

Grafik 1:

Die Mehrheit sieht auch in einer möglichen CDU-geführten Regierung keine positive Alternative und – schlechter als unter der SPD kann es kaum werden

(<http://focus.msn.de/F/2004/29/Deutschland/spd/spd.htm/>)

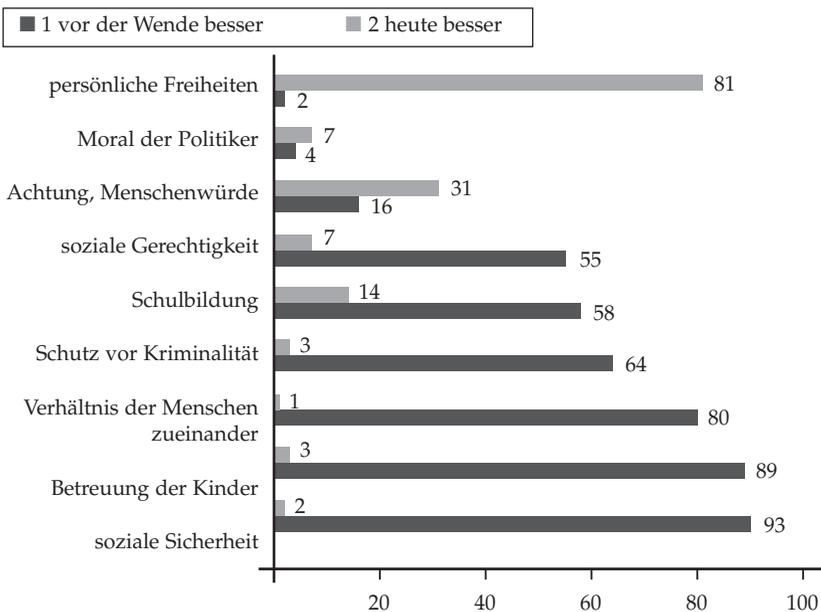


Die Differenz zwischen Bevölkerung und Eliten geht aber weit über die Frage nach Fähigkeiten hinaus. Es ist ein fundamentaler Konflikt zwischen Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger einerseits und der Mehrheit der herrschenden Eliten aufgebrochen. Vom Standpunkt der Eliten können die neuen Probleme der Gesellschaft, wie sie mit Globalisierung, Individualisierung, Alterung der Bevölkerung, Erschöpfung natürlicher Ressourcen und Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit entstanden sind, nur durch eine Politik der umfassenden Privatisierung und marktförmigen Gestaltung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche, der Reduktion der öffentlichen sozialen Leistungen und der Umverteilung von unten nach oben – kurz: durch eine neoliberale Politik – gelöst werden. Sie schließt wachsenden sozialen Druck und ein Regime der Unsicherheit und Angst um Arbeitsplatz, Rente und Gesundheitsvorsorge ein. Und da sie den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung widerspricht, wird sie mit unbeeinflussbaren »Sachzwängen« begründet und entsteht nicht mehr aus dem demokratischen Dialog, sondern in Kommissionen wie jenen, denen Bert Rürup (Renten) oder Peter Hartz (Arbeitsmarkt) vorstanden. Der Politikwissenschaftler Franz Walter spricht in diesem Zusammenhang von einem »merkwürdigen Trotzismus der globalisierten Klasse« – neoliberale Reformen als »Veränderungen in Permanenz«.

Beginnend schon in den siebziger Jahren, sehen sich wachsende Teile der Bürgerinnen und Bürger mit dem Wirken einer Elite konfrontiert, die im Rahmen demokratischer Spielregeln Ziele und Wege verfolgt, die zunehmend den Mehrheitsinteressen widersprechen und auf die Integration abweichender Zielvorstellungen verzichten. Immer mehr erschien es, als sei die repräsentative Demokratie in Deutschland nicht nur eine Machtausübung durch wenige, sondern auch im Interesse weniger – eine Oligarchie mit Zügen einer Tyranie, deren Credo ein »Basta« ist und die sich um sozialen Protest nicht scheren will. Junge Ostdeutsche, die Erfahrungen mit der DDR wie auch mit der BRD machen konnten, kommen deshalb zu einem wenig schmeichelhaften Vergleich der Politiker der einen wie der anderen Gesellschaft und vertreten das Ideal einer Ordnung, in der individuelle Freiheit und Achtung der Menschenwürde mit Gleichheit und Solidarität vereint ist (Grafik 2).

Grafik 2:

**Der alltägliche Systemvergleich – »vor der Wende besser«
und »heute besser« (heute rd. 30-jährige Ostdeutsche befragt)**



Während die herrschenden Eliten in den von ihnen kontrollierten Parteien und Lobbyverbänden sich in völliger Einmütigkeit für mehr Kapitalismus, weniger demokratische Partizipation und wachsende Kontrolle und Überwachung einsetzen und dabei Krieg als Mittel der Politik wieder durchsetzen, haben große Teile der Bevölkerung ganz andere Vorstellungen von einer »guten Gesellschaft« und einem richtigen Leben. Sie wollen Freiheit und soziale Sicherheit vereinigt wissen. Sie verlangen nach der Verbindung von liberalen Grundrechten mit sozialen Grundrechten, repräsentativer Demokratie mit direkter Bürgerbeteiligung, Rechtsstaatlichkeit mit hoher sozialer Gleichheit, privatem Eigentum mit öffentlichem Eigentum und nach starker Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Sie verlangen zu achtzig bis neunzig Prozent von Parteien vor allem, dass sie sich für die Verbesserung der Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen einsetzen, dass das Bildungssystem modernisiert wird, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verfolgt, die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt und Kriminalität bekämpft sowie eine wirkliche Friedenspolitik realisiert wird.

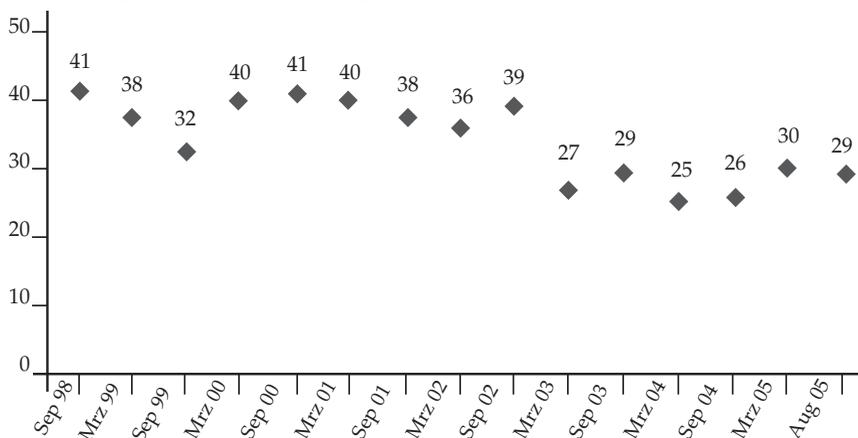
Der neoliberalen »Einheitsfront« der Herrschenden steht Skepsis bis Ablehnung bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Hartz IV wurde als Kriegserklärung von oben verstanden. Die Senkung der Unterneh-

menssteuern, der Verzicht auf Vermögenssteuern, die Einführung von Studiengebühren, längere Arbeitszeiten, Abbau von Kündigungsschutz, Einschnitte in die sozialen Sicherungssystemen, Absenkung des Rentenniveaus, Kürzungen bei der Arbeitsagentur werden dagegen höchstens von zwanzig bzw. dreißig Prozent der Bevölkerung unterstützt. Die neoliberale Agenda ist kein demokratisches Mehrheits-, sondern ein Herrschaftsprojekt. Und dabei gibt es kaum Unterschiede zwischen Ost und West. Das generelle Misstrauen in Parteien ist mit wachsender politischer Urteilsfähigkeit verbunden, so Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap.

Dieser Konflikt zwischen Oben und Unten wird in Ostdeutschland im besonderen Maße gefühlt. Hier ist die Angst größer, sind die Erfahrungen mit dem Absturz in Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und Hartz IV besonders verbreitet und in fast jeder Familie präsent, hier wirkt das Gefühl der autoritären Fremdbestimmung aus der von Westdeutschland gesteuerten Vereinigung weiter und wird auf die Agenda 2010 bezogen. Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich die Furcht vor Verschlechterung der persönlichen Lage mehr als verdoppelt. Etwa zwei Drittel der Hartz-IV-Empfänger leben in Ostdeutschland, das nur ein Fünftel der Einwohner Gesamtdeutschlands hat.

In diesem Widerspruch zwischen Regierenden und Regierten haben die Bürgerinnen und Bürger erstens damit begonnen, die demokratischen Wahlen als Waffe einzusetzen. Die so oft gescholtene Wahlenthaltung war ein solches Kampfinstrument. Die jeweiligen Regierungsparteien verloren vor allem deshalb, weil die, die sie früher gewählt haben, einfach nicht mehr zur Wahlurne gingen. Dies erfasste in den neunziger Jahren die damals regierende CDU und in den letzten sechs Jahren mit aller Macht die regierende SPD (Grafik 3).

Grafik 3:
Entwicklung der Wählerzustimmung für die SPD (www.wahlrecht.de/umfragen/dimap.htm)

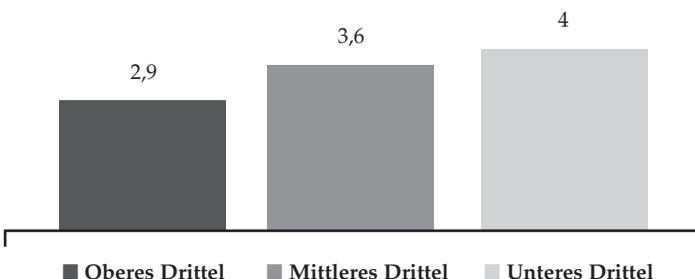


Der Zuspruch zur SPD sank von einem Sockel zwischen 35 bis 40 Prozent in den Jahren zwischen 1998 bis 2002 auf einen Sockel zwischen 25 und 30 Prozent in den Jahren nach 2002.

Gleichzeitig begannen immer mehr Wähler zu wandern. Ihr Ziel war weniger die Wahl einer Politik, mit der sie sich identifizieren konnten – diese stand nicht zur Verfügung –, sondern die Abwahl der jeweils Regierenden, um sie unter Druck zu setzen. Weiterhin wurde die Wahlstimme eingesetzt als Protest. Man wählte diejenigen, die nicht zum *Establishment* gehörten. Oft die PDS, manchmal rechtsnationalistische und rassistische Parteien. Außerdem wuchs schließlich der Druck, die Lücke an Repräsentation wichtiger sozialer und demokratischer Interessen endlich zu schließen.

Die SPD hat in ihrem Drang nach einer »Neuen Mitte« der sozialen und kulturellen Aufsteiger das soziale Unten der Gesellschaft und jene, die durch Arbeitslosigkeit und Abbau der sozialen Sicherungssysteme direkt oder mittelbar bedroht sind, buchstäblich links liegen gelassen. Für die Grünen mit ihrem Anspruch, neben den kulturell-sozialen Mittelschichten auch die Gewinner der neuen Lifestyle-Industrien zu vertreten, waren diese von der SPD aufgegebenen Gruppen nie ein wirkliches Thema. Die klassische Arbeiterschaft, die von ständiger Unsicherheit und Marginalisierung Betroffenen und die ganz Ausgegrenzten blieben ohne Ansprechpartner in der etablierten Politik. Breite Mittelschichten begannen zu spüren, wie schwer es sich in einer Gesellschaft lebt, in der sich ein sozialer Abgrund aufgetan hat, in den immer mehr Menschen stürzen und an dessen Rand immer größere Teile der Bevölkerung entlang balancieren, ohne Seil und Sicherheitsnetz. Nur das obere Drittel der Gesellschaft verspürt noch ein wenig mehr Hoffnung als Angst (Grafik 4).

Grafik 4:
Abhängigkeit der Zukunftsangst vom Einkommen
(Zukunftsangst auf der Skala 1 (nein) bis 5 (sehr stark)
(über 3,0 herrscht mehr Angst als Zuversicht vor)



Die Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik führte zweitens zu einer neuen Welle der Mobilisierung in sozialen Bewegungen und Gruppen wie Attac Deutschland oder der Initiative für einen Politikwechsel. Jenseits der Großverbände und Parteien wurde der Raum besetzt, um Alternativen zu formulieren, Kampagnen zu organisieren und vor allem sich selbst und andere über die Folgen des Neoliberalismus aufzuklären. Mit der Durchführung des Ersten Sozialforums in Deutschland in Erfurt im Juli 2005 fand dies seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Erklärung sozialer Bewegungen, die zum Abschluss des Sozialforums verabschiedet wurde, stellt eine Art Grundkonsens der Linken in Deutschland dar.¹

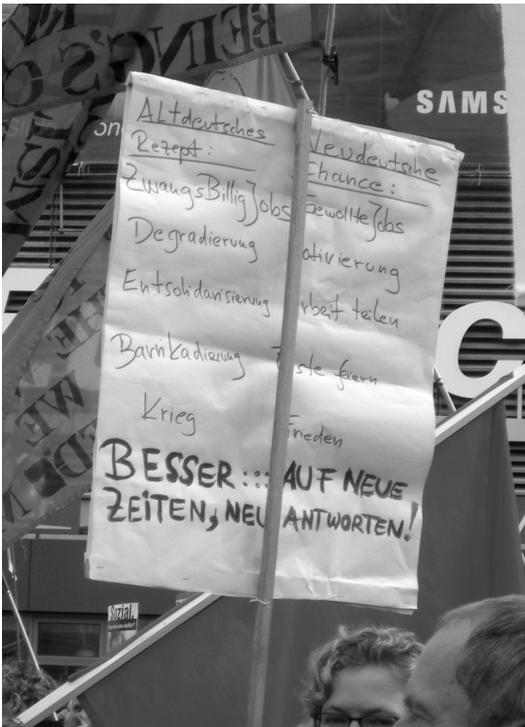
Viele Bürgerinnen und Bürger haben ein drittes demokratisches Mittel eingesetzt, um ihren Grunddissens mit den herrschenden Eliten zum Ausdruck zu bringen. Die Jahre 2003 und 2004 waren durch eine Vielzahl von Demonstrationen und Großdemonstrationen geprägt. Millionen Menschen gingen gegen die neuen Kriege, die Agenda 2010 und den Demokratieabbau auf die Straße. Die wichtigste Demonstrationswelle aber kam unerwartet und spontan. Weder Parteien noch Gewerkschaften oder die bekannten sozialen Bewegungen waren die Organisatoren, sondern Betroffene selbst – es waren die Montags-Demonstrationen vom Sommer und Herbst 2004 gegen die so genannten Hartz-IV-Reformen.²

Bei diesen Demonstrationen gingen direkt Betroffene und andere, oftmals zwischen 45 und 65 Jahre alt, Woche für Woche auf die Straße, um zu protestieren. Mit der Wut und dem Witz, der an 1989 anknüpfte, trugen sie ihre Anliegen vor: »Wir nehmen die Sache selbst in die Hand! – Nicht nur Hartz IV«, »Schröder und Anhang in die Grundrente – wegen Verliererdemütigung«, »Hartz't Du schon oder lebst Du noch?«, »Eine Bitte an die CDU: Dankt Schröder mit der Ehrenmitgliedschaft!«, »Bei jeder Schweinerei sind die Grünen mit dabei«, »Vom Arbeitsmarkt zum Sklavenmarkt«, »Wer hat die Arbeitslosen verraten? Die Führung der Sozialdemokraten!« Ein Demonstrant hatte sich ein Schild auf dem Rücken befestigt: »Stundenlohn Werner Otto (Otto Versand) 184894, 67 €«. Ein anderer schrieb auf ein Plakat: »Ach, ihr gewählten Volks(ver)treter, ihr Schröders und auch Köhlers, ihr seid die neuen Schreibtischtäter. Wacht endlich auf – gewusst, gewollt – hat es wieder keiner später.« Wieder ein anderer (siehe folgendes Foto) stellte das »altdeutsche Rezept« jetziger Politik einer »neudeutschen Chance« gegenüber: ZwangsBilligJobs vs. Gewollte Jobs, Degradierung vs. Motivierung, Entsolidarisierung vs. Arbeit teilen, Barrikadierung vs. Feste feiern, Krieg vs. Frieden.

Er schloss mit den Worten: »Besser ...: Auf neue Zeiten neue Antworten!« Viele lokale Sozialproteste wie die in Hamburg, Köln oder Wiesbaden haben

1 Diese Erklärung ist in Auszügen im Anhang abgedruckt.

2 Vgl. dazu den bemerkenswerten Dokumentarfilm von Martin Kessler »neue WUT« (www.neue.WUT.de).



gleiche Positionen zum Ausdruck gebracht.

Ein viertes Mittel der demokratischen Auseinandersetzung waren Streiks. Aus einer historischen Defensive heraus gibt es erste Anzeichen, dass Belegschaften großer Betriebe und Gewerkschaften nach Wegen suchen, um ihre Interessen wieder durch Arbeitskämpfe zur Geltung zu bringen. Die große Lohnzurückhaltung des letzten Jahrzehnts hat den Arbeitenden nichts gebracht. Die Erfahrungen der direkten Einmischung der Regierenden zugunsten der Arbeitgeber, die Erpressung durch die Unternehmen mit der Drohung der Abwanderung, die Niedriglohnpolitik

im öffentlichen Dienst und die Tatsache der Vernichtung guter Arbeitsplätze durch Outsourcing, Privatisierung und Schaffung eines Niedriglohnssektors, der Skandal um die Hartz-IV-Arbeitsplätze, auch die schmerzhaften Niederlagen der letzten Jahre haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neu politisiert. Der Kampf in den Opel-Werken Bochum hat genauso wie die Hartz-IV-Proteste das Jahr 2004 geprägt.

Viele Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik haben begonnen, sich gesellschaftlich für einen Politikwechsel zu engagieren. Viel mehr noch sind frustriert und warten ab. Doch die Gespräche zu Hause und auf Arbeit, in der Kneipe und beim Warten im Arbeitsamt, mit Kollegen, Familienangehörigen und Freunden haben sich verändert. Das »Nicht weiter so!« wird von großen Teilen der Bevölkerung getragen. Weder die Agenda 2010 von Rot-Grün noch das Wahlprogramm von CDU, CSU und FDP haben eine Mehrheit. Aus der Gesellschaft heraus ist das Bedürfnis nach einer starken Linkspartei entstanden.

Die PDS (Michael Brie)

Es ist im europäischen Vergleich nicht ungewöhnlich, dass eine kommunistische Partei oder sogar eine regierende sozialistische Staatspartei sich so transformiert, dass sie zu einer einflussreichen linken Kraft der Gegenwart wird.³ Ungewöhnlich und besonders schwierig ist dies nur in Deutschland. Erstens handelt es sich bei der von der SED zur PDS gewandelten Partei um eine, die nur im wesentlich kleineren Teil des Landes, den neuen Bundesländern, verankert ist. Zweitens wurde sie auch für die Vertiefung der Teilung Deutschlands durch den Bau einer Mauer in Haftung genommen, und die Mehrheit der Westdeutschen machten und machen für Kalten Krieg und Diktatur ausschließlich die Sowjetunion und die DDR verantwortlich. Drittens war für die früheren politisch-wirtschaftlichen und kulturellen Eliten der DDR im Beitritt kein Platz. Sie wurden im Namen des Kampfes »gegen die alten Seilschaften« fast völlig durch die nicht weniger alten Seilschaften des Westens verdrängt. Kaum jemand hätte 1990/91 auf die PDS auch nur einen Heller gesetzt – bis auf jene, die das sozialistische Lebensideal der Gründergeneration der DDR im Kampf um die eigene Würde zu verteidigen suchten: »Kopf hoch und nicht die Hände!« wurde eines der wirksamsten Wahlkampfplakate Gregor Gysis.

Wieso aber konnte aus dieser Nachfolgepartei eine der drei starken Parteien im Osten Deutschlands werden? Der Verweis auf das Milieu der staatssozialistischen Dienstklasse reicht dafür nicht aus. Von den über zwei Mio. Mitgliedern der SED waren in kurzer Zeit 95 Prozent aus der SED-PDS ausgetreten. Viele haben sich politisch zurückgezogen, viele haben andere Parteien gewählt. Ende 2004 hatte die PDS noch knapp 62 Tsd. Mitglieder, davon 4,5 Tsd. im Westen. Trotzdem konnte die PDS bis heute bedeutende Kraft aus dieser Trägerschicht der DDR gewinnen. Mit dem Kampf um die eigene Würde wurde oft stellvertretend für viele andere Ostdeutsche der Kampf um gleichberechtigte Anerkennung der eigenen Biografien, Lebensleistungen, Sozial-einkommen wie Renten, aber auch um gleiche Löhne und Gehälter geführt. Die Linkspartei.PDS ist mit weitem Abstand vor allen anderen Parteien überzeugender Interessenvertreter der Ostdeutschen (Grafik 5). Aber: Fast gleich viel (30 Prozent) sehen in keiner Partei einen ernsthaften Interessenvertreter des Ostens, 19 Prozent machen keine Angabe oder wissen es nicht.

Als die Hartz-IV-Reformen fast fünfzehn Jahre nach dem Beitritt immer noch selbst die, die am schlechtesten dran sind in dieser Gesellschaft, nach Ost und West unterschied und denen im Osten 14 Euro weniger zumaß im Monat, war dies nicht nur absurd, sondern vor allem eine erneute Beleidigung und Demütigung. Jedes Jahr der Einheit schien mit einem Euro Minus zu Buche zu schlagen. Der CDU-Minister General Schönbohm setzte dieser Politik nur die

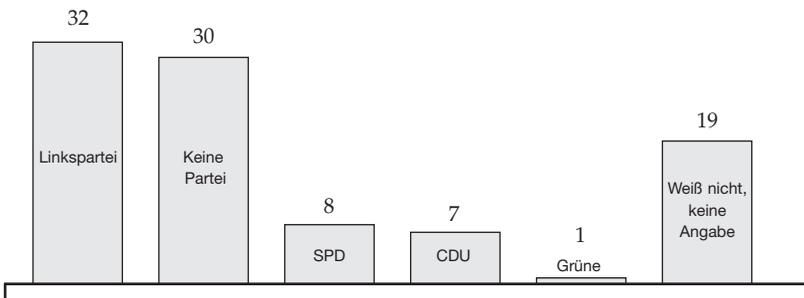
3 Vgl. dazu: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch (Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte 19), Berlin 2005.

Krone auf, als er vielfachen Kindermord mit dem »proletarischen« Erbe der DDR in Verbindung brachte. Kurz darauf erklärte Edmund Stoiber: »Ich akzeptiere nicht, dass erneut der Osten bestimmt, wer in Deutschland Kanzler wird. Es darf nicht sein, dass die Frustrierten über das Schicksal Deutschlands bestimmen.« – Soll ihnen das allgemeine Wahlrecht noch einmal abgesprochen werden, bis sie wieder so reif sind, der Politik der herrschenden Eliten mit zumindest 90 Prozent zuzustimmen? Wie schon für die DDR-Führung gibt es auch bei Stoiber einen Führungsanspruch: »... wir haben leider nicht überall so kluge Bevölkerungsteile wie in Bayern. Die Stärkeren müssen manchmal die Schwächeren ein Stück mitziehen.« Den Ostdeutschen wird endgültig klar, was westdeutsche Eliten über sie denken: zum Mörder sozialisiert, und dann auch noch zu dumm, zum richtigen Wählen ...

Grafik 5:

Welche Partei vertritt Ihrer Meinung nach am überzeugendsten die Interessen der Ostdeutschen? Befragte in Ostdeutschland, Ende Juli 2005

(Neues Deutschland, 1. August 2005)



Die Konflikte zwischen den Ostdeutschen einerseits und der herrschenden westdeutschen Elite wurden von Anfang an auch als Konflikte um soziale Gerechtigkeit und Grundrechte vs. Durchsetzung hoch monopolisierter Märkte und großer Konzernmacht geführt. Der Kampf vieler Ostdeutscher, individuell oder kollektiv, um die Betriebe, um Arbeitsplätze, Renten, Arbeitsförderung, um Grund und Boden, Immobilien und Wohnungen war ein Kampf für mehr soziale Sicherheit und Selbstbestimmung sowie um lebendige Demokratie. Er wurde gerade angesichts der widersprüchlichen Erfahrungen in und mit der DDR auch zunehmend als Widerspruch zwischen sozialistischen Idealen und kapitalistischer Wirklichkeit verstanden. Dies machte es der PDS möglich, praktische Interessenpolitik für die Ostdeutschen mit ihren Vorstellungen von einem demokratischen Sozialismus zu verbinden.

Sozialstrukturell, so beweisen zumindest die Ergebnisse derjenigen Wahl, bei der die PDS bisher am erfolgreichsten war, der Wahl 2001 im Lande Berlin, konnte sie gleichzeitig Gruppen ansprechen, die von sozialer Ausgrenzung,

Abwertung und Stigmatisierung betroffen sind (Arbeitslose, alleinstehende Frauen mit Kindern, ausländische Mitbürgerinnen und -bürger), sowie auch Gruppen, die den modernen Mittelschichten angehören, über eine hohe Qualifikation und überdurchschnittliche Einkommen verfügen, Selbstbestimmung mit sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sowie einer solidarischen und friedlichen Weltordnung verbinden wollen. Sie hat auch breitere Kreise von Jugendlichen zu erreichen vermocht, die sich durch eine starke alternative Protestorientierung auszeichnen.⁴ Auch die Ergebnisse der Europawahl 2004, bei der die PDS bundesweit 6,1 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte, sprachen eine ähnliche Sprache.

Über lange Zeitperioden war zu verzeichnen, dass es für die PDS durchaus relevante Potenziale in der Bevölkerung gab und gibt, die sich zugleich positiv auf die neuen sozialen Bewegungen und/oder Gewerkschaften beziehen *und* auch positiv auf die PDS. Dies war und ist besonders in Ostdeutschland ausgeprägt.

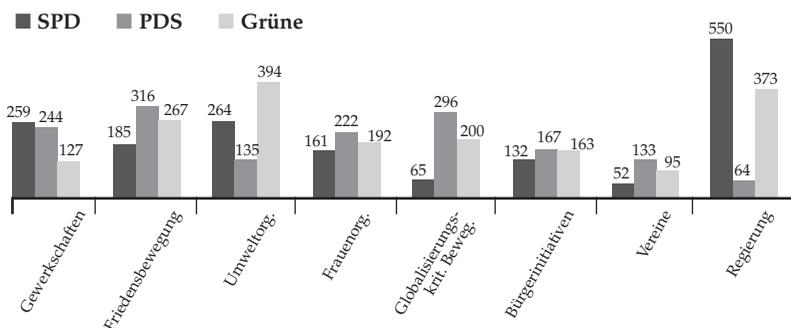
Die PDS ist hier eine linke Volkspartei, die zugleich über starken Rückhalt in der Bevölkerung verfügt *und* von vielen unterstützt wird, die sich emanzipativ und solidarisch für gesellschaftliche Veränderung einbringen. Auch neuere Untersuchungen des Jahres 2005 zeigen, dass die Linkspartei.PDS sich auf eine starke Verankerung im alternativ-antiautoritär-kreativen Milieu wie aber auch in solidarischen und leistungsorientierten Milieus stützen kann.

Die Grafik 6 zeigt, dass die PDS durchaus auf eine bestimmte positive Verbindung mit der Zivilgesellschaft verweisen kann. Sie konkurriert dabei im Osten teilweise auch erfolgreich mit der SPD und den Grünen, und selbst die Werte in Westdeutschland waren auch 2002, dem Jahr der Niederlage zur Bundestagswahl, nicht schlecht. Gleichzeitig entsprach dieser positive Bezug weder einer entsprechenden Personalzusammensetzung in den Führungsgremien der PDS (es gibt zu wenige »Andockmöglichkeiten« für die Zivilgesellschaft) noch in der Aktivistenschaft. Die PDS wurde als zu wenig attraktiv und zu schwach zur Artikulation, Repräsentation und Durchsetzung der Anliegen jener angesehen, die sich positiv auf die emanzipativen Kräfte der Zivilgesellschaft beziehen. Nur aus sich heraus war eine Erneuerung und Etablierung als wirklich gesamtdeutsche Partei unmöglich.

4 2001 konnte festgestellt werden: »Das soziale Profil der Wählerschaft der PDS wird besonders stark durch Frauen, im Westen Jüngere, im Osten Ältere, Personen mit mittleren bis oberen Bildungsabschlüssen, Berufstätige und Arbeitslose, insgesamt Angestellte, im Osten Arbeiter, Führungskräfte und Angehörige freier Berufe, Kleinunternehmer und Informationsarbeiter geprägt. Verstärkte Akzeptanz findet die PDS bei Frauen, bei Jüngeren, Berufstätigen, Schülern und Studenten sowie in den Gruppen der Informationsjugend und der Informationsarbeiter.« (Michael Chrapa, Dietmar Wittich: Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Erwartungen, Vorstellungen und Positionen. Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 53.)

Grafik 6:

Korrelation bei Interessenvertretung durch eine Partei (SPD, PDS, Grüne) und durch Verbände/soziale Bewegungen/Initiativen/Bundesregierung in Ostdeutschland im Jahre 2002⁵



Die Frage, der sich die PDS stellen musste, war die nach einem praktischen Gebrauchswert im Sinne der Fähigkeit von Veränderung und Zukunftsorientierung. Gerade Wähler der PDS stehen Wahlen kritisch gegenüber und lassen sich nach ihren eigenen Aussagen nur unterdurchschnittlich durch sie beeinflussen. Dies und eine mittlerweile stark zurückgegangene Stammwählerschaft bedeuten, dass die Wahl der PDS für Bürgerinnen und Bürger kein Selbstzweck ist, sondern sich für sie durch den »Gebrauchswert« der PDS erschließen muss. Sie »geben« ihre Stimme und verlangen dafür einen »Nutzen«, der hinreichend groß sein muss, um andere Wahlkalküle oder die Wahlabstinz auszuschließen. Die Wählerinnen und Wähler wollen in der Mehrheit durch Wahlen etwas verändern. Zugleich trauten in den letzten Jahren nur vier bis sechs Prozent der PDS eine solche Fähigkeit zur Veränderung zu, ein Problem, das auch für die heutige Linkspartei.PDS besteht.

Gerade in diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von Regierungskoalitionen der PDS mit der SPD auf Landesebene bzw. des langjährigen Modells der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt zu sehen. Durch die Übernahme direkter oder indirekter Regierungsverantwortung auf Landesebene musste sich der Gebrauchswert der PDS auf neue Weise bestätigen, oder sie verliert auch auf jenen Gebieten, wo sie bisher Zuspruch hatte. Bis jetzt scheint die Bilanz zwar sehr widersprüchlich, aber auf keinen Fall nur

5 Angabe des Korrelationskoeffizienten ($\times 1000$) bei der wechselseitigen Interessenvertretung. (Anhänger der Partei/Bewegung/Organisation X sagen aus: »Partei/Bewegung/Organisation Y könnte meine Interessen vertreten: Ja/Etwas/Nein.«) Dieser Koeffizient drückt recht klar die jeweilige »Nähe« der verschiedenen Akteure zueinander aus. Michael Chrapa: SPD und PDS im Verhältnis zu Verbänden und sozialen Bewegungen – aktuelle empirische Fakten zum Meinungsbild der Parteianhängerschaften. Ms. 2002.

negativ. Der Vorwurf an die PDS, sie würde in der Regierung nichts betreiben als bloße Durchsetzung neoliberaler Politik, ist verfehlt. Zugleich vermochte sie es nicht, auf Landesebene auf den sozialökonomischen Feldern einen Richtungswechsel der Politik zu erreichen, sondern schwächte bestenfalls die Wirkungen neoliberaler Politik etwas ab. Dies ist nicht wenig, aber weniger, als viele ihrer Wählerinnen und Wähler erhofften und auch das Wahlprogramm versprach.⁶

Aus dem Parteiprogramm der Linkspartei.PDS

Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und herabgewürdigter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit, Erwerb und Verteilungsgerechtigkeit. Sie brauchen Bildung und Kultur. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit. Für Hunderte Millionen Menschen geht es dabei noch immer um das Elementare: um die Überwindung absoluter Armut. Sie brauchen das tägliche Brot, um nicht zu verhungern.

Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln können. Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte. Es war die Internationale, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte.

Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern er geht von den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. Deshalb entwickelt die PDS ihre Programmatik nicht losgelöst von den Bürgerinnen und Bürgern, Aktivistinnen und Aktivisten sozialer Bewegungen, Organisationen und Initiativen. Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden. In diese Kämpfe wollen wir uns mit unseren Einsichten und Erfahrungen einbringen.

Die PDS hat mit sehr großer Verspätung auf die sich schon Ende der neunziger Jahre abzeichnenden Krisenprozesse reagiert. Mit großer Mühe wurde eine programmatische Erneuerung eingeleitet, die im Oktober 2003 zur Annahme eines neuen Parteiprogramms führte. Während das Programm von 1993 weitgehend einen Kompromiss zwischen einem »modernen Sozialismus« und Traditionen eines staatssozialistischen Marxismus darstellte, setzte sich in der Programmdiskussion nach 1998 weitgehend ein Ansatz durch, der die Grundwerte des demokratischen Sozialismus und die Konturen einer demokratisch-sozialistischen Reformpolitik einheitlich aus dem Anspruch jeder und jedes Einzelnen auf ein selbstbestimmtes Leben ableitet. Die Radikalität der Betonung des Werts der Gleichheit *in* der Freiheit und die Orientierung auf umfassende Veränderungen von Eigentums- und Machtverhältnissen markieren deutliche Unterschiede zur Sozialdemokratie in Deutschland.⁷

Als soziale Grundlage des sozialistischen Kampfes wird im geltenden Parteiprogramm der Linkspartei.PDS ein Bündnis sozialer Kräfte angesehen, jener, »die sozial besser gestellt sind, sich aber mit sozialer Ausgrenzung aus der Gesellschaft nicht abfinden wollen, mit jenen, die durch die jetzige Politik in soziale Unsicherheit und Verarmung gedrängt werden und mit all jenen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Bedingung eines eigenen selbstbestimmten Lebens einsetzen«. In deutlicher Abgrenzung zu jedem überkommenen kommunistischen Avantgardismus wird betont: »Die PDS will Teil einer breiten Allianz sein, die sich gegen eine Politik richtet, deren Ziel es ist, Übereinstimmung mit den ökonomisch Mächtigen auf Kosten der sozial Schwachen zu erzielen. Wir setzen uns dafür ein, die geistige und politische Hegemonie der neoliberalen Ideologie und Politik in Deutschland und in der Europäischen Union zu überwinden. Wir wollen sozialistische Politik dauerhaft als ein eigenständiges selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, damit zukunftsorientierte demokratische, soziale und ökologische Alternativen durchgesetzt werden können. Wir sind als sozialistische Partei bereit, langfristig an einem Mitte-Links-Bündnis mitzuwirken, das auf solche Veränderungen gerichtet ist.« Dies deckt sich mit Erwartungen der potenziellen Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.PDS. Sie erwarten zunächst von ihr mehrheitlich vor allem eine starke linke Opposition. Diese Ziele scheinen mit der Absicht von PDS und WASG, eine gemeinsame Linkspartei zu gründen, erst die wirkliche parteipolitische Grundlage zu finden.

6 Vgl. dazu die politikwissenschaftliche Studie von Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand (Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte 22), Berlin 2005 sowie Rolf Reißig, Michael Brie: Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin (Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte 11/2005).

7 Vgl. dazu ausführlicher: Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe (Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte 36), Berlin 2003.

In der PDS war nach der Wahlniederlage vom Herbst 2002 eine lange vernachlässigte strategische Diskussion begonnen worden, deren Positionen auch für eine gemeinsame Linkspartei interessant sein dürften. Diese Diskussion begann bei der Einschätzung des strategischen Umfelds, in dem die PDS handelt: des politischen Projekts der Sozialdemokratie und der Grünen, die in Deutschland seit 1998 regierte; der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Schaffung eines alternativen sozialen und politischen Bündnisses; des Verhältnisses zu den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sowie der Möglichkeit der Entwicklung grundlegender Alternativen. Während die einen keine Chance für eine grundsätzliche Alternative zum Kurs von Rot-Grün sahen, betonten die anderen die Möglichkeit eines Richtungswechsels; während auf der einen Seite der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün als Widerspruch zweier gegensätzlicher Lager angesehen wurde, sahen die anderen diesen Widerspruch gegenüber den Gemeinsamkeiten zwischen beiden als sekundär an und eher auf kulturelle Unterschiede begrenzt; während von der einen Position aus keine Möglichkeit zur Schaffung einer breiten alternativen Formation mit größerer eigener Wählerschaft gesehen wurde und die Chancen für eine außerparlamentarische Mobilisierung sowie für die Überwindung der neoliberalen Hegemonie als gering eingeschätzt wurden, kam die andere Position zu direkt gegenteiligen Auffassungen (siehe Tabelle 1).

Im Zuge der Diskussion innerhalb der PDS entstanden zwei gegensätzliche Tendenzen, deren Eckpunkte – in größter Vereinfachung – in Tabelle 2 gegenübergestellt sind.

Tabelle 1:

»Welche Partei setzt sich besonders für soziale Gerechtigkeit ein?«

(Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. August 2005, S. 5)

	B e v ö l k e r u n g		A n h ä n g e r v o n	
	insgesamt	CDU/CSU	SPD	Linkspartei
Linkspartei (PDS und WASG)	22	11	19	85
SPD	19	8	44	2
CDU	15	33	1	-
Bündnis 90/Die Grünen	5	2	6	1
FDP	2	3	1	unter 0,5
Andere Partei	1	-	unter 0,5	1
Keine Partei	18	19	15	6
Unentschieden, keine Angabe	20	25	15	6

Tabelle 2:

Alternative Vorstellungen zum Selbstverständnis der PDS

Position A		Position B
2006 (Strategie der Selbstbehauptung bei Wahlen)	<i>Zeithorizont</i>	ein Jahrzehnt (2006 nur als Zwischenschritt)
Veränderung der parlamentarischen Machtverhältnisse	<i>unmittelbares politisches Ziel</i>	Untergrabung der politischen Legitimation des herrschenden Kurses und Schaffung von Bedingungen für ein neues Bündnis
bei Richtungskonstanz linkere Ausrichtung eines Dritten Weges durch Regierungsbündnis mit SPD und Grünen	<i>strategisches politisches Ziel</i>	Schaffung der Voraussetzungen für einen Richtungswechsel (hin zu ziviler und sozialer Demokratie durch Veränderung der Hegemonie in der Gesellschaft)
Mitte bei »Abfederung« für Unten	<i>soziale Orientierung</i>	Mitte-Unten
die »Mitte«	<i>soziale Gruppen, mit denen besonders kommuniziert werden soll (potenzielle Wählerinnen und Wähler)</i>	Gruppen mit hohem kulturellen Kapital und solidarischen Einstellungen und spezifische benachteiligte Gruppen (alleinstehende Frauen mit Kindern; Arbeitslose etc.)
SPD und Grüne (die ihrerseits sozial verankert sind)	<i>primäre Bündnispartner</i>	linke Gewerkschaftler und soziale Bewegungen
Parteien	<i>langfristige Partner</i>	neues Netzwerk von linksorientierten sozialen Organisationen und Bewegungen, dessen Teil und Partner die PDS ist; starke Vertretung von Persönlichkeiten derselben in Führungsgremien und unter den Aktivisten
parlaments- und regierungszentriertes Projekt	<i>Parteiprojekt</i>	als parteipolitischer Akteur im Netzwerk von Organisationen und Bewegungen
Fraktionen und »Stäbe«; parlamentarische und Regierungsmaschine Funktions- und Wählerpartei	<i>organisatorische Grundformen der Partei</i>	Vernetzungsgremien und Projekte (deren Teil die Fraktionen und Basisorganisationen sind), Mitglieder- und Aktivistenpartei, die in der Zivilgesellschaft verankert ist und breite Teile der Bevölkerung unmittelbar im Alltag erreicht

Die Wahlalternative – eine andere Politik ist möglich (Helge Meves)

Die Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (im Folgenden: WASG) entstand Anfang 2004 aus den beiden Initiativen »Wahlalternative« (im Folgenden kurz: Wahlalternative) und »Arbeit & soziale Gerechtigkeit« (im Folgenden kurz: ASG). Die Wahlalternative war ein Sammelbecken gewerkschaftsorientierter Linksintellektueller, Wissenschaftler und Publizisten mit Parteierfahrungen aus den Grünen, der SPD und der PDS.⁸ Ihr regionaler Schwerpunkt war der Norden Westdeutschlands. Sie wurde gebildet von einem »linkssozialdemokratischen Dreieck«, von der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift ›Sozialismus‹, der Memorandum-Gruppe (alternativer Wirtschaftswissenschaftler – d. Verf.) und der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Gewerkschaft Ver.di⁹. Die ASG dagegen entstand aus einem Diskussionskreis linker IG-Metall-Vertreter mit jahrzehntelanger SPD-Mitgliedschaft, der vor allem in Südwestdeutschland verankert ist.¹⁰

Die Gründung der WASG war zum einen Reaktion auf die neoliberalen Gegenreformen der herrschenden Kräfte und Parteien und entstand aus dem Bedürfnis, diesen eine neue Kraft gegenüberzustellen. Es sollte auch im parteipolitischen Raum nicht länger unwidersprochen sein, dass eine solche Politik alternativlos sei. Die Gründung der WASG reagierte aber auch auf Probleme in den Gewerkschaften, bei den sozialen Bewegungen und auf die anhaltende Schwäche der PDS als Bundespartei sowie bestimmte Anpassungstendenzen an die neoliberale Entwicklung in ihr.

Gewerkschaften, soziale und globalisierungskritische Bewegungen und die PDS suchten in den letzten Jahren die Auseinandersetzung mit neoliberaler Politik. Dabei entwickelten bzw. praktizierten sie im unterschiedlichen Maße erfolgreiche Strategien. Aus der Perspektive der Entstehung der WASG bereiteten sie deren Entstehung inhaltlich mit vor und eröffneten bzw. ließen sie bestimmte Vertretungslücken, die mit den Initiativen geschlossen werden sollten.

Die Gewerkschaften, so war deutlich geworden, hatten im Verteidigungskampf sukzessive eine über einzelbetriebliche Tarifauseinandersetzungen hinausgehende politische Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Arbeitslosen aufgegeben, was linke Kräfte in den Gewerkschaften zur Ausein-

8 Dem am 5. März 2004 gebildeten ersten Arbeitsausschuss der Wahlalternative gehörten an: Joachim Bischoff, Richard Detje, Ralf Krämer, Sabine Lösing, Helge Meves, Marc Mulia, Irina Neszeri, Axel Troost und Frieder-Otto Wolf.

9 Tom Stroh Schneider: Der Glaube an das Machbare. Links der SPD setzt man auf Umverteilung, in: Neues Deutschland vom 15. Mai 2004.

10 Dem auf der ersten Pressekonferenz der ASG am 19. März 2004 vorgestellten Arbeitsausschuss gehörten an: Klaus Ernst, Thomas Händel, Anny Heike, Gerd Lobboda, Günther Schachner, Peter Schui und Peter Vetter.

dersetzung zwang. »Statt sich dem Kapital an die Ferse zu heften und eine Perspektive für multinationale Branchengewerkschaften zu entwickeln, reagieren die Gewerkschaften mit dem Modell der nationalen Multibranchengewerkschaften.«¹¹ So blieb ihnen »nur noch die Wahl zwischen der Scylla eines umfangreichen Arbeitsplatzabbaus und der Charybdis weitreichender Zugeständnisse zur betrieblichen Kostensenkung. Im Ergebnis fand beides statt: Die Massenarbeitslosigkeit stieg – so weit wie möglich ›sozialverträglich‹ geregelt – weiter an, und die Lohnentwicklung wurde zunehmend von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt, d. h. die Reallöhne stagnierten.«¹²

Die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften über eine betriebliche Interessenspolitik hinaus war unklar geworden: »Mit dem Bruch des sozialstaatlichen Konsens sind die Gewerkschaften in einer bis heute ungelösten strukturellen Dauerkrise.«¹³ Um dieser Krise durch eine neue gesellschaftsstrategische Ausrichtung zu entkommen, war die einseitige parteipolitische Bindung der Gewerkschaften an die SPD aufzubrechen.

Die sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen wie Attac erreichen vornehmlich akademisch gebildete Kreise und zielen nicht selbst auf eine parlamentarische Verstärkung und Unterstützung ihrer politischen Positionen oder gar eine parlamentarische Repräsentanz. Die PDS hingegen hatte nie eine hinreichend starke Fähigkeit zu einer bundesweiten Auseinandersetzung mit neoliberaler Politik gewonnen und gab mit der Konzentration auf ihre regionale Kompetenz in Ostdeutschland insbesondere nach der Wahlniederlage von 2002 faktisch Teile des politischen Raumes auf. Schließlich übernahmen bestimmte Kräfte in der PDS, vergleichbar Kräften in den Gewerkschaften, einzelne Argumentationen der neoliberalen Politik. Alle Akteure hatten erhebliche Defizite bei der populären Darstellung ihrer Strategien,¹⁴ weshalb ein Teil der möglichen Ansprechpartner und Betroffenen des Sozialabbaus nicht erreicht wurde.

Neue Konzepte wie etwa eine Mitte-Unten-Ausrichtung¹⁵ oder das daraus erwachsende und damit korrespondierende PDSplus-Konzept,¹⁶ die auf die sich Ende der 90er Jahre bereits andeutende Krise reagierten, wurden in der

11 Bernd Riexinger, Werner Sauerborn: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle. Vorwärts zu den Wurzeln!, in: Supplement Sozialismus, September 2004.

12 Thomas Sablowski: Gewerkschaften am Scheideweg, in: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 137, 34. Jahrgang; Nr. 4, Dezember 2004.

13 Peter Wahl: Zwischenzeiten. Ein politischer Rückblick und Ausblick auf die globalisierungskritische Bewegung, in: Sozialismus 4/2005, S. 5.

14 Franz Walter: Wer gibt Danton an? Linkspopulismus: eine Chance für die SPD, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. März 2004; Linkspopulismus wäre keine schlechte Idee, sagt Franz Walter, in: taz vom 3. März 2004; René Cuperus: Das populistische Defizit. Im 21. Jahrhundert müssen Sozialdemokraten die »Sprache der echten Wirklichkeit« neu lernen, in: Berliner Republik 6/2003.

15 Helge Meves: Das Selbstverständnis der PDS, der Neoliberalismus und die Mitte-Unten-Optionen, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003) mit weiteren Nachweisen.

16 Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven (Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte 3/2003) Mai 2003.

PDS nicht mehrheitsfähig und tragend. Die Mitgliederzahl und ihre Ausstrahlung verringerten sich rapide. Trotz der organisationspolitischen Stabilisierung der PDS mit der erneuten Übernahme des Parteivorsitzes durch Lothar Bisky und den Erfolg bei der Europawahl konnten die aufgehäuften strukturellen Defizite nicht verdeckt werden: »Die PDS ist in einer schwierigen Lage, und es wird wohl noch dauern, bis wir unsere Krise überwinden. Da kann es doch nur gut sein, wenn noch andere Linke überlegen, wie es mit dieser Gesellschaft weitergehen soll. ... Ich freue mich nicht, wenn eine linke Partei neben der PDS gegründet wird. Aber es kann zum Aufwachen der PDS beitragen.«¹⁷

Es gab zwei substanzielle Anläufe für einen gemeinsamen Wahlantritt von PDS und sich gründender WASG. Die ersten Engagements Oskar Lafontaines, Gregor Gysis und André Bries im März/April 2004 fruchteten kurz nach dem Debattenstart um die Bildung einer wahlpolitischen Alternative nicht. Der zweiten Initiative im April 2005¹⁸ war kurz vor dem Gründungsparteitag der WASG und der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 kein Erfolg beschieden; sie bereitete aber die danach sich vollziehenden Entwicklungen wesentlich vor.

Auslöser und Katalysator des Entstehungsprozesses der WASG war die Agenda-2010-Politik, die nicht mehr nur einzelne Gruppen oder Schichten wie Migranten, Arbeitnehmer und Arbeitslose, Frauen, Ostdeutsche, Rentner angriff, sondern mit ihrem Generalangriff einen größeren Teil der Bevölkerung unterschiedslos zu enteignen versucht, einen oppositionslosen Bundestag schuf und die gesellschaftlichen Eliten von den gesamtgesellschaftlichen Debatten entfremdete.¹⁹ Das ermöglichte partielle Solidarisierungstendenzen der verschiedensten bis dahin getrennt agierenden Gruppen untereinander und eröffnete aus der Sicht der Initiatoren der WASG andererseits die Möglichkeit für die Bildung einer übergreifenden neuen politischen Formation.

Bereits vor dem ersten geheimen Treffen der Wahlalternative am 5. März 2004 und der ersten Pressekonferenz der ASG am 19. März 2004 erschienen erste Artikel zu beiden Initiativen.²⁰ Panikreaktionen in der SPD wie etwa Olaf Scholz' Aufruf zur Dissidentenjagd in einem Brief an alle SPD-Funktionäre ab

17 Lothar Bisky: »Mein Bedarf an Einheitsbewegungen ist gedeckt« – PDS-Chef Lothar Bisky erklärt, warum er die Gründung einer neuen Linkspartei in Deutschland begrüßen würde, in: Berliner Zeitung vom 13. März 2004.

18 André Brie: Die Linke hat kein Recht mehr auf Misserfolg, in: Sozialismus 4/2005; André Brie: Fünf-Prozent-Hürde für zwei linke Parteien zu hoch, in: Neues Deutschland vom 31. März 2005; Elmar Altvater: Zwei mal fünf gleich null, in: Freitag 14/2005 vom 8. April 2005; Aus eigener Kraft zehn Prozent holen. Im Gespräch. Thomas Händel, Vorstandsmitglied der WASG, in: Freitag 14/2005 vom 8. April 2005; André Brie: Die Mühen der Berge. Über linke Tiefen, die PDS und die WASG. Es gibt sehr viel Wichtigeres als den Wahlerfolg der einen oder anderen Partei, in: Freitag 15/2005 vom 15. April 2005; Michael Jäger: Einmal fünf gleich Null. Noch einmal zum Verhältnis von WASG und PDS, in: Freitag 16/2005 vom 22. April 2005.

19 Franz Walter: Einheitsfront der Reformen. Wer den Sozialstaatsumbau ablehnt, hat im Bundestag und in der politischen Elite keine wirkungsvolle Stimme mehr – also gibt er sie Außenseitern, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. September 2004.

Kreisebene aufwärts und die folgenden Parteiausschlussverfahren gegen die bayerischen Initiatoren der ASG verstärkten das Interesse erheblich: »Solche Bestrebungen hat es schon viele gegeben, sie sind alle gescheitert. Trotzdem bitten wir euch, uns darüber zu informieren, falls sich in euren Unterbezirken und Kreisverbänden solche Initiativen bilden sollten. Klar ist: Wer sich an diesen Aktivitäten beteiligt, schließt sich selbst aus der SPD aus.«²¹

Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine politische Initiative weitgehend ohne eine Face-to-Face-Kommunikation der Initiatoren und eine entsprechende »irdische« Struktur und fast ausschließlich über die Nutzung der Medien, des Internets und eines E-Mail-Verteilers aufgebaut. Das politische Marketing mit der Website und dem E-Mail-Verteiler wurde zu einer sich selbst verstärkenden, exponentiell wachsenden Ereigniskette eingesetzt, welches in seiner Wirkung in der Bundesrepublik ohne Vorbild war. So fragte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung bereits am 14. März 2004 den IG-Metall-Vorsitzenden: »Herr Peters, kennen Sie die Website ›www.wahlalternative.de?‹« Und die Zahl der Abonnenten des E-Mail-Newsletters stieg lediglich auf Grund der vagen Ankündigung des Wahlalternative-Newsletters von 1 500 Interessenten am 15. März 2004 auf über 3 000 nach dem ersten Newsletter am 21. März 2004 und bis zu 10 000 nach der Zusammenführung der E-Mail-Verteiler beider Initiativen im Juni 2004.

Trotz der sehr unterschiedlichen personellen Zusammensetzung der beiden Gründungsinitiativen der WASG bestand von Anfang an in den meisten inhaltlichen Fragen ein Konsens. Dissens dagegen war eher bei organisationspolitischen strategischen Fragen gegeben. Beide Initiativen kritisierten die Politik des Sozialabbaus und setzten mit ihrer Kritik bei der neoliberalen Wende der SPD an. Der erste Aufruf der Initiatoren der ASG beginnt mit dem Satz »Die SPD hat sich von ihren Grundsätzen verabschiedet«,²² um dann fortzufahren: »Gerade weil es durch den Kurswechsel der SPD keine relevante organisierte politische Gruppierung gibt, die einen Gegenpol zum neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft darstellt, wollen wir uns politisch engagieren und für die Verteidigung dieses Sozialstaats arbeiten.«²³ Sehr ähnlich setzte die Wahlalternative in ihrem ersten Strategiepapier an: »Insbesondere im Bereich der gewerkschaftlich und der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch der Jugend und der

20 DGB/SPD. Graben zwischen den Genossen. Aus Enttäuschung über die SPD erwägen Teile der Gewerkschaften die Gründung einer eigenen Partei, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2004; »Die Entfremdung zur SPD ist groß« – Gewerkschafter und Linke schließen Gründung einer neuen Partei nicht aus, in: Nürnberger Nachrichten vom 5. März 2004; Kursdebatte in der SPD. Schröders Mission Impossible, in: SpiegelOnline am 5. März 2004.

21 Zit. nach »Neue Linkspartei. Scholz droht Abweichlern mit Rausschmiss«, in: SpiegelOnline vom 13. März 2004.

22 Erster Satz des Aufrufes der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit.

23 Aufruf der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit.

Rentnerinnen und Rentner, macht sich politische Frustration und Oppositionsbereitschaft breit.«²⁴

Die ASG belegte den Sozialabbau mit Verweisen auf die Arbeitsmarkt-, Steuer-, Renten, Gesundheits- und Bildungspolitik. Die Wahlalternative teilte diese Positionen, machte darüber hinaus aber wesentlich stärker die Schlüsselstellung der Finanz- und Wirtschaftspolitik deutlich.

Im Unterschied zu den ersten ASG-Papieren präsentierte die Wahlalternative auch eine Strategie für den Aufbau einer neuen Partei. Bei der ASG hieß es knapp und auch verkürzend: »Wir treten für ein Bündnis mit allen politischen Kräften und Personen ein, die sich für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaats und für ein sozial gerecht finanziertes Gemeinwesen einsetzen.«²⁵ Die Wahlalternative hingegen verstand das Engagement für eine wahlpolitische Alternative 2006 »ergänzend zum wachsenden außerparlamentarischen Protest«²⁶: »Um den Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurückzudrängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voranzukommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert.«²⁷

Schließlich machte die Wahlalternative auch die Grenzen der bestehenden politischen linken Formationen und die daraus resultierenden Vertretungslücken deutlich: »Im Kern sind das die Arbeitnehmermilieus, die auch die Hauptbasis für Rot-Grün sind bzw. waren. Die Wahlwerbung und Darstellung der Inhalte müssen populär, klar und einfach sein und Leute ansprechen und gewinnen, nicht ausgrenzen. Das Herangehen muss sein: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.«²⁸ Mit diesen Ausgangspositionen war klar, dass beide Initiativen die Breite der gesellschaftskritischen Konzepte nach links hin aufnehmen würden, aber dass es nicht um eine explizit linkssozialistische Partei gehen konnte, sondern um die Schaffung einer breiten Opposition gegen neoliberale Politik.

In der Frage der Art und Weise des Organisationsaufbaus setzte sich die Wahlalternative für ein »Top-Down-Projekt in der ersten Etappe«²⁹ ein, bis eine »kritische Masse an relevanten Personen und Gruppierungen« gesammelt ist. Im Unterschied zur Bildung der Grünen konnte die bundesweite Parteibildung nicht auf bereits entwickelten kommunalen und landespolitischen Strukturen aufbauen; andererseits wurde aber in allen Ländern und größeren Städten ein hinreichendes Potenzial an geeigneten und aktivierbaren Men-

24 Für eine wahlpolitische Alternative 2006, Fassung vom 15. April 2004, S. 2.

25 Aufruf der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit.

26 Für eine wahlpolitische Alternative 2006, S. 1.

27 Für eine wahlpolitische Alternative 2006, S. 4.

28 Für eine wahlpolitische Alternative 2006, S. 5.

29 Diese Hinweise sind nur in der Urfassung des Strategiepapiers von Ralf Krämer vom 5. Februar 2004 enthalten, S. 10.

schen gesehen. Dies erlaubte die Fokussierung des Projektes auf eine – mit den Bottom-Up-Traditionen der Linken brechende – neue Form des Organisationsaufbaus. Die Grenzen dieses Top-Down-Projekts wurden vor allem in den ostdeutschen Ländern schnell erreicht, da hier die Deindustrialisierung die gewerkschaftlichen Strukturen zerschlagen hatte und ein erheblicher Teil des möglichen Potenzials in der PDS eine politische Heimat gefunden hatte bzw. sich positiv auf diese bezog.

Die Auffassungen differierten, späterhin auch quer durch beide Initiativen und die gesamte Partei, in zwei Punkten. Sie basieren auf unterschiedlichen Einschätzungen der Stärke und Reife gegenneoliberaler Politik und der vorliegenden inhaltlichen und organisationspolitischen Konzepte. Zum einen gibt es unterschiedliche Auffassungen zur strategischen Ausrichtung innerhalb des Parteienspektrums. Diese gehen einmal auf die Idee einer neu zu schaffenden, konzeptionell aber klassischen Sozialdemokratie zurück. Der andere, organisatorisch und inhaltlich weitere Ansatz besteht in einer dauerhaft links von der Sozialdemokratie agierenden Formation, die Konzepte und Erfahrungen des Linksozialismus und der neuen sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen in einer neuartigen politischen Partei verarbeitet. Zum zweiten gibt es unterschiedliche Auffassungen zur organisationspolitischen Ausrichtung. Diese bewegen sich zwischen zentralistisch-personalisierten Konzepten der Politikvermittlung, die sich eher an tradierten Vorstellungen in der SPD und einem Teil der Gewerkschaften orientieren, und offen-beweglicheren Ansätzen.

Mit der Wahl der Vereinsvorstände in den Ländern und auf regionaler Ebene erledigten sich schrittweise die aus dem Top-Down-Ansatz resultierenden Probleme. Mit rasant wachsender Vereinsstruktur und Aktionsfähigkeit wurden in den Ländern Fragen nach den Aktionszielen und dem Verhältnis zu den sozialen Bewegungen gestellt. Die aufkommenden Montagsdemonstrationen überraschten die WASG wie die tradierten sozialen Bewegungen oder gar Parteien und deckten Probleme auf. Nebeneinander standen im Bundesvorstand so das Engagement bei den Montagsdemonstrationen, die Unterstützung des Auftritts von Oskar Lafontaine bei der Montagsdemonstration am 30. August 2004 in Leipzig, die Furcht vor einer Instrumentalisierung der Montagsdemonstrationen wie sozialer Bewegungen generell durch die WASG und die Ablehnung eines bei den Unterstützern³⁰ vorausgesetzten Modells einer Bewegungspartei. Letztlich wurde in diesen und den folgenden Strategiedebatten der Gründungskonsens bestätigt: »Den Gegensatz zwischen ›Sozialstaatspartei‹ und ›linker Sammlungsbewegung‹ gibt es in der politischen Realität nicht. Der Sozialstaat ist ein Projekt der Zivilisierung des Kapitalis-

30 Z. B. Helge Meves: Es tut sich etwas. Der Widerstand gegen den Sozialabbau ist in Bewegung gekommen. Der Prozess der Sammlung muss vorangetrieben, die Rechten müssen zurückgedrängt werden, in: Jungle World 36/2004 vom 19. August 2004.

mus. Den Sozialstaat zu verteidigen, zu erneuern und auszubauen heißt eindeutig, Partei zu ergreifen gegen die ›Ökonomisierung‹ aller gesellschaftlichen Lebensbereiche. Welche Meinungsumfragen auch immer herangezogen werden: Dieser Sozialstaat wird von der Mehrheit der Bevölkerung als ›linkes Projekt‹ wahrgenommen und als solches positiv bewertet. Eine politische Sammlungsbewegung zu schaffen, die sich die Bewahrung der historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zum Ziel setzt, ist die Aufgabe aller in der ASG.«³¹

Die Bundesdelegiertenkonferenz am 4. November 2004 beschloss die Durchführung einer Urabstimmung über die Parteigründung im Dezember und passte die Rahmenzeitpläne entsprechend an. Nach der erfolgreichen Urabstimmung über die Parteigründung folgte am 22. Januar 2005 die formelle Parteigründung mit einem Parteiprogramm und einer neuen Satzung.

Die WASG brachte ein politisches Profil hervor, mit dem sie einen Großteil der verschiedenen antineoliberalen Gruppen und Schichten sammeln konnte. Sie stellte die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Politik ins Zentrum ihrer Programmatik und Strategie, knüpfte an die Breite der gesellschaftskritischen Debatte an, integrierte alternative wirtschaftspolitische Ansätze und Positionen. Sie zielte auf eine bundesweite parlamentarische Vertretung und eine populäre Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Politik. Sie stellte personell und inhaltlich linke Gewerkschaftspositionen dar, suchte den Kontakt zu den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen und vernetzte sich mit diesen. Schließlich waren dieses Profil und der eigene Anspruch im politischen Raum glaubwürdig darstellbar: die neuen politischen Akteure standen mit ihrer teils jahrzehntelangen Arbeit in Gewerkschaften, Wissenschaft, Parteien und der gesellschaftskritischen Debatte allgemein für eine Alternative. Ihnen wurde abgenommen, dass sie die bestehenden Vertretungslücken füllen und neben den bestehenden politischen Akteuren legitim einen Teil des politischen Raumes besetzen können.

Mit dieser Strategie gelingt es der WASG, ehemalige frustrierte Mitglieder und Wähler von Rot-Grün sowie Nichtwähler anzusprechen und wieder in die politischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik hineinzuholen. Interne Differenzen in den Fragen nach der strategischen Ausrichtung innerhalb des Parteienspektrums und der organisationspolitischen Ausrichtung sowie der mit Ausnahme Berlins defizitäre Parteiaufbau in den neuen Bundesländern schmälern die Erfolge nicht: Die WASG hat sich mit einem Wahlergebnis von 2,2 Prozent bei der Landtagswahl in NRW³² binnen 15 Monate aus dem Nichts heraus im bundesrepublikanischen Parteienspektrum etabliert.

31 Hüseyin Aydin, Joachim Bischoff, Murat Cakir, Werner Dreibus, Thomas Händel, Sabine Lösing, Björn Radke, Axel Troost: Antwort vom 18. Februar 2005 auf den Offenen Brief Klaus Ernst' vom 16. Februar.

32 Helge Meves: Für eine neue Wahlpartei, Redemanuskript vom 24. Mai 2005 URL: www.linxxnet.de/aktuell/30-05-05_nrw-wahlen-debatte-meves.htm.

Damit war die Grundlage dafür geschaffen, nach der Ankündigung von Neuwahlen und den in Aussicht gestellten Kandidaturen von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, schnell zu reagieren und die anfängliche Strategie zu modifizieren. Mit der PDS konnte eine Vereinbarung für eine Vereinigung beider Parteien in den nächsten zwei Jahren und über die Möglichkeit der Kandidatur von Vertretern der WASG auf der offenen Liste der PDS bei der vorgezogenen Bundestagswahl getroffen werden. Dieser Beschluss wurde mit hoher Mehrheit durch eine Urabstimmung der WASG gefasst. Die PDS gab diesem Beschluss auf einer Sitzung ihres Parteitages am 17. Juli 2005 ihre Zustimmung und benannte sich in Linkspartei.PDS um.

Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS (Helge Meves)

- 2. 3. 2004 Erste Vorabberichte in der Presse über die geheimen Gründungsaktivitäten der Initiativen
- 5. 3. 2004 Erstes Treffen der Initiative »Wahlalternative 2006« in Berlin
- 15. 3. 2004 Veröffentlichung des Aufrufes »Für eine wahlpolitische Alternative 2006« über den E-Mail-Verteiler von www.wahlalternative.de und des Aufrufes der Initiative »Arbeit & soziale Gerechtigkeit«
- 19. 3. 2004 Erste Pressekonferenz und Vorstellung der Initiative »Arbeit & soziale Gerechtigkeit« in Fürth
- 3. 4. 2004 Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau mit bundesweit etwa 500 000 Teilnehmer
- 8./9. 5. 2004 Erstes gemeinsames Treffen von Initiatoren und Regionalkoordinatoren beider Initiativen mit der Vereinbarung, die künftigen Strukturen gemeinsam aufzubauen
- 13. 6. 2004 Bei der Europawahl erreicht die PDS bundesweit 6,1 Prozent
- 15. 6. 2004 ASG-Gründer Klaus Ernst und Thomas Händel werden aus der SPD ausgeschlossen
- 20. 6. 2004 Konferenz »Für eine wahlpolitische Alternative 2006« in der Humboldt-Universität zu Berlin mit ca. 700 Teilnehmern
- 3./4. 7. 2004 Vereinigung beider Initiativen in dem Verein »Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit«
- 11. 7. 2004 Bei einer Umfrage von TNS Emnid kommt die WASG auf 11 Prozent
- 2. 10. 2004 Bundesweite Montagsdemo in Berlin
- 3./4. 11. 2004 Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg; Beschluss über Einleitung der Urabstimmung zur Parteigründung
- 19. 12. 2004 Urabstimmung entscheidet mit 96,07 Prozent für Parteigründung; Berliner Erklärung der WASG

- 22. 1. 2005 Gründung der Partei »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« in Göttingen
- 12. 4. 2005 Saarbrücker Resolution
- 7./8. 5. 2005 Gründungsparteitag der WASG in Dortmund
- 22. 5. 2005 Die WASG erreicht bei der Landtagswahl in NRW 2,2 Prozent, die PDS 0,9 Prozent
- 24. 5. 2005 Austritt von Oskar Lafontaine aus der SPD und Angebot einer Kandidatur für ein Linksbündnis
- 30. 5. 2005 Erste offizielle Gespräche zwischen den Bundesvorständen der PDS und WASG
- 11. 6. 2005 Bundesvorstand der PDS bestätigt das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen und die Absicht einer Umbenennung der PDS
- 12. 6. 2005 Bundesvorstand und Landesvorstände der WASG bestätigen das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen
- Juni/Juli
2005 Die Linkspartei erreicht in mehreren Umfragen erstmalig mehr als 10 Prozent
- 3. 7. 2005 Parteitag der WASG Kassel beschließt die Urabstimmung über eine Kandidatur auf den Listen der Linkspartei und die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses
- 15. 7. 2005 Abschluss der WASG-Urabstimmung: 81,8 Prozent stimmen für eine Kandidatur auf den offenen Listen einer Linkspartei, 85,3 Prozent für die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses für die Schaffung eines breiten demokratischen Linksbündnisses
- 17. 7. 2005 Parteitag der PDS beschließt mit 74,6 Prozent die Umbenennung in »Linkspartei.PDS«
- 7. 8. 2005 Abschluss der Kandidatenaufstellung für die Landeslisten der Linkspartei

Akzeptanz und Wählbarkeit (Dietmar Wittich)

Die Linken haben in den letzten Jahren ganze Programme geschrieben, diskutiert und beschlossen, alternative Szenarien entworfen, Strategiepapiere erstritten. Doch es blieb bei der allgegenwärtigen Dominanz des neoliberalen Zeitgeistes und seiner Standortlogik. Aber plötzlich scheint alles anders. Die Linken sind Thema in Deutschland, noch nicht so sehr durch ihre politischen Inhalte und Konzepte, sondern durch ihre Zusammenarbeit und ihr Personal.

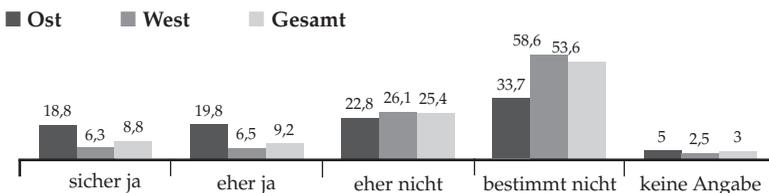
Diese plötzliche Präsenz der Linken in der Öffentlichkeit scheint bei einer ersten Annäherung ein Nebenprodukt von Inszenierungen der herrschenden

politischen Eliten, scheint, wenn man so will, eine nicht beabsichtigte Folge ihres politischen Theaters zu sein. Ausgangspunkt waren die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, bei denen nun auch die letzte rosa-grüne Landesregierung abgewählt wurde. Den Wahlsiegern von der CDU blieb keine Zeit zu strahlen. Mit der Ankündigung, nun vorgezogene Neuwahlen anstreben zu wollen, stahl ihnen noch am gleichen Abend Bundeskanzler Gerhard Schröder die Show. Aber auch das hielt nicht lange vor. Die selbsternannten Meinungsmacher waren noch dabei, den Kaffeersatz zu suchen, aus dem sie einem mehr oder weniger staunenden Publikum weissagen wollten, was das alles bedeuten könnte, da trat Oskar Lafontaine vor die Kameras und teilte mit, nun aus der SPD auszutreten, und wenn es zu einer Zusammenarbeit der Linken in Deutschland, einem Bündnis der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der PDS, käme, dafür zur Verfügung stehen zu wollen.

Von da an ging alles sehr schnell, zumal sich auch Gregor Gysi in die aktive Politik zurückmeldete. Diesmal kann man den Linken in Deutschland nicht vorwerfen, ihre Chancen zu verschlafen. Beide Seiten – PDS und WASG – nahmen diese Steilvorlage auf, und schnell wurde deutlich, dass eine solche Zusammenarbeit sicher nicht unproblematisch, aber prinzipiell möglich ist. Seitdem ist Showtime für die Linken in Deutschland.

Dazu gehört, dass sich in der öffentlichen Meinung wundersame Wandlungen vollzogen haben. Um sie messen zu können, wurde folgende Frage formuliert: »Die PDS und die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, WASG, bereiten sich darauf vor, bei den bevorstehenden Bundestagswahlen gemeinsam anzutreten. Können Sie sich vorstellen, ein solches neues Linksbündnis mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an der Spitze zu wählen?«

Grafik 7:
Können Sie sich vorstellen, die Liste der Linkspartei.PDS mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an der Spitze zu wählen?
 (Anfang August 2005)

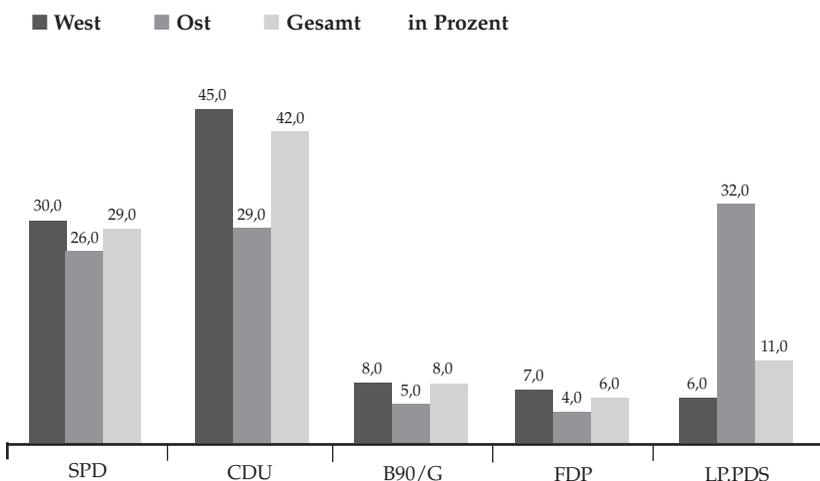


Die Grafik 7 zeigt die Ergebnisse für Anfang August. Sie sind in der Tat überraschend. Während die PDS für sich genommen bis Mai 2005 gesamtdeutsch um die vier bis fünf Prozent schwankte, im Osten zwar 20 Prozent und mehr

erreichte, im Westen aber nur von reichlich einem Prozent akzeptiert wurde, reicht die Ankündigung der Kooperation der Linken aus, ihre Positionen erheblich zu verstärken. In diesen Ergebnissen wird eine gründlich veränderte Stimmung für die Linken in Deutschland deutlich. Das schlägt sich auch in den politischen Kräfteverhältnissen nieder. Nach Ergebnissen von Infratest dimap vom 4. August 2005 (Grafik 8) würde die Linkspartei.PDS, auf deren Listen auch Mitglieder der WASG kandidieren, einen Stimmenanteil von elf Prozent erreichen, im Osten 32 Prozent erhalten, sie würde hier die CDU überholen, im Westen aber auch erstaunliche sechs Prozent bekommen können.

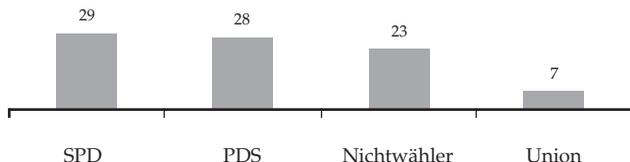
Es gemahnt gleichsam an die hegelsche List der Vernunft, dass unbeholfene Versuche des Krisenmanagements seitens der herrschenden politischen Eliten es bewirken, dass die Linken in Deutschland plötzlich Positionen gewinnen, die sie seit langer Zeit aus eigener Kraft nicht erreichen konnten. Aber das genügt natürlich nicht zur Erklärung. Hier wirken vor allem langfristige Entwicklungen in der Gesellschaft. Die Stimmung ist schon lange schlecht im Lande. Die von der bisher regierenden Koalition durchgesetzten Gegenreformen, die immer stärkere Benachteiligung der Arbeitslosen und sozial Schwachen, das alles wird in der öffentlichen Meinung mehrheitlich abgelehnt. Das kam aber bis vor kurzem bei Wahlen paradoxerweise denen zugute, die neoliberale Konzepte noch radikaler durchsetzen wollen. Jetzt scheint sich dies zu ändern.

Grafik 8:
Sonntagsfrage: Wen würden Sie wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?
 (Infratest dimap, 5. August 2005)



Grafik 9:

Die Wähler der Linkspartei kommen von folgenden Parteien ...
(Deutschlandtrend Extra vom 21. Juli 2005)



Das Linksbündnis weckt Hoffnung, dass Alternativen möglich sind. Viele wenden sich ihm zu, in Umfragen gegenwärtig rund fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger. Davon sind mit 29 bzw. 28 Prozent fast gleich viel bisherige SPD- bzw. PDS-Wähler. 23 Prozent sind jene, die vorher nicht wählen gegangen waren. Und selbst Wähler der Union wenden sich der Linkspartei. PDS zu (Grafik 9). Dass es in Deutschland wesentlich mehr Menschen mit linken Orientierungen gibt, als bisher linke Parteien gewählt haben, ist seit langem bekannt. Aber viele von ihnen hatten resigniert, und diese Haltung ist gegenwärtig aufgebrochen. Weiterhin dürfte von Bedeutung sein, dass das Erscheinen einer möglicherweise einflussreichen linken politischen Kraft zur Auflösung der Bindungen von Linken an die SPD und an andere Parteien führt. Dass es auch im Osten noch zu einer Steigerung kommt, kann daraus resultieren, dass die Wahrnehmung der deutlich stärkeren Akzeptanz der Linken im Westen verstärkend in den Osten zurückwirkt.

In einer ersten Annäherung stellt sich die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft – sowohl der Stammwählerschaft der PDS als auch des wesentlich größeren Umfeldes des neuen Linksbündnisses – sehr differenziert dar. In der Stammwählerschaft der PDS war der Frauenanteil rückläufig; Frauen waren zuletzt deutlich unterrepräsentiert. Bei den neuen wahrscheinlichen Linkswählern sind die Anteile der Geschlechter ausgewogener, bei den möglichen Linkswählern sind Frauen stärker vertreten. Die Stammwählerschaft hatte ihre Schwerpunkte vor allem in den älteren Generationen; bei den mittleren Altersgruppen und zuletzt auch bei den jungen Generationen gab es Defizite. Im Westen war die Wählerschaft der PDS jedoch erheblich jünger. Der jetzt mögliche Zuwachs wird vor allem durch die jüngsten bis mittleren Altersgruppen geprägt.

Das bisherige Umfeld umfasste sowohl Personen mit mittlerer und mit höherer Bildung, es wurde zunehmend durch gut qualifizierte Angestellte geprägt als auch durch Angehörige akademischer Berufe, darunter waren in erheblichem Umfang frühere Angehörige der Dienstklasse der DDR. Überdurchschnittlich viele waren Gewerkschaftsmitglieder. Relativ kleine und

doch bemerkenswerte Anteile stammen aus Mittelschichten. Diese Gruppen waren jedoch in großem Umfang aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, meist als Rentner, aber auch als Altersarbeitslose. In den letzten Jahren konnten markante Veränderungen in der Struktur beobachtet werden. Verluste aus natürlichen Ursachen und Abwanderungen wurden kompensiert durch Zuwanderungen von Personen aus modernen Berufen in Dienstleistung und Produktion; sie sind gleichfalls gut bis sehr gut qualifiziert, kommen aber aus den jüngeren bis mittleren Altersgruppen und sind selten Mitglieder von Gewerkschaften. Hier gibt es einen relativ großen Anteil von Angehörigen der modernen Mittelschichten, selbstständigen und lohnabhängigen.

Das Umfeld des neuen Linksbündnisses, das erheblich größer ist als die Gruppe jener, die sie mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen werden, ist strukturell dem bisherigen Umfeld der PDS ziemlich ähnlich. Das rührt zum Teil daraus, dass das frühere Umfeld der PDS integriert ist. Aber auch die Zuwanderung hat große Ähnlichkeiten. Die Anteile der Jüngeren sind höher, aber es kommen auch Angehörige der mittleren und der älteren Generation. Der Zuwachs wird gleichfalls geprägt durch gut qualifizierte Angestellte und Angehörige akademischer Berufe, aber es kommen auch Menschen aus Arbeiterberufen der mittleren bis älteren Generationen hinzu. Genauso sind die traditionellen und die modernen Mittelschichten vertreten. Es kommen sowohl ältere Mitglieder von Gewerkschaften als auch Jüngere, die dies nicht sind.

Diese sozialen Differenzierungen deuten darauf hin, dass die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.PDS vor allem aus zwei soziokulturellen Milieus stammen. Das ist zum einen ein Milieu mit Bindung an die traditionelle Arbeiterbewegung. Dieses Milieu ist männlich dominiert, umfasst vor allem die mittleren und älteren Generationen, schließt Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen ein, hat hohe Anteile an gewerkschaftlich Organisierten und auch hohe Anteile von Nichtberufstätigen. In diesem Milieu dominiert eine traditionelle soziale Orientierung auf Solidarität und Gerechtigkeit, zugleich aber auch auf Fleiß und Wohlstand. Zum anderen dominiert ein Milieu moderner Dienstleister und Produzenten. Hier gibt es höhere Anteile von Frauen, die junge bis mittlere Generation überwiegt. Diese Gruppe ist gut qualifiziert und überwiegend berufstätig. Dieses Milieu ist gleichfalls auf Solidarität und Gerechtigkeit orientiert, zugleich aber auch auf Kreativität und Selbstverwirklichung.

Insgesamt zeichnet sich in diesen Entwicklungen eine erhebliche Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland ab. Es ist möglich, dass mit Positionsgewinnen der Linken dem dominierenden neoliberalen Zeitgeist in wichtigen Segmenten der öffentlichen Meinung eine Gegenhegemonie entgegen gesetzt werden kann. Aber die List der Vernunft allein wird es nicht richten. Die eigentliche Arbeit muss von den Linken selbst getan werden. Die traditionelle Untugend der internen Grabenkämpfe und der öffentlichen Strei-

tereien zu meiden, ist dabei nur eine, allerdings unabdingbare Voraussetzung. Diese möglichen Positionsgewinne und größeren Möglichkeiten der Einflussnahme seitens der Linken werden nur dann dauerhaft sein, wenn es gelingt, das eigene Image erheblich weiter zu profilieren, Glaubwürdigkeit und Zukunftskompetenz zu präsentieren.

Drei Ziele

Erstes Ziel: Eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Dieter Klein)

In der Gesellschaft der Bundesrepublik muss sich – so die neoliberalen Vorstellungen – der Mensch »rechnen«. Er soll in der globalen Verdrängungskonkurrenz als »flexibles« Individuum und »Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«³³ funktionieren. So »bedroht der kurzfristig agierende Kapitalismus ... besonders jene Charaktereigenschaften (von Individuen – d. Verf.), die Menschen aneinander binden und dem Einzelnen ein stabiles Selbstwertgefühl vermitteln.«³⁴ Die Gesellschaft und die Einzelnen sind den angeblich unausweichlichen Zwängen der Wirtschaft untergeordnet. Dem setzt die Linkspartei.PDS vier Kernaussagen zu ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegen.

Vier Eckpunkte linker Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die neoliberale Politik hat die Bundesrepublik in eine schwere soziale, politische, kulturelle und vor allem auch wirtschaftliche Krise gestürzt. Nach so vielen Jahren der neoliberalen Experimente ist eine vierfache Umkehr notwendig, um diese Krise zu überwinden:

Umkehr zum Ersten: Ziele und gegenwärtige Politik der Linkspartei.PDS sind bestimmt von der Überzeugung, *dass die Wirtschaft für die Menschen da sein soll.* In Wahlproklamationen beschwören das auch andere Parteien. Sozial gleiche Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit und Würde bereit zu stellen – das ist anderen jedoch fremd. Die Realität in der Bundesrepublik und der Europäischen Union ist von diesem Ziel um Welten ent-

33 Kommission für Zukunftsforschung der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. III Teil, S. 23. Vgl. dazu den Gegenentwurf vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus: Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte 38), Berlin 2003; ein eigenes Gesamtkonzept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ist dargestellt in: Dieter Klein: Zukunft statt »Reformen«: Arbeit für alle. Ein realistisches Konzept (Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte 14), Berlin 2004

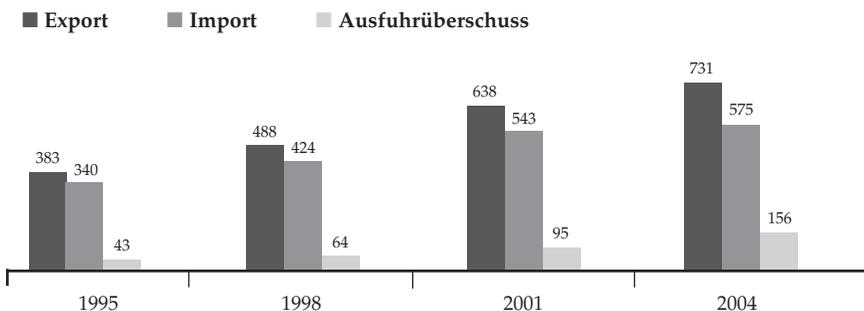
34 Richard Sennett: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998, S. 31.

fernt. Wie Heiner Geißler, früherer Generalsekretär der CDU, kritisiert: »Die zentrale Frage ist doch, wie unser Wirtschaftssystem in der globalen Ökonomie in Zukunft aussehen soll. Beide große Parteien haben kein Konzept als Antwort auf die Probleme der Globalisierung. Die Menschen merken, dass sie einem Wirtschaftssystem ausgesetzt sind, das weder demokratisch kontrolliert wird noch in der Lage ist, den Wandel human zu gestalten. Sie sind empört und verzweifelt, dass die politischen, ökonomischen und journalistischen Eliten nicht in der Lage sind, ein Konzept zu entwickeln, das diesen Globalisierungsprozess menschlich gestaltet.«³⁵

Umkehr zum Zweiten: Wenn diese Realität verändert werden soll, muss an die Stelle einer Unterordnung der Politik unter die Interessen und die Macht der Wirtschaftseliten und vor allem des globalen Finanzkapitals das *Primat einer alternativen Politik treten, die ökonomische Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.* Die Linkspartei.PDS will mit allen ihren Möglichkeiten zu einer breiten gesellschaftlichen Allianz beitragen, die in den bevorstehenden Lern- und Suchprozessen und Kämpfen die Kraft für den Bruch mit der vorherrschenden marktradikalen Entwicklung aufbringt.

Umkehr zum Dritten: Die gegenwärtig bestimmende Wirtschaftspolitik in Deutschland und der Europäischen Union ist auf die *Angebotsstärke* der global operierenden Unternehmen konzentriert. Druck auf Löhne und Arbeiterrechte, Abstriche von sozialen Standards und niedrige Unternehmenssteuern – das ist ihr Credo. In Deutschland stehen hohe Exportüberschüsse (siehe Grafik 10) einer fast kontinuierlich sinkenden Binnennachfrage gegenüber. Der Export hat zwischen 2000 und 2004 durchschnittlich einen jährlichen positiven Wachstumsimpuls von 1,2 Prozent ausgelöst, die stagnierende oder sinkende

Grafik 10:
Deutscher Außenhandel in Mrd. Euro



35 Heiner Geißler im Interview mit der Berliner Zeitung vom 11. August 2005.

Nachfrage auf den Binnenmärkten dagegen hat jährlich das Wachstum um 0,5 Prozent abgeschwächt. Die Ursache dafür, dass Deutschland Schlusslicht im Euroraum beim Wachstum ist, liegt gerade nicht an unzureichender Export- und Konkurrenzfähigkeit, sondern an der Verarmung der öffentlichen Haushalte und am völligen Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung.

Die Linkspartei.PDS sieht die *Nachfrageschwäche* auf den Binnenmärkten als ein entscheidendes Hemmnis für Wachstum und neue Arbeitsplätze an. Folglich ist es für sie ein wirtschaftspolitischer und zugleich sozialer Ausgangspunkt, die Kaufkraft auf dem deutschen und europäischen Binnenmarkt zu stärken. Das heißt:

- Abkehr von Niedriglohnstrategien; gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen; Erhöhung der Lohneinkommen mindestens in dem Maße, wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Preise steigen; Verteidigung der Tarifhoheit und Stärkung der Gewerkschaften.
- Keine weitere Senkung von Sozialeinkommen! Sie müssen der Würde der Menschen entsprechen. Sie stabilisieren zugleich auch die Kaufkraft.
- Massenkaukraft ist aber nur die eine Komponente für die Stärkung der Binnennachfrage, öffentliche Investitionen bilden die andere. Ihre Bedeutung reicht jedoch entschieden über die Stärkung der Nachfrage hinaus. Mit Investitionen in den ökologischen Umbau, in Bildung und Wissenschaft, in Gesundheits-, Pflege-, Betreuungs- und Kultureinrichtungen, in den öffentlichen Nahverkehr und andere Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge gewinnt Politik Gestaltungskraft. Ein *zusätzliches öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm* mit solchen Schwerpunkten würde zum Einstieg in einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft beitragen. Soziale Kälte und ökologische Blindheit des Marktes würden auf ein wirksames Gegengewicht treffen.

Die Unterstellung, dass die Linkspartei.PDS nur Verteilungsfragen im Sinn habe, trifft nicht zu. Der ökologische Umbau und die Ausrichtung von Wissenschaft, Technologien und Produktionsprofilen auf diesen Umbau betreffen die Produktionsstrukturen und ebenso wie die öffentliche Daseinsvorsorge zugleich den Wandel der Lebensweisen. Was aber zutrifft, ist die klare Orientierung des Neoliberalismus auf eine Umverteilung von unten nach oben und von den Lohnempfängern zu den Kapitaleigentümern sowie die Fortsetzung einer unökologischen und ungerechten Wirtschaftspolitik.

Umkehr zum Vierten: Die Herausbildung einer neuen Linken wird folglich mit Kämpfen um eine *andere Regulationsweise* in der Wirtschaft verbunden sein. Die unumgänglichen Umbrüche – eine ökologische Zeitenwende, die Überwindung der Armut der Welt, der Übergang zur Wissensgesellschaft, generationenübergreifender demographischer Wandel – sind nicht durch das Diktat der Märkte, nicht orientiert an den kurzfristigen Kursausschlägen auf

den Aktien- und Wertpapiermärkten in sozialer Weise zu bewältigen. Anfeindungen gegen die Linkspartei.PDS, sie wolle nur zurück zur staatsgelenkten Wirtschaft, ignorieren schlicht den Bedarf an strategischem Handeln. Sie sind einfach nur unqualifiziert.

In künftigen Regulationsweisen werden zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen um die notwendigen Entscheidungen – in Gestalt partizipativer Haushaltspolitik beispielsweise –, langfristiges staatliches Handeln und Marktmechanismen unter neu gesetzten Rahmenbedingungen ineinander greifen. Dies gilt für die kommunale und regionale Ebene, für Länder, den Bund und die Europäische Union bis hin zu globalen Zusammenhängen. Auf allen diesen Ebenen muss die Wirtschaftsentwicklung in Demokratisierungsprozesse eingebettet werden, in *mehr direkte Demokratie, mehr Bürgernähe und Ausbau der Mitbestimmung in der Wirtschaft*, die vor allem den sozialen Grundbedürfnissen, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verpflichtet sind.

Demokratischer Sozialismus – ein transformatorischer Prozess

Die Linkspartei.PDS erwartet, dass in den Kämpfen für die Umsetzung dieser Eckpunkte in reale Schritte des Wandels ein Prozess entsteht, der die gesellschaftlichen Verhältnisse sozial und emanzipatorisch verändert. In kleinen Schritten und größeren Brüchen will sie die Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft zurückdrängen und schließlich überwinden. Je mehr in solchem Verlauf sozial gleiche Bedingungen für eine freie Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen über das eigene Leben anstelle allgegenwärtiger Profitdominanz treten, desto mehr wird Gestalt gewinnen, was als demokratischer Sozialismus bezeichnet werden kann. Demokratischer Sozialismus ist im Verständnis der Linkspartei.PDS ein transformatorisches Projekt, das an gegenwärtigen Bedingungen ansetzt und langfristig über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist. Ziel ist eine Gesellschaft, »in der die freie Entwicklung des Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist«³⁶.

Die PDS nahm deshalb teil an Protesten und Widerstand gegen Hartz IV. Von Beginn an unterbreitete sie Vorschläge zur Milderung der größten Ungerechtigkeiten und Härten der Hartz-Gesetze. Einige wenige davon haben, mit Abstrichen, nun auch andere Parteien aufgegriffen (gleiche Regelsatzhöhe beim Arbeitslosengeld II für Ost und West, Berücksichtigung langer Beitragszahlungszeiten, längere Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I). Die Linkspartei.PDS sucht also nach Verbesserungen unter den gegebenen Verhältnissen. Aber sie will mehr. Ihr originärer Vorschlag ist, die im Rahmen von Hartz IV für die Dauerfinanzierung von Langzeitarbeitslosigkeit vorgesehenen Milliarden Euro mit anderen vorhandenen Förderfonds und mit einem Teil der durch ihr alternatives Steuerkonzept erzielbaren Steuermehreinnahmen zu kombi-

36 So das Parteiprogramm der Linkspartei.PDS in Anlehnung an das Manifest von Marx und Engels.

nieren. Bisher Langzeitarbeitslose würden damit reguläre, versicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze erhalten. Anstelle fortschreitender Privatisierung auch der öffentlichen Daseinsvorsorge sollten diese Arbeitsplätze in gemeinnützigen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren entstehen – tariflich ausgehandelt, die Projekte stark von den Beschäftigten selbst bestimmt, Ältere einbeziehend, Geschlechtergerechtigkeit groß geschrieben. In diesen Sektoren müssen Menschen sich nicht mehr »rechnen«, sie können Sinnvolles für das Gemeinwesen tun – ein Hauch von Transformation, konträr zum neoliberalen Zeitgeist. Denn – so ein Aphorismus August Everdings: »Wer den Zeitgeist heiratet, wird bald Witwer sein.«

Zeitgemäße Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Das Soziale gilt der Linkspartei.PDS nicht als der Restposten, der in der Verdrängungskonkurrenz nach profitdiktierten Senkungen der Lohnnebenkosten und Streichungen sozialer Leistungen in den Haushalten noch verbleibt. *Hohe soziale Standards haben eigenständige Bedeutung* – als Ziel einer gerechten Gesellschaft, für Frieden und inneren gesellschaftlichen Zusammenhalt, für ein produktives Betriebsklima in der Wirtschaft und auch als Nachfragefaktor. *Ebenso gilt, dass ein erneuerter Sozialstaat eine leistungsfähige Wirtschaft und hohe Beschäftigungsquoten voraussetzt.*

Mehr soziale Sicherheit beginnt daher mit mehr existenzsichernden Arbeitsplätzen: durch innovative Zukunftsinvestitionen; Stabilisierung der Binnen- nachfrage; Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren dort, wo die Privatwirtschaft keine Gewinnchancen sieht; Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit; freiwilligen Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und zeitweiliger, sozial abgesicherter Familienarbeit und gemeinnütziger Arbeit. Bildung für alle – unabhängig von der sozialen Herkunft – muss die sozial gleiche Teilhabe an Arbeit begünstigen. Wenn der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, im Chor mit anderen behauptet, das Angebot der Linkspartei.PDS erschöpfe sich in Steuererhöhungen und Ausweitung des Sozialstaates,³⁷ so trifft dies schlicht nicht zu. Struktur- und Industriepolitik, Umweltpolitik, Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik werden von der Linkspartei.PDS in enger Wechselwirkung verstanden.

Ignoranz globaler Zwänge?

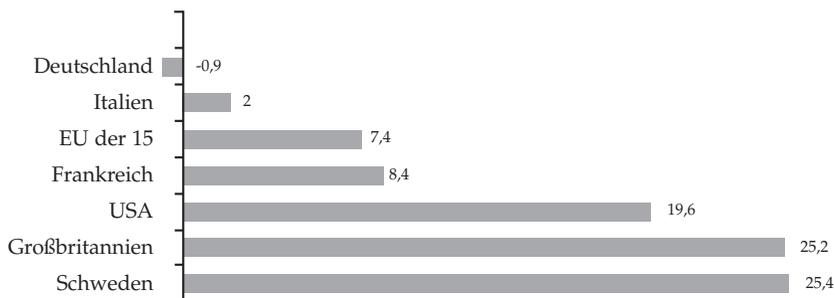
Die Linkspartei.PDS wie die ganze Linke sei nicht von dieser Welt, weil sie mit ihren sozialen Forderungen ignoriere, dass die Weltmärkte unausweichlich Druck auf Löhne und Lohnnebenkosten nach unten ausübten. So meint z. B. Prof. Hans Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts und einer der »Wirtschafts-

³⁷ Berliner Zeitung vom 16. Juli 2005.

weisen«, auf die Frage, wie Arbeitsplätze entstehen können: »Durch deutlich niedrigere Steuern und Lohnkostensenkungen, die sich auf den Niedriglohnsektor konzentrieren. Wenn die Löhne sinken und die Leute länger arbeiten, schaffen die Unternehmen neue Arbeitsplätze und lassen Menschen statt Maschinen in den Fabrikhallen arbeiten.«³⁸ Genau diese Politik hat aber in jeder Hinsicht versagt.

Erstens sind es nicht zuletzt die Lohnkämpfe und die Auseinandersetzungen um Erhalt und Verbesserung sozialer Leistungen, die eine Nachfrage auf den Weltmärkten sichern helfen, ohne die die Märkte überhaupt nicht funktionieren würden. Die Marktliberalen sollten Merkur, dem Gott des Handels und der Diebe, für diesen Dienst der Linken und der Gewerkschaften danken. Die Vorstellung, man müsse im Zeitalter der Globalisierung dem Druck auf die Absenkung der Löhne nachkommen, ist auch empirisch falsch. Sie kann nicht erklären, wieso in vielen Volkswirtschaften (außer gerade in Deutschland) teilweise massive Lohnerhöhungen stattfanden (siehe Grafik 11). Auch heute gibt es kein »ehernes Lohngesetz«, das alle Arbeitenden zur Verarmung zwingen würde.

Grafik 11:
Entwicklung der Reallöhne 1995 - 2004 in Prozent
(Süddeutsche Zeitung, 14. Juni 2005)



Zweitens zielen Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik der Linkspartei.PDS ebenso wie ihre in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bereits praktizierte Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen auf einen Produktivitätsanstieg, der die Lohnstückkosten trotz hoher Stundenlöhne und Lohnnebenkosten auch weiter erfolgreich begrenzt. So kann die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen gewahrt und sollen zugleich die gegen so genannte Niedriglohn-Entwicklungsländer errichteten Importschranken solidarisch abgebaut werden. Die Bundesrepublik wäre nicht Exportweltmeister,

38 www.politikforum.de/forum/showthread.php?threadid=39974.

wenn Löhne und Sozialstandards in Deutschland gemessen am Produktivitätsniveau unverhältnismäßig hoch wären.

Drittens schlägt die Linkspartei.PDS vor, die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmenseite von der Lohnsumme als Bezugsbasis abzukoppeln. Sie sollen nicht mehr als Lohnnebenkosten berechnet werden, sondern auf die Summe des Wertes der Produkte eines Unternehmens, seine Wertschöpfung, bezogen werden. Kleine arbeitsintensiv produzierende Unternehmen würden dann nicht mehr durch hohe Lohnnebenkosten bestraft, und investitionsstarke Großunternehmen mit hohem Einsatz von Maschinen und wenig Personal würden für Rationalisierungsprozesse mit der Folge von Massenentlassungen nicht mehr zu Lasten der Gesellschaft durch sinkende Sozialbeiträge belohnt werden.

Viertens ist zu prüfen, ob die sozialen Sicherungssysteme angesichts der Verkürzung der Lebensarbeitszeiten (im Gefolge längerer Ausbildungs- und Rentenzeiten und häufiger Unterbrechungen der Arbeitsbiografien) besser durch Steuern als vorwiegend durch Beiträge in Abhängigkeit von den Löhnen finanziert werden sollten. Letzteres würde den Faktor Erwerbsarbeit grundsätzlich entlasten und die Kosten der sozialen Sicherung und der auf ihr beruhenden inneren Stabilität verstärkt auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Ein solcher Umbau wäre allerdings ein langfristiger Prozess über Jahrzehnte hinweg.

Fünftens ist die Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten keineswegs so schicksalhaft, wie die dort dominierenden transnationalen Unternehmen aus eigenem Interesse glauben machen wollen. Die Linkspartei.PDS fordert daher Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte, die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen, einen konsequenten Kampf gegen Steueroasen und andere Schritte zur Eindämmung globaler Kapitalmacht.

Eine Position weist die Linke jedoch kategorisch zurück: dass die Globalisierung schicksalhaft Konkurrenz bedeutet, die dazu führt, dass »Arbeit billig wie Dreck« wird (Horst Afheldt) und die soziale Sicherung total privatisiert werden muss, wie das die FDP anstrebt.

Linke Alternativen sind finanzierbar

Der letzte Trumpf der Kritiker der Linkspartei.PDS lautet stets, dass ihre Konzepte nicht finanzierbar seien. Aber wieso in aller Welt soll bei steigender Produktivität, wissenschaftlich-technischen Umwälzungen, perfektionierter Arbeitsorganisation, globaler Arbeitsteilung und folglich wachsendem Reichtum nicht einmal das bezahlbar sein, was vor Jahrzehnten in einer weit schwächeren Volkswirtschaft noch kein Problem war? Warum soll nicht finanzierbar sein, was ökonomisch vernünftig und sozial obendrein ist? In einem Land, in dem während der Regierungszeit Schröders das Nettovermögen der obersten

zehn Prozent unter den Einkommensempfängern um fast 450 Milliarden Euro gestiegen ist, dessen 43 Milliardäre zu den Reichsten der Erde zählen, in dem 4400 Superreiche mit einem reinen Geldvermögen von jeweils mehr als 30 Millionen Euro leben!

Allerdings – unter den gegenwärtigen Bedingungen sind die Reformalternativen der Linken tatsächlich nicht finanzierbar. Weil die Kräfteverhältnisse zwischen superreichen Machteliten und demokratischen Gegenkräften dies nicht erlauben. Aber: »zum ersten Mal tritt der politischen Klasse das Elend dieses Landes nicht nur als diffuse Stimmung, sondern in Gestalt eines politischen Gegners gegenüber. Das macht sie fassungslos«! So »Die Welt« am 19. Juni über die Linkspartei.

Die Vereinigung von PDS und WASG könnte nicht allein die Parteienlandschaft, sondern das gesamte gesellschaftliche Kräfteverhältnis in Bewegung bringen. Wenn dies gelingt, werden linke Alternativen finanzierbar sein. Ver.di, die IG Metall, Attac, die Linkspartei.PDS und die WASG haben Konzepte dafür. Nach dem Steuerkonzept der Linkspartei.PDS sind jährliche Steuermehreinnahmen von 64 Milliarden Euro möglich – ohne ruinöse Belastungen der Wirtschaft: durch die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer, progressive Ausgestaltung der Körperschaftssteuer, international vergleichbare Anhebung von Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Großbeträge, Einführung einer Börsenumsatz- und einer Devisenumsatzsteuer und konsequente Beschneidung von Steuerflucht- und Steuerhinterziehung.

Ein Vergleich mit dem viel gelobten Modell Dänemark zeigt, dass die von CDU/CSU und besonders von der FDP geschürte Furcht vor einem hohen Anteil der Abgaben und Steuern am Inlandsprodukt keineswegs begründet ist. In Dänemark ist die Steuer- und Abgabenbelastung mit 53 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im europäischen Vergleich sehr hoch, stärkt aber öffentliche Aufträge der Gemeinden, erlaubt den Ausbau öffentlicher Beschäftigung und der Weiterbildung, hohe sozialstaatliche Absicherung von Jobrotations-Programmen und die Finanzierung aktiver Arbeitsmarktpolitik.³⁹ Die Förderung von Zukunftsinvestitionen mit Haushaltsmitteln auch um den Preis der Kreditfinanzierung könnte sich als nachhaltiger erweisen als die gegenwärtige Sparpolitik zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung.

Schließlich wird ein weit größeres Gewicht für die Minderung der Arbeitslosigkeit der Geldpolitik zukommen müssen. Notwendig ist, die Aufgaben der Europäischen Zentralbank zu erweitern, damit sie über die Sicherung der Geld- und Währungsstabilität hinaus Mitverantwortung auch für Wachstum, Beschäftigung und antizyklische Konjunkturpolitik übernimmt. Dringlich ist, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein über die Möglichkeit einer anderen

39 Irene Dingeldey: Zehn Jahre aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, in: WSI-Mitteilungen, 2005, Nr. 1.

Geldpolitik der EZB zu entwickeln. Zu einem Demokratisierungsprozess gehört eine dauerhafte, durch die Öffentlichkeit begleitete Beobachtung des einseitigen Verhaltens der Europäischen Zentralbank im Vergleich zu der Notwendigkeit, auch die Möglichkeiten der Geldpolitik in die Arbeitspolitik einzubringen. Allerdings würde dies auch eine größere Elastizität der Maastricht-Kriterien für die Wirtschaftspolitik erfordern. Ein Vergleich mit den USA zeigt, dass dort die Geldpolitik nicht allein für die Geldstabilität Verantwortung trägt, sondern stets auch für Wachstum und Beschäftigung.⁴⁰

Zweites Ziel: Demokratisierung der Gesellschaft (Lutz Brangsch)

Besonders nach dem 11. September 2001 und der Verkündung des »Kampfes gegen den Terror« ist die Frage nach der Zukunft von Demokratie und Rechten der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Vordergrund getreten. Aber darüber hinaus ziehen der Abbau von Sozialleistungen, Umbau der sozialen Sicherungssysteme und die Privatisierung von Elementen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser etc.) den Ausschluss von immer mehr Menschen aus der Möglichkeit, ihre Rechte wahrzunehmen, nach sich. Noch bedenklicher ist die wachsende Repression innerhalb der Sozialsysteme, wie sie etwa in den Hartz-Gesetzen realisiert wird. Die Kontrolle und Bewertung individuellen Verhaltens durch eine Behörde unterwandern schleichend demokratische Mechanismen und setzen die dem deutschen Sozialstaat von Anfang an eigenen Tendenzen in neuer Dimension fort. Schon die Art und Weise, wie etwa die Hartz-Gesetze zustande gekommen sind, hat mit demokratischer Willensbildung herzlich wenig zu tun – die Hartz-Kommission war ein Technokraten-Gremium.

Nicht zuletzt wirkt die Krise der Kommunalfinanzen in ähnliche Richtung. Wenn es nicht mehr möglich ist, wegen gestiegener Fahrpreise am öffentlichen Leben teilzunehmen, auf Zeitungen und Internet verzichtet wird, Bibliotheken nicht mehr erreichbar sind, Beratungsangebote für Menschen in Nöten ihre Leistungen einschränken oder einstellen müssen und keine öffentlichen Räume mehr bestehen, an denen man sich, ohne bezahlen zu müssen, treffen und Probleme bereden kann, bedeutet dies immer auch Beschädigung von Demokratie.

Neben der Einschränkung demokratischer Freiheiten auf innenpolitischem Gebiet steht somit gleichzeitig eine durch sozial- und finanzpolitische Entscheidungen verursachte Einschränkung von Möglichkeiten, bestehende Rechte wahrzunehmen.

⁴⁰ Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker: Löhne und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich. Eine Studie für die Hans-Böckler-Stiftung und den Bundesvorstand des DGB, Berlin 2000.

Auf der anderen Seite existieren vielfältige Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen, vor allem auf kommunaler Ebene. Diese Beteiligung ist aber im Kern so ausgestaltet, dass die Initiative und das entscheidende Gewicht bei den Verwaltungen liegt, meist hier die strategischen Entscheidungen getroffen werden und das Votum der Bürgerinnen und Bürger als Meinungsäußerung, nicht aber als politisches Gewicht verstanden und behandelt wird. In vielen Fällen scheitern die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger am angeblich fehlenden Geld, den so genannten haushaltspolitischen Sachzwängen. Initiativen wie etwa die *Lokale Agenda 21* oder das *Netzwerk Gesunde Städte* verlieren so an Attraktivität, die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, ihre Zeit und ihre Kraft in derartige Projekte einzubringen, sinkt – und dann wird ihnen auch noch Politikverdrossenheit und Passivität vorgeworfen.

Gefragt ist die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gegenwärtig vor allem dann, wenn es um die Legitimierung des Abbaus öffentlicher Leistungen geht. Im Rahmen großangelegter Modellprojekte und Wettbewerbe – so etwa des Modellprojekts »Kommunen der Zukunft« und »Bürgerhaushalt« unter Beteiligung der Bertelsmann-Stiftung oder des Wettbewerbs »Intelligent sparen« der 1949 gegründeten *Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung* – soll eine Balance zwischen dem Abbau öffentlicher Leistungen und der Sicherung sozialer und politischer Stabilität durch die Implementierung demokratischer Verfahren in Kommunalpolitik gesichert werden. Formal gesehen, werden damit durchaus neue Spielräume für direkte Demokratie, für neue Wege der Beeinflussung von Entscheidungen in Parlamenten und in der Verwaltung eröffnet, real werden sie aber in dem gegebenen neoliberalen Umfeld in dieser Weise nicht wirksam.

Die Verhältnisse scheinen festgefahren, die Positionen von Politikerinnen und Politikern sowie Verwaltung unerschütterbar, die Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Sachzwangbehauptungen in Lethargie und Resignation erstarrt, Lobbyisten übermächtig, die Ideen von Wirtschaftsdemokratie diskreditiert. Hat die gegenwärtige Linke und dabei ein linkes Parteiprojekt im Besonderen derzeit überhaupt das Potenzial zur Eröffnung neuer Wege zur Lösung dieser Probleme?

Es sei daran erinnert, dass am Beginn der Geschichte der PDS die Auseinandersetzung um den Stellenwert von Demokratie in der Gesellschaft und innerhalb der Organisation selbst stand. Es ging einerseits um die Überwindung des Erbes einer staatssozialistischen Einparteienherrschaft und andererseits um die Auseinandersetzung mit den undemokratischen Zügen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Die Verfassungsdiskussionen zu Beginn der neunziger Jahre bzw. die Statuten- und Programmdiskussionen der PDS drehten sich immer wieder um diese Fragen. In den darauf aufbauenden programmatischen Aussagen und Wahlprogrammen, vielfach auch in der politi-

schen Praxis, spiegelten sich diese Bezugspunkte auch vielfältig wider. Die Frage nach dem Verhältnis von repräsentativer und direkter Demokratie stand dabei immer im Hintergrund, konnte aber lange nicht konzeptionell gelöst werden.

Wohl setzte sich die PDS für Entscheide der Bürgerinnen und Bürger und andere Formen ihrer direkten Einflussnahme auf Politik ein. Parlamentarischer Widerstand gegen die Verschärfung von Polizeigesetzen, der Einsatz für die Erhaltung öffentlicher Infrastruktur, Kampf gegen die Ausgrenzung von sozial Benachteiligten stand und steht in PDS-Politik an erster Stelle. Die aktive Mitwirkung der PDS am Volksbegehren für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt oder bei Begehren von Bürgerinnen und Bürgern gegen Privatisierungen zeigen Möglichkeiten für die Erweiterung von Spielräumen im gegebenen demokratischen System, die es auszubauen gilt.

Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, dass vielfältige Instrumente direkter Begehren von Bürgerinnen und Bürgern vor allem auf kommunaler Ebene existieren. Vor dem Hintergrund der realen Machtverhältnisse und vielfach frustrierenden Erfahrungen bezüglich der Mobilisierungsfähigkeit für eigentlich von vielen Menschen unterstützte Forderungen fehlte allerdings der PDS, wie übrigens auch den anderen linken Organisationen, ein Ansatz, wie Elemente erweiterter demokratischer Rechte stabilisiert und in einen permanenten Faktor der politischen Auseinandersetzungen verwandelt werden können. Die Wirklichkeit der Regierungsbeteiligungen der PDS und der Umgang mit deren Möglichkeiten und Grenzen in der Linken überhaupt, nicht nur bei den unmittelbaren Akteuren, ist ein Ausdruck dieser Lücke linker Strategie. Die Herausforderungen, vor der die Linke auf diesem Gebiet heute steht, lautet, wie man von einer Politik *für* Bürgerinnen und Bürger zu einer Politik *der* Bürgerinnen und Bürger *selbst* kommt, wie repräsentative Demokratie mit direkt-demokratischen Wegen verbunden werden kann.

Entscheidende Anregungen für die Beantwortung dieser Frage kamen durch das 1. Weltsozialforum in Südbrasilien im Januar 2000.⁴¹ Die in Lateinamerika geführten Diskussionen zum Verhältnis repräsentativer und direkter Demokratie, die entsprechenden Erfahrungen des politischen Kampfes und schließlich die damals bereits über zehn Jahre erfolgreiche politische Praxis des »Beteiligungshaushaltes« (in Deutschland meist als »Bürgerhaushalt« bezeichnet) in Porto Alegre und anderen Städten trugen zu einer Belebung eigener Überlegungen auf diesem Feld bei.⁴² Bereits in der Zeit davor hatte die Bertels-

41 Anita Anand, Arturo Escobar, Jan Sen, Peter Waterman (Hrsg.): Eine andere Welt. Das Weltsozialforum (Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte 15), Berlin 2004 (als PDF-Datei zum Downloaden: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=4295>)

42 Näheres zu diesem Thema in Petra Brangsch, Lutz Brangsch (Hrsg.): Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie. Bedingungen und Strategien einer partizipativen Haushaltspolitik (Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte 54), Berlin 2005 sowie im Internet die entsprechende Projektwebsite der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.partizipativerhaushalt.de.

mann-Stiftung mit Bezug auf Porto Alegre ein eigenes Modellprojekt Bürgerhaushalt entwickelt sowie, wie bereits erwähnt, eine breite Kampagne zur Unterstützung der »Verwaltungsmodernisierung« aufgelegt.

Es galt, auf diese Politik Antworten zu finden, zumal in den Kommunal- und Landesverwaltungen die »Reformen«, weitgehend unabhängig vom Wirken der Abgeordneten und von der Öffentlichkeit, bereits liefen. In den letzten Jahren erwiesen sich dabei die Themen Bürger-/Volksentscheid und Bürgerhaushalt als Themen und Instrumente, mit denen nicht nur Spielräume für demokratische Einflussnahme erweitert werden können, sondern an denen auch das Zusammenwirken parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktionen festgemacht und auch Regierungsbeteiligung in diesem Sinne genutzt werden kann.

Wenn sich auf diesem Gebiet Forderungen von Linkspartei.PDS und WASG überschneiden, gleichzeitig das Interesse auch anderer Linker gerade an Bürger- bzw. Beteiligungshaushalten wächst, so scheinen sich Erfahrungen verschiedener Richtungen linker Politik, sei es parteiförmig oder anders organisierter bzw. ungebundener, zu treffen. Die Vereinbarung von PDS und WASG schließt dementsprechend das Eintreten für »mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie« in die gemeinsamen Ziele ausdrücklich ein.

Bei aller Widersprüchlichkeit insgesamt könnten gerade diese Ergebnisse und auch Erfahrungen der Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin Richtungen für zukünftige Projekte zur Erneuerung von Demokratie markieren. Mit einem Gesetzespaket der PDS zur Einführung bezirklicher Bürgerbegehren/-entscheide, zur Erweiterung von Informations- und Mitwirkungsrechten von Bürgerinnen und Bürgern in den Bezirken, zur Erweiterung der Rechte von Bezirksverordneten und der Einbeziehung des Bürgerhaushaltes auf bezirklicher Ebene in den Kreis von im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung geförderter Projekte wurden in Berlin Möglichkeiten geschaffen, auf kommunaler und Landesebene politische Auseinandersetzungen auf einer neuen Grundlage zu führen. *Mehr Demokratie e.V.* schätzt das entsprechende Gesetz als »das bürgerfreundlichste, das jemals von einem Landesparlament beschlossen wurde«⁴³, ein. Dass dieses Gesetzespaket so zustande kam und schließlich auch von den anderen Parteien akzeptiert wurde, hängt wesentlich mit dem Zusammenwirken von *Mehr Demokratie e.V.* und Parlamentarierinnen und Parlamentariern zusammen.

Noch weitreichender in ihren Wirkungen dürften die Aktivitäten hinsichtlich der Einführung bezirklicher Bürgerhaushalte in Berlin sein. Das Thema wurde nach dem 1. Weltsozialforum, nicht zuletzt auch unter dem Eindruck des Berliner Bankenskandals, von einer *Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt*, vor allem bestehend aus Aktivistinnen und Aktivisten der *Agenda-21-Bewegung*, als For-

43 Vgl. [www.mehr-demokratie.de/berlin.html?&no_cache=1&sword_list\[0\]=berlin](http://www.mehr-demokratie.de/berlin.html?&no_cache=1&sword_list[0]=berlin).

derung nach einem Bürgerhaushalt für Berlin auf die Tagesordnung öffentlicher Auseinandersetzung gesetzt.⁴⁴ Damit wurde über die Frage hinaus, *welche* Entscheidungen getroffen werden, die Frage, *wie* Politik gemacht wird, *wie* diese Entscheidungen zustande kommen, in den Mittelpunkt gestellt.

In ihrem Beschluss »Der Bezirk als Bürgerkommune – Landes- und bezirkspolitisches Leitbild der PDS Berlin für die Gestaltung der Bezirkspolitik« (September 2003) griff die PDS diese Forderung auf und stellte sie in den Kontext eines deutlichen Ausbaus von Formen direkter Demokratie, der Schaffung einer »neuen Partizipationskultur« und einer neuen »Verwaltungskultur«.⁴⁵ Es geht also nicht darum, Bürgerinnen und Bürger nur punktuell zu beteiligen, sondern ihr Votum zu Grundrichtungen der Haushaltspolitik einzuholen. Dieses Votum selbst soll schließlich, wie dies auch in Porto Alegre der Fall ist, in einem selbstorganisierten Prozess von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden, in dem Verwaltung und Politik als Partner und Berater, nicht mehr als Normsetzende auftreten.

Damit wurde ein Arbeitsfeld abgesteckt, dessen Breite für die Wenigsten zu diesem Zeitpunkt absehbar gewesen sein dürfte. Es wurde ein Lernprozess in Gang gesetzt, der, so er konsequent weitergegangen wird, nicht nur die Rahmenbedingungen politischen Handelns, sondern auch die Organisation von Parteien wie der Linkspartei.PDS selbst verändern wird. Die Erfahrungen, die nun vor allem aus dem Projekt Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg vorliegen, bestätigen dies. In einer Vielzahl von Diskussionen musste in der PDS-Fraktion und in der Bezirksorganisation der PDS das Vorhaben nicht nur erklärt, sondern mussten auch die Konsequenzen deutlich gemacht werden: Die Abgeordneten setzen ihre Arbeit auch außerhalb der Wahlen permanenter Öffentlichkeit und Kritik aus, stellen also ihre klassische Funktion damit beständig in Frage – auch wenn die Entscheidung über den Bezirkshaushalt weiterhin die Bezirksverordnetenversammlung fällt.

Wie der Beteiligungsprozess schließlich aussieht, welche Richtungen der Haushaltspolitik und welche konkreten Projekte schließlich die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern finden, hängt davon ab, ob es gelingt, eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern für aktive Teilnahme an diesem Prozess zu mobilisieren. Man muss also auf Menschen zugehen, muss mit ihnen sprechen und sie überzeugen, sich zu engagieren, in einem solchen Prozess als Organisatorinnen und Organisatoren Verantwortung zu übernehmen. Es müssen Einwohnerversammlungen organisiert werden, in denen alle die Möglichkeit haben, ihre Meinung zum Tragen zu bringen. Und es müssen Ver-

44 Nähere Informationen unter www.buergerhaushalt-berlin.de/. Im Zeitraum 2001 bis 2005 schloss sich auf dieser Grundlage ein von der Bundeszentrale für politische Bildung moderierter Arbeitskreis in Berlin aktiver parteinaher Stiftungen zusammen, um Voraussetzungen für die Einführung von Bürgerhaushalten in Berlin zu schaffen.

45 www.pds-berlin.de/partei/lpt/08/04/b01.html.

fahren gefunden werden, die das Votum der Bürgerinnen und Bürger realistisch widerspiegeln. Dabei müssen Kompromisse gefunden werden – nicht durch interne Gespräche kleiner Kreise, sondern in der Öffentlichkeit.

So wurde das nun in Lichtenberg installierte Verfahren durch eine Arbeitsgruppe, in der Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen vertreten waren, erarbeitet.⁴⁶ Dabei verzichtete die PDS auf die Möglichkeit, auf der Grundlage ihrer absoluten Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVO) den Prozess zu dominieren – es nahmen Vertreterinnen und Vertreter aller in der BVO vertretenen Parteien in gleicher Stärke teil. So sollte dem Verfahren auch für den Fall, dass die PDS nicht mehr dieses politische Gewicht einnimmt, Legitimität und Dauerhaftigkeit gesichert werden.

Schließlich stehen Abgeordnete und Dezentenen vor der Herausforderung, in der Verwaltung Verbündete zu finden, die Arbeitsweise der Verwaltung auf eine andere Art von Bürgerbeteiligung einzustellen. In Lichtenberg wurde dazu eine Workshop-Reihe organisiert, in der die Verwaltungsarbeit durch Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung selbst kritisch analysiert und entsprechende Konsequenzen erarbeitet wurde. Bürgerinnen und Bürger können in einem solchen Kontext nicht als »Kunden« betrachtet werden, sondern wurden zu politischen Auftraggebern und gleichberechtigten Partnern. Das ist ein Umbruch in der politischen Kultur, der oft schwieriger zu bewältigen ist als Veränderungen in der Arbeitsorganisation.

Berücksichtigt man, dass in den Jahren seit 2001 ein vielschichtiger Diskussionsprozess in Berlin gelaufen ist, der nun zu einem eigenständigen, wichtige emanzipative Momente einschließenden Modell eines Bürgerhaushaltes geführt hat, so zeigt sich daran, dass selbst in einem neoliberal geprägten Umfeld Ansatzpunkte für andere Wege von Politik geschaffen werden können. Der Prozess hat gerade begonnen – die Handlungsfähigkeit der Linken insgesamt wird darüber entscheiden, welche Richtung er nimmt.

Die Einführung des Beteiligungshaushalts ist nur ein, aber ein nicht unwesentliches Beispiel. Es wird darauf ankommen, auf allen Ebenen der Politik, aber auch von Wirtschaft und Kultur Prozesse einer umfassenden Demokratisierung zur Geltung zu bringen. Gerade die Thematisierung von Haushaltspolitik im Kontext von Demokratiefragen eröffnet neue Möglichkeiten der Diskussion von Verteilungsfragen, von Fragen, wer über die Gewährung sozialer Rechte und sozialer Leistungen letztlich entscheidet und welchen Interessen staatliche Entscheidungen folgen. Auseinandersetzungen, die sonst nur in einem kleinen Kreis von Abgeordneten stattfinden, werden in die Öffentlichkeit gebracht, wodurch diese Öffentlichkeit selbst neues politisches Gewicht, und dies zum Teil gegen die so genannte Medienöffentlichkeit, erhält.

46 Nähere Informationen unter www.berlin.de/ba-lichtenberg/verwaltung/persfinkult/buergerhaushalt/index.html (demnächst unter www.buergerhaushalt-lichtenberg.de).

Damit wird der Ansatz direkter Demokratie »unmäßig« – er provoziert beständig neue Fragen nach dem Warum und nach der Ausweitung seiner Wirksamkeit. Denn: Solange die Demokratie nicht die Eigentumsfrage erfasst, wird sie nicht sozial sein können.

Die Rahmenbedingungen allen gesellschaftlichen Handelns müssen demokratischen Voten der Bürgerinnen und Bürger unterworfen werden, die in partizipativen Prozessen entstehen. Reale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger als gleichberechtigte Subjekte an den Entscheidungsprozessen ist genauso wichtig wie der Schutz der politischen, sozialen und kulturellen Grundrechte. Angesichts der Vorstöße gegen elementare Bürgerrechte ist die Bewahrung, Nutzung und konsequente Erweiterung demokratischer Spielräume ein wichtiges Bindeglied zwischen verschiedenen Politikfeldern und ein Ansatz für neue gesellschaftliche Bündnisse.

Dies schließt freilich ein, dass sich die beteiligten Organisationen selbst verändern. Politische Konzepte, politisches Handeln und Organisationsstrukturen werden zunehmend weniger aus dem Gesichtspunkt der Bewahrung der Organisationsidentität abzuleiten sein, sondern zunehmend aus den Aktivitäten von Menschen, die nicht unbedingt in Parteien oder klassischen Nichtregierungsorganisationen organisiert sind. Die Geschichte der Hartz-IV-Proteste zeigte, wenn auch nur kurz, in Umrissen die neuen Anforderungen. Diese Tendenz macht Organisationen nicht überflüssig. Sie führt aber zu wachsenden Anforderungen an deren Lernfähigkeit und Flexibilität.

Die Wiederaufnahme der Diskussion um ein linkes politisches Projekt als Einheit von Parteien und Bewegungen sowie eine Neubestimmung des Verhältnisses von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit werden daher unumgänglich. Anders werden heute Mehrheiten, die die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen nicht nur in Wahlentscheidungen oder -enthaltbarkeit, sondern in aktives Handeln umsetzen und damit Verhältnisse bewegen können, nicht zu erlangen sein. Karl Liebknecht formulierte dies angesichts der Hilflosigkeit der Sozialdemokratie im Frühjahr 1918 mit den folgenden Worten: »Will man auch nur parlamentarische Erfolge erzielen, so kommt alles darauf an, ... daß die Partei eine außerparlamentarische Macht hinter sich hat, die sie, aller Niederlagen ungeachtet, in unerschöpflicher Manigfaltigkeit und Schlagfertigkeit der Methoden mit stets zunehmender Energie in den Kampf einzuwerfen fähig und entschlossen ist, und daß dies dem Gegner durch die Tat ad oculus [sichtbar – d. Verf.] demonstriert wird.«⁴⁷

47 Karl Liebknecht: Theoretisches über die Wirkung erfolgloser politischer Aktionen, in: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1982, S. 461 f.

Drittes Ziel: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa (Cornelia Hildebrandt)

Mit der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden, der Unklarheit über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und dem Scheitern der bisherigen Verhandlungen um den EU-Haushalt für die nächsten sechs Jahre wird die krisenhafte Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses sichtbar. Der Versuch der Europäischen Union, sich mit einer neoliberal geprägten Verfassung einen politischen Rahmen zu geben, musste angesichts zunehmender sozialer Polarisierung in einer erweiterten Union und gleichzeitigem Abbau sozialstaatlicher Daseinsvorsorge als Teil eines radikalen Umbaus der gesamten Gesellschaft scheitern.

Haben sich mit dem Prozess der Erweiterung auf 25 Staaten und der Schaffung einer Währungs- und Wirtschaftsunion die Kräfte der Integration bereits erschöpft? Bleibt es beim Ansatz der Lissabonstrategie, bis 2010 die Europäische Union »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt« zu machen, oder wird jetzt nach dem Scheitern der Verfassung letztgenannter Teil der Strategie durch »Verschlankung« und Prioritätensetzung zugunsten von Wachstum und Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Union endgültig nachrangig? Ist die Militarisierung der EU die natürliche und unvermeidliche Folge der erweiterten und immer intensiveren Integration zu einem Staatenverbund, der weltweit mit imperialem Anspruch mitreden will?

Militarisierung, Demokratiedefizit und die neoliberale Einseitigkeit der Ausrichtung des Stabilitätspaktes bedingen sich und greifen ineinander: Die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, »ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern« (Artikel I-40/3, Europäische Verfassung), die Zusammenfassung der Rüstungskapazitäten zu einem gemeinsamen europäischen Rüstungsprogramm, die Schaffung einer »Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung« (Europäische Verteidigungsagentur), der Aufbau einer europäischen Interventionsarmee für weltweite Kampfeinsätze⁴⁸ fallen nicht unter die Kriterien des Stabilitätspaktes, der ansonsten diese Ausgaben begrenzt.

Von besonderer Brisanz ist die in Artikel III-312 des Entwurfs zur Europäischen Verfassung festgeschriebene »ständige Strukturierte (militärische) Zusammenarbeit«. Danach können Mitgliedsstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, eine strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der

48 Die EU-Verfassung strebt im Jahr 2007 einsatzbereite Schnelle Eingreiftruppen der EU mit etwa 80 000 Soldaten an, die zu »Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen« eingesetzt werden können (Art. III-210, Europäische Verfassung).

gegenseitigen Verteidigung (Artikel I-40, Absatz 6, Entwurf der EU-Verfassung) im Sinne einer Avantgarde innerhalb der Europäischen Union organisieren. Ob diese von anderen EU-Einzelstaaten gebremst oder verhindert werden kann, bleibt offen; neutrale Staaten der EU wie Finnland, Irland, Österreich und Schweden verlieren bei der Umsetzung der engeren Zusammenarbeit mit der Nordatlantikvertrags-Organisation ihren Status der Neutralität zugunsten einer NATO-Mitgliedschaft »light«; eine Relativierung nationaler parlamentarischer Entscheidungs-, Kontroll-, Beschränkungs- oder Blockademöglichkeit ist dann unvermeidlich. So formiert sich ein qualitativ neues Gravitations- und Machtzentrum Europas um jene Staaten, die derart militärisch kooperieren.

Unterschiedliche Geschwindigkeiten und Ungleichheiten der Entwicklung von Ländern und Regionen produzieren einen neuen europäischen Zentrums-Peripherie-Konflikt nicht nur zwischen den Ländern Europas, sondern auch innerhalb dieser Länder. Zwischen prosperierenden liegen dem Verfall preisgegebene Regionen: »Blühende Landschaften neben untergehenden Dörfern, florierende Unternehmen neben solchen, die nur von Quartal zu Quartal überleben, gut verdienende Menschen im Zeitstress neben unterbezahlten oder solchen, die vom Sozialstaat leben müssen und deren Lebenszeit vom Stress der Arbeitslosigkeit aufgeessen wird.«⁴⁹ Auf diesem Boden wachsen auch Europaskeptizismus und -feindlichkeit, Fremdenhass und Antisemitismus. Die NPD im Sächsischen Landtag ist keine Ausnahme, sondern Beispiel eines europäischen Phänomens.

Dagegen muss eine breite plurale Linke in Europa die großen emanzipatorischen Potenziale Europas wieder in den Mittelpunkt europäischer Perspektivdiskurse stellen, anknüpfend an demokratische Traditionen und Institutionen, an eine reiche Zivilgesellschaft, an enge Verbindungen zu Ländern des Südens, die ähnliche Wege suchen, und an die historischen Erfahrungen tief greifender zivilisatorischer Umbrüche und zweier Weltkriege, in härtester Auseinandersetzung mit der Geschichte von Kolonialismus, Militarismus und Faschismus. Europa braucht – aus diesem Potenzial schöpfend – eine andere Vision, die des sozialen und solidarischen Europas, verbunden mit den dauerhaften Zielen der Europäischen Union: Frieden, Freiheit und Gleichheit der grundlegenden Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger,⁵⁰ ein Europa, in dem jeder selbstbestimmt und in Würde leben kann. Nur so wird dem Integrationsprozess jener Impuls gegeben, der zur Vertiefung der Integration und Erweiterung gebraucht wird.

49 Rainer Land: Ostdeutschland. Fragmentierte Entwicklung, in: Berliner Debatte Initial, Heft 146 (2003), S. 76.

50 André Brie: Sozial ist modern, sozial ist wirtschaftlich. Artikel zur Europäischen Sozialpolitik EPC. www.andrebrie.de/europa/dok/EPC-Sozialpolitik.pdf.

Wie aber lässt sich eine solche Vision durchsetzen?

Die zivilisierte Form der Konfliktbehandlung – »Noch nie hat es Krieg zwischen EU-Staaten gegeben«⁵¹ – ist eine Errungenschaft europäischer Völker. Sie wird im Prozess der weiteren ökonomischen, sozialen und politischen, auch außenpolitischen Integration nunmehr in Frage gestellt: Während das Ziel der EU: »den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen der Völker zu fördern« im Teil I des Verfassungsentwurfs (Artikel I-3, Europäische Verfassung) verankert ist, zielen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und vor allem die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) darauf ab, die Europäische Union zu einer global agierenden Militärmacht aufzurüsten. Deshalb fordert die Linkspartei.PDS die Aufhebung der Beschlüsse von GASP und GSVP und die Streichung aller Bestimmungen über eine Militarisierung der Europäischen Union in der Europäischen Verfassung.

Die erweiterte Europäische Union hat die historische Chance, als gesamt-europäischer Friedensraum, als zivil orientierter Staaten- und Völkerbund seine autonome, internationale Rolle in Auseinandersetzung mit imperialer Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik der USA neu zu bestimmen und eine eigenständige aktive Politik zu entwickeln. Die eigentliche Aufgabe der Europäischen Union besteht eben nicht im Aufbau einer globalen Interventionskraft, sondern im Beitrag zur Pazifizierung und Zivilisierung der Konflikte in ihrem eigenen Umfeld – im Raum des Mittelmeeres, des Nahen Ostens, des östlichen Europas und des Kaukasus. Dazu gehört – bezogen auf die eigene Entwicklung – die Abrüstung konventioneller und Massenvernichtungswaffen, die Schaffung einer Agentur für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion, die Senkung der Militärausgaben aller EU-Mitgliedsstaaten. Die neu zu formulierende GASP – unter uneingeschränkter Kontrolle durch das Europäische Parlament und der nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten – muss sich orientieren an Multilateralismus und Achtung des Völkerrechts, insbesondere des Verbots der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen – bis auf jene Fälle, die durch die UN-Satzung geregelt sind – und der Priorität ökonomischer, sozialer, entwicklungspolitischer, ökologischer und kultureller Kooperation. Sie sollte auf den Ausbau der OSZE als sicherheitspolitischer Institution zielen, die zugleich Europa, Nordamerika, Mittelasien als auch die Länder des Kaukasus einschließt und die Demokratisierung und Stärkung der UNO anstreben.

Europa muss einen aktiven Beitrag zur demokratischen Kontrolle und Regulierung internationaler Finanzmärkte und für eine global abgestimmte Wechselkurspolitik leisten. Zugleich ist die Stärkung einer autonomen europäischen Wirtschaftspolitik erforderlich, die auf eine Stärkung der europäischen Binnenwirtschaft und Binnennachfrage, an Verbraucher- und Umwelt-

51 Lothar Bisky: Lasst uns für ein gemeinsames Projekt Europa von links streiten. www.pds-online.de/partei/strukturen/parteitag/pt0803/view_html?zid=28600.

schutz orientiert und an Qualitäts- und Sozialstandards ausgerichtet ist. Ergänzt werden muss sie durch eine national und europäisch abgestimmte Steuer- und Sozialpolitik, eine aktive nachfrage- und investitionsorientierte Haushaltspolitik, eine Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die sich gleichrangig an Preisstabilität, Vollbeschäftigung und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung orientiert und deren Wirken der Rechenschaftspflicht und demokratischen Kontrolle unterliegt.

Die Vision eines friedlichen, demokratischen, sozialen, weltoffenen und ökologischen Europas ist jedoch nur durch einen Prozess mit gesamteuropäischen Strukturen unter Einbeziehung der Staaten Osteuropas und Mittelasiens sowie Nordafrikas und des Nahen Ostens und unter Stärkung regionaler Integration möglich.⁵² Gesamteuropäisch meint auch: Öffnung der Union. Die Linkspartei.PDS schlägt niemandem die EU-Tür zu, erklärte Petra Pau.⁵³ Sie tritt dafür ein, den Ländern Mittel- und Osteuropas eine klare Beitrittsperspektive zur Europäischen Union zu eröffnen, zugleich aber deren Selbstbestimmungsrecht über ihren Entwicklungsweg anzuerkennen und ihnen gegenüber auf der Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten zu bestehen.⁵⁴ Die Linkspartei.PDS befürwortet die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU im Jahre 2007, sie lehnt alle Versuche ab, die Aufnahme der Türkei wegen religiöser Gründe auszuschließen, verweist aber auf die Kopenhagener Kriterien, wonach eine Aufnahme nur dann möglich ist, wenn die Menschenrechte für alle in der Türkei lebenden Minderheiten garantiert sind und die Zypernfrage geklärt ist.

Beitrittsfragen sind Identitäts-, Macht- und Strukturfragen. Mit der Erweiterung stellen sich Fragen zur Demokratisierung europäischer Strukturen, einer politisch und sozial gleichberechtigten Mitgliedschaft, einer veränderten Subventions-, Steuer- und Haushaltspolitik. Das Bruttoinlandsprodukt der EU hat sich mit der Erweiterung nur um fünf Prozent erhöht, zugleich sank die Wirtschaftsleistung pro Kopf um zehn Prozent, so dass eine Erhöhung des gesamten EU-Haushalts notwendig ist. Aber die Erhöhung der Beiträge der Mitgliedsstaaten von einem Prozent auf 1,24 Prozent wurde abgelehnt. Damit sinkt das EU-Haushaltsvolumen pro Kopf der Einwohner und stellt bei erhöhtem Bedarf die bisherige Finanzierung von Förder- und Subventionsprogrammen in Frage – auch die regionalen Struktur- und Kohäsionsfonds.

Eine andere Frage ist, wie sich die weitere Integration vollziehen soll. Im Sinne eines europäischen Zentralstaates oder »als europäische Föderation von Nationalstaaten« bzw. eines Europas verschiedener Integrationsformen und

52 Siehe Politische Positionen der PDS: Forderung zur Erarbeitung einer europäischen Flüchtlingskonvention. Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994, S. 21.

53 Petra Pau: Wir haben ein anderes EU-Bild als die CDU/CSU. sozialisten.de/politik/mdb/view_html?zid=19967,29.7.2005.

54 Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994, a. a. O., S. 14.

-kerne? Wie verhält sich die Stärkung des Europäischen Parlaments zum föderativen Charakter der Union, die zugleich mit einer stärkeren Autonomie der Regionen und Kommunen verbunden sein soll? Die Linkspartei.PDS strebt die Neuordnung von EU und Nationalstaaten, Ländern, Regionen und Kommunen an: »Dabei wird die Kompetenz sicher unterschiedlich geregelt werden müssen. So sprechen wir klar von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, begrüßen einen europäischen Außenminister. Wir sprechen aber auch von einer Stärkung der Regionen und Kommunen z. B. durch eine Stärkung der kommunalen Beteiligung am Ausschuss der Regionen und eine Weiterentwicklung dieses Ausschusses zu einer zweiten Kammer im Europäischen Parlament.«⁵⁵ Die Linke in Deutschland und die Linken in Europa stehen für ein soziales, friedliches, demokratisches Europa, das Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet und geprägt sein soll von der Vielfalt von Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft. Dazu braucht es europäische Bündnisse, Strategien und Projekte.

Der erfolgreiche Kampf gegen den EU-Verfassungsvertrag war ein gemeinsamer Protest einer pluralen europäischen Linken, der die »Ungleichzeitigkeit« und die Unverbundenheit sozialer Bewegungen und Proteste überwinden konnte. Er konnte sich auf die Herausbildung neuer europäischer Allianzen, politischer Räume und Kulturen wie die europäischen und regionalen Sozialforen stützen, die sich seit 2002 zusammen mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in Europa zu eigenständigen, selbstbewussten Akteuren entwickelten. Neue politische Allianzen wie die Partei der Europäischen Linken (EL),⁵⁶ die Nordisch Grün-Linke Allianz (NGLA) und die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) waren entstanden. Es wächst eine neue politische und soziale Dynamik gegen neoliberale Vorherrschaft.

Die Linkspartei.PDS sagt »Ja zu Europa, ja zu einer sich wandelnden Organisation«: »Wir wollen eine Europäische Union, die sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen und Steuern und Sozialleistungen gibt und konsequent zu einer nichtmilitärischen Vereinigung wird.«⁵⁷ Unverzichtbar ist die Ergänzung der Währungsunion durch eine Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion. Die poli-

55 PDS (2004). Für starke Kommunen in einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa. Sommerdaer Erklärung der Bundeskommunalkonferenz der PDS vom 14.-16. Mai 2004.

56 Die Partei der Europäischen Linken (hierzulande meist Europäische Linkspartei genannt) ist die wichtigste linkssozialistische Partei auf EU-Ebene. Anfang Juli 2005 bestand die Europäische Linkspartei aus 23 Mitgliedsparteien (15 Vollmitglieder, 8 mit Beobachterstatus) aus 18 Ländern, darunter auch aus Nicht-Mitgliedsstaaten der EU. Zu den Vollmitgliedern gehören die PDS (Deutschland), Rifondazione Comunista (Italien), PCF (Frankreich), PCE (Spanien), Izquierda Unida (Vereinigte Linke – Spanien), Partei der Arbeit (Schweiz), KPÖ (Österreich), ESDTP (Estland), Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS – Tschechien), Kommunistische Partei der Slowakei, Synaspismos (Griechenland), Arbeiterpartei (Munkaspart – Ungarn), Sozialistische Allianzpartei (PAS – Rumänien) und – ganz neu – der Linksblock (Bloco d'Esquerda) aus Portugal. Zu den Beobachtern zählt seit kurzem auch die bundesdeutsche DKP.

57 Linkspartei.PDS: Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Entwurf, S. 27.

tischen Instrumente und Entscheidungsprozesse in Europa müssen demokratisiert werden und wirkliche Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in Europa ermöglichen. Welche konkreten Projekte lassen sich aus diesen Zielstellungen ableiten? Fünf seien genannt:

Ein alternativer Verfassungsentwurf

Zusammen mit den Linken in Europa fordert die Linkspartei.PDS einen alternativen Verfassungsvertrag, der die Grundrechtecharta und die Grundprinzipien der geltenden Verträge so zusammenfasst und verändert, dass sie den Erfordernissen eines friedlichen, sozialen und demokratischen Europas gerecht wird. In ihr muss die Verantwortung Europas für den Erhalt des Friedens, die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen und das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen verankert und konzeptionell untersetzt sein, d. h. Streichung aller Bestimmungen, die eine Militarisierung der Europäischen Union befördern. Eine wirkliche Verfassung muss die grundsätzliche Offenheit der Wirtschaftsordnungen der Mitgliedsländer beinhalten und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ebenso aufnehmen wie die sozialstaatlichen Modelle analog dem Grundgesetz. Dazu gehören auch soziale Grundrechte und das Prinzip eines Mindestlohns. In dieser Verfassung sollen politische Mitbestimmung und ein europäisches Streikrecht garantiert werden. Sie muss Strukturen und Entscheidungsprozesse demokratisieren. Dazu gehören das Recht des Europäischen Parlaments auf Gesetzesinitiative und zur Wahl des Kommissionspräsidenten und die Durchsetzung des rechtsstaatlichen Prinzips der Gewaltenteilung.

Sozialer Stabilitätspakt

Notwendig ist die Vereinbarung eines sozialen Stabilitätspaktes, der die Unterschiedlichkeit der nationalen Sozialsysteme in Europa aufnimmt und sich zunächst auf die Sozialstaatsquote, den Anteil der gesamten Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, stützt und somit den Zusammenhang der Sozialleistungen zum wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der Länder herstellt. Im Rahmen dieses Paktes würden zunächst die Sozialleistungsquoten der 25 EU-Mitgliedsstaaten erfasst und jeweils Länder mit ähnlicher Sozialleistungsquote in einer Gruppe (Korridor) zusammengefasst. Eine Abweichung nach oben wird erwünscht, eine Abweichung nach unten sanktioniert.⁵⁸

Beschäftigung

Die Linkspartei.PDS in Deutschland fordert zusammen mit der Europäischen Linkspartei, die Tarifautonomie in einer erweiterten Union vollständig und flächendeckend zu garantieren. Sie fordert die Einführung von Mindestlohnstandards, eine aktive Lohnpolitik, die den Produktivitätszuwachs, einen In-

58 André Brie: Sozial ist modern, a. a. O.

flationsausgleich sowie eine Umverteilungskomponente beinhaltet. Sie kämpft gegen die europäische Arbeitszeitrichtlinie für eine Absenkung der Höchst-arbeitszeit auf 42 Wochenstunden bis 2010. Ebenso sollte der Anteil der Ausgaben der Arbeitsverwaltungen für aktive Maßnahmen qualifizierter Aus- und Weiterbildung oder zukunftsfähiger Umschulung auf 50 Prozent des Gesamtbudgets erweitert werden. Dazu sind ein europäisches ökologisches und soziales Investitionsprogramm und der Schutz der Sozialwirtschaft und des Dritten Sektors durch Sozialklauseln bei der öffentlichen Auftragsvergabe und die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Dienstleistungen und Produkte notwendig.

Sozialverträgliche Konversion der Rüstungsindustrie

Die Linkspartei.PDS tritt für einen zivilen Charakter der europäischen Integration, die Entwicklung einer zivilen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Hierfür hat Europa politische, kulturelle und wirtschaftliche sowie finanzielle Potenziale. Die europäische Linke sollte der »Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung« zur Überwachung der Modernisierungspflicht militärischer Fähigkeiten (Artikel I-41, Absatz 3 EU-Verfassungsentwurf) und zur Durchsetzung »zweckdienlich(er) Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors« (Artikel III-311 EU-Verfassungsentwurf) konkrete Alternativen entgegensetzen, z. B. die Forderung zur Schaffung einer europäischen Agentur für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion.

EU-Agrarpolitik – Agrargenossenschaften

Die Hälfte der Gelder des Haushalts der EU fließt in den Agrarbereich. Eine der Folgen ist die Produktion struktureller Überschüsse. Die Frage ist, wie können diese abgebaut und ihre Neuentstehung möglichst verhindert und zugleich Arbeitsplätze in der europäischen Landwirtschaft gesichert werden. Dahinter stehen offene Fragen zur Subventionspolitik der EU, dem Recht auf Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln und auf regionale Produktion, die Frage nach der Öffnung europäischer Märkte, dem Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, nach Entwicklung neuer Nutzungsmöglichkeiten agrarischer Erzeugnisse (z. B. für die Produktion erneuerbarer Energie) bzw. dem Anbau alternativer Kulturen. Der notwendige Strukturwandel muss mit mehrjährigem Übergang sozial verträglich gestaltet werden, verbunden mit einem Außenschutz, der beim Zugang zum EU-Binnenmarkt zwischen großen Agrarexportländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits, aber auch zwischen den Entwicklungsländern selbst differenziert, d. h. versucht, gerechte Entwicklungspolitik mit europäischer Agrarpolitik in Übereinstimmung zu bringen.

Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen (André Brie)

1. *These:* Die Linkspartei.PDS kann bei der wahrscheinlichen Bundestagswahl am 18. September mit einem Wahlerfolg rechnen, der die parteipolitische Tektonik in Deutschland heftig erschüttern würde. Die gegenwärtig stabilen Umfragewerte von neun bis zwölf Prozent sind nicht überraschend, wenngleich ein zweistelliges Wahlergebnis und das Ziel, drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag zu werden, auch erst real erreicht werden müssen.

Erstens gibt es ein in den letzten Jahren spürbar gewachsenes Wählerinnen- und Wählerpotenzial links von der SPD (und den Grünen) in Höhe von bundesweit mindestens 15 Prozent. Es besteht zu fast zwei Dritteln aus enttäuschten bisherigen SPD-, teilweise auch CDU-Wählerinnen und Wählern, bzw. so genannten Nichtwählerinnen und Nichtwählern, vorrangig in den westdeutschen Bundesländern, die die SPD bereits seit Jahren politisch und kulturell nicht mehr binden konnte. Die linke Selbstdefinition dieser Menschen und ihre durchaus komplexe Übereinstimmung mit politischen Einschätzungen und Forderungen der PDS waren bekannt. Dennoch war die Barriere gegenüber der PDS aus geschichtlichen und kulturellen Gründen sowie aufgrund der Schwäche der Partei in Westdeutschland auch anderthalb Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung praktisch unüberwindbar. Die Gründung der WASG war ein wichtiger Schritt, diese Vertretungslücke zu schließen und in Westdeutschland eine parteipolitische Kraft aufzubauen, die linke Gewerkschaftler, Intellektuelle, Aktivistinnen und Aktivisten aus sozialen Bewegungen vereint.

Zweitens waren das Aufeinanderzugehen von PDS und WASG sowie die für viele Menschen spektakuläre Bereitschaft Oskar Lafontaines und Gregor Gysis, sich an die Spitze einer eindeutigen Alternative zur neoliberalen Politik zu stellen, genau jenes Signal, das der Protesthaltung und den Hoffnungen vieler Menschen entsprach, die diese Politik als soziale Bedrohung, Spaltung und Ausgrenzung erleben. Angesichts des Fehlens einer politischen Aufbruchstimmung und der Schwäche alternativer sozialer Bewegung bedurfte es dieser starken Symbolik, um die weit verbreitete Passivität und Resignation zwar nicht in eine aktive gesellschaftliche Bewegung, aber wenigstens (und schlagartig) in ein reales alternatives Wählerpotenzial zu verwandeln. Die Erklärung von PDS und WASG, in den nächsten zwei Jahren eine gemeinsame Partei zu gründen, hat dieser Symbolik die parteipolitische Basis gegeben.

2. *These:* Damit sind aber auch erste Probleme und Herausforderungen offenkundig, die sich einer nachhaltigen Perspektive der Linkspartei, wie sie aus der Vereinigung von PDS und WASG hervorgehen kann, entgegenstellen. Die Linkspartei.PDS hat, wenn sie keine großen Fehler macht, eine beträchtliche Sicherheit auf den Wahlerfolg am 18. September. Sie hat jedoch ganz und gar keine Sicherheit auf eine dauerhafte Perspektive und darauf, die mögliche

und notwendige parteipolitische Plattform einer modernen neuen Linken in Deutschland zu werden.

Das ist weniger eine Frage danach, wie lange und wie wirksam Gysi, Lafontaine und Bisky für diese Neukonstituierung der Linken stehen, obwohl dahinter – bei aller Wertschätzung – zwar eine ganze Reihe kompetenter, aber nicht einmal im Ansatz ähnlich massenwirksamer und integrativer Persönlichkeiten stehen. Die eigentlichen Probleme sind jedoch viel größer: Die Linkspartei.PDS profitiert aktuell von massiver politischer Enttäuschung über die etablierten Parteien und der Erosion der traditionellen sozialdemokratischen Milieus. Letzteres ist im Übrigen nach meiner Überzeugung nicht nur der Abkehr der SPD von sozialer und demokratischer Politik geschuldet, sondern auch den tief greifenden sozialstrukturellen Veränderungen in den modernen Gesellschaften, insbesondere der sozialen und kulturellen Ausdifferenzierung in allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten. Auch die Linkspartei.PDS wird sich dauerhaft auf keine gefestigten Milieus und nur in der Minderheit auf Stammwähler stützen können, vor allem dann nicht, wenn sie eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, Kohäsion und Solidarität nicht mit Antworten auf die große Differenziertheit und Individualität von Lebensplanungen der Menschen verknüpfen kann.

Darüber hinaus sind drei unmittelbare Defizite der Linkspartei.PDS wahrscheinlich ohnehin schwer bestreitbar: erstens ihre Überalterung und die Schwierigkeiten, sich kulturell für junge Menschen zu öffnen (der gelegentliche Kandidaten-Jugendkult in der PDS ändert daran nichts), zweitens die Männerdominanz in PDS und mehr noch in WASG und die dramatisch rückläufige reale Aufmerksamkeit für feministische Politik, drittens die geringen Berührungspunkte mit den neuen gesellschaftskritischen Bewegungen, mit kritischen Intellektuellen und europäischer und internationaler linker Diskussion.

3. *These:* Dabei geht es, wie in allen anderen politischen und programmatischen Fragen, aber nicht um – die ebenfalls erforderlichen – Antworten, die in Parteistuben oder Parlamenten ausgearbeitet werden, so überzeugend sie im Einzelnen auch sein mögen. Es geht um die gesellschaftliche Resonanz, die Veränderung des geistigen und politischen Klimas, ohne das die perfektsten Konzepte politisch irrelevant bleiben. Es geht um Gegenhegemonie, die den Neoliberalismus im gesellschaftlichen Protest und in parlamentarischer Arbeit grundlegend in Frage stellt und ihn – da liegen die derzeit größten Defizite – mit modernen, realistischen Alternativen herausfordert. Dazu bedarf es sicherlich größter intellektueller, kommunikativer und politischer Anstrengungen, von denen ohnehin nicht übermäßig viel zu sehen ist.

Seitens der PDS-Führung wurde unmittelbar nach Schröders Entscheidung, die Bundestagswahlen vorzuziehen, das »Ende der akademischen Diskussion« über eine Öffnung zur WASG verlangt. Erst unter dem Druck der Erklärung Oskar Lafontaines, er sei bereit, für ein linkes Bündnis zu kandidieren, wurde

zwei Tage später die Kehrtwende um 180 Grad vollzogen. Problematischer ist jedoch, dass diese Diskussion durch den Parteivorstand zuvor weder »akademisch« noch gar politisch in der PDS geführt worden war. Es gibt in der PDS zahlreiche, oft auch überzeugende und differenzierte Konzepte gegen Hartz IV und die Agenda 2010, für eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik, immer wieder neu erfundene Vorstellungen für eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland oder für eine Wertschöpfungsabgabe, mit der eine radikale, sozial gerechte und solidarische, wirtschaftlich vernünftige und zukunftsfähige Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme erreicht werden könnte. Was es aber in den letzten Jahren kaum gab (mit der bemerkenswerten Ausnahme des Bisky-Buches »So viele Träume«) sind intellektuelle Impulse und Angebote in die Gesellschaft hinein und die Beteiligung an der intellektuellen und gesellschaftlichen Diskussion. Da dominieren der Monolog und die Scheu, sich aktiv auf den Dialog mit Andersdenkenden und Kritikern einzulassen.

Es fehlen auch Kraft und Bereitschaft gleichermaßen, die Auseinandersetzung um ein politikfähiges friedens- und sicherheitspolitisches Konzept zu führen oder die in der PDS weiter als in jeder anderen politischen und sozialen Organisation gediehenen Vorstellungen eines öffentlich geförderten Wirtschaftssektors zum faszinierenden und strategischen Projekt eines starken dritten Wirtschaftssektors zu bündeln, der bürgergesellschaftliche Eigentumsformen, kommunale soziale Daseinsvorsorge, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, regionalisierte Wirtschaftskreisläufe und den Ausbau der kulturellen Infrastruktur verbinden könnte.

4. *These:* Doch das ist nur die eine Seite, nicht einmal die schwierigste. Es bedarf etwas noch Wichtigerem: Es bedarf einer Gesellschaft, zumindest wesentlichen Teilen der Gesellschaft, die nicht nur protestieren und resignieren oder allenfalls die Standards der Vergangenheit verteidigen kann (was natürlich dennoch bedeutsam ist), sondern die die neuen Antworten, beispielsweise Vorstellungen einer bürgergesellschaftlichen Demokratie, einer emanzipatorischen Neugestaltung sozialen Zusammenhalts und sozialer Solidarität, einer europäisierten und internationalisierten Gesellschaft und Wirtschaft, selbst diskutiert und deren politische und soziale Bewegungsformen primär außerhalb von Parteien entwickelt. Davon ist die deutsche Gesellschaft zur Zeit noch weit entfernt.

Ziemlich stabil haben in Meinungsumfragen des vergangenen Jahrzehnts etwa 80 Prozent der Menschen grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen verlangt, während zugleich 75 Prozent sie für unmöglich hielten. Die gesellschaftliche Resonanz auf die politische Protesthaltung der PDS bzw. der Linkspartei.PDS ist ganz und gar nicht gering und oft positiv. Die Resonanz auf die alternativen Konzepte ist dagegen klein. Resonanz aber ist keine Einbahnstraße, wenn man nicht wieder in gefährlichen und aussichtslosen elitären

Avantgardismus verfallen will. Die Zeit, als der Parteivorstand der PDS sich einen offiziellen Vertreter der katholischen Kirche zum Streit über die Sozialpolitik, Ernst-Ullrich von Weizsäcker zur Debatte um ökologische Nachhaltigkeit einlud oder gar sich vom Parteienforscher Peter Lösche persönlich sagen ließ, dass die PDS die biederste Partei Deutschlands sei, liegt fast ein Jahrzehnt zurück. Die Gesellschaft, vor allem die kritischen sozialen Bewegungen und deren Debatten, müssten auch starke Resonanz in der Linkspartei.PDS finden. Wie jedoch soll dieses Problem gelöst werden, so lange es an gesellschaftlicher Zuversicht, starken sozialen Bewegungen und gesellschaftlicher Gegenhegemonie fehlt?

Ich bin in dieser Frage nicht so pessimistisch, denn *erstens* sehe ich den politisch derzeit so vorherrschenden Neoliberalismus bereits in einer geistigen Krise. *Zweitens* scheint meiner Meinung nach Franz Walter in seinem »Zeit«-Artikel (23/2005) »Republik im Abschied« Recht zu haben, wenn er zum erwarteten Wahlsieg der CDU/CSU/FDP schreibt: »Die Deutschen werden eine Regierung wählen, von deren Projekt, Rhetorik und auch Leitfiguren sie jetzt bereits die Nase voll haben ... Der Neoliberalismus rückt zwar an die Macht – aber im Grunde hat der Kern der Gesellschaft ihn längst hinter sich gelassen.« Ich teile insbesondere seine Ansicht, dass »künftig ... immer deutlicher (wird), wie zerstörerisch sich der Veränderungsfaktor auswirkt, welche Destruktivkräfte der entregulierte Kapitalismus entfaltet ... Diese Entwicklung wird das Bedürfnis nach sozialregulativen Ideen und sozialintegrativen Instrumenten wieder erhöhen. Es mag sogar sein, dass der Staat als innerer Freiheits- und Friedensgarant positiv zurückentdeckt wird. Man wird über integrative Tätigkeits- und Organisationsmuster diskutieren, auch über eine neue, viel stärker beteiligungsorientierte Restrukturierung des Politischen.«⁵⁹

Drittens bestehen doch die mehr oder minder wirksamen Akteure dieser neuen gesellschaftlichen Debatten und eines neuen geistigen und politischen Klimas schon: linke soziale Bewegungen zu antirassistischen, internationalistischen, feministischen, friedenspolitischen und sozialökologischen Fragen und eine gar nicht so kleine Schicht kritischer Intellektueller. Ulrich Brand, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac, meinte in der »Frankfurter Rundschau« vom 13. Juli 2005: »Sowohl PDS wie auch WASG sind für beide Spektren bislang nicht attraktiv.« Diese Kritik muss ernstgenommen werden. Ich halte sie für zutreffend. Das liegt weniger am guten Willen in der PDS/Linkspartei, an mangelnder Achtung dieser sozialen Bewegungen (hinsichtlich der Intellektuellen allerdings sieht es anders aus), schon gar nicht an den vielen schönen Absichtserklärungen.

Die programmatischen Berührungspunkte sind nicht gering, wenngleich auch widersprüchlich. Das gemeinsame Interesse an einer »inhaltlich-strategi-

59 Franz Walter: Republik im Abschied, in: Die Zeit, Heft 23/2005 (www.zeit.de/2005/23/KoalitionsAbschied?page=all).

schen und organisatorischen Rekonstruktion einer pluralen Linken« ist groß. Aber die persönlichen, kulturellen und konkreten, praktisch politischen Berührungspunkte sind auf beiden Seiten defizitär. Die Vorbehalte in den linken sozialen Bewegungen gegenüber Parteien, die Befürchtungen hinsichtlich eigener Instrumentalisierung oder der Anpassung linker Parteien an »parlamentarisch-repräsentative Abläufe« (Brand) sind groß. Brand sieht zwar in der PDS »interessante Entwicklungen«, aber »ein nichtinstrumentelles Verhältnis« setze Vertrauen voraus. Das aber kann meiner Meinung nach nur durch kompetente, kontinuierliche und kritische Arbeitskontakte, durch hochkarätige eigene Angebote und eine Öffnung der Linkspartei.PDS gegenüber linken Bewegungen und Intellektuellen erreicht werden. Die Zusammenarbeit und beabsichtigte Vereinigung von PDS und WASG bieten dafür Voraussetzungen, die diese allein für sich nie hatten.

Das bedeutet jedoch nicht, jedenfalls ganz und gar nicht primär, Repräsentanten dieser Kräfte für die Linkspartei.PDS kandidieren zu lassen, sondern die Öffnung für deren Themen und Diskussionen, für deren Kritik und die Fähigkeit, auch in den Parlamenten oder in Landesregierungen anti-neoliberale, systemkritische Ansprüche zu politisieren. Die in der Linkspartei.PDS über die legitime Verteidigung des Erreichten hinaus diskutierten Konzepte einer Wertschöpfungsabgabe, Bürger- und Erwerbstätigenversicherung oder der sozialen Grundversicherung könnten sich den beginnenden Debatten der globalisierungskritischen Bewegung über Konzepte wie globale öffentliche Güter, neue Eigentumsformen in der »Wissengesellschaft« (freie Software, Copyleft), über Beteiligungshaushalte und die Stärkung kommunaler Demokratie (»Reclaiming the State«) stellen. Nichtsdestoweniger wird eine Partei mit so großer kommunal- und landespolitischer Verankerung und Akzeptanz wie die Linkspartei.PDS auch verantwortbare und realistische Antworten auf haushaltspolitische Fragen, zur Entwicklung von Kommunalabgaben, zu den Bedingungen für Kindertagesstätten, Theater oder regionale arbeitsmarktpolitische Themen geben müssen. Dem werden sich WASG und eine vereinigte Linke nicht entziehen können und dürfen.

5. *These:* Die eben diskutierte Frage ist von grundsätzlichster, aber auch von einer besonderen aktuellen Bedeutung. Meiner Meinung nach sprechen die von Franz Walter in der »Zeit« erwähnten Bedingungen, aber auch die programmatische und intellektuelle Schwäche der CDU/CSU und FDP sowie die tiefen Widersprüche innerhalb der Union und mit der FDP dafür, dass anders als in früheren Jahrzehnten keine lange schwarz-gelbe Regierungsperiode zu erwarten ist. Auch eine mögliche große Koalition würde nicht lange halten. Schon 2009 sind andere parlamentarische Kräfteverhältnisse möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich. Dass die Linkspartei.PDS 2005 unter keinen Umständen für eine Koalition mit der SPD und den Bündnisgrünen zur Verfügung steht, ist Konsens und angesichts der rot-grünen Regierungspolitik sowie der Entstehungsgeschichte der Linkspartei unausweichlich. Was aber 2009?

SPD und Grüne würden in der Opposition, so es nicht zu einer anderen Konstellation kommt, versuchen, wieder etwas mehr linkes Profil zu entwickeln; mit welcher Glaubwürdigkeit sei dahingestellt. Vieles lässt sich gegenwärtig nicht ernsthaft einschätzen. Aber eine Situation, in der eine aus PDS und WASG hervorgegangene Linkspartei aus arithmetischen Gründen Bestandteil einer Koalition würde, die nicht zu wirklich anti-neoliberaler Politik fähig und bereit ist, würde dieser Partei ihre Existenznotwendigkeit und -möglichkeit entziehen. Vier Jahre sind vielleicht viel Zeit für Initiativen, Gesetzesvorschläge und Reden im Bundestag. Sie sind wenig in der Gesellschaft. Deshalb ist die geistige und politische Arbeit in die Gesellschaft hinein und gemeinsam mit ihren kritischen Teilen um keinen weiteren Tag aufschiebbar. Falls 2009 die bereits von Gysi und Lafontaine nicht ausgeschlossene Koalition mit der SPD möglich sein sollte, dann nur in einem anderen geistigen Klima der Republik, nur mit einer SPD, die zu ihren sozialen und demokratischen Wurzeln zurückfindet, nur für eine tatsächlich andere Politik, tatsächlich sozial gerecht, europäisch binnenwirtschaftlich orientiert, nachhaltig, emanzipatorisch und mit einem politikfähigen friedens- und sicherheitspolitischen Alternative zur imperialen Militärpolitik der Gegenwart.

6. *These:* Nur die Fähigkeit, der Demontage des Sozialstaates wirksamen politischen Widerstand entgegen zu setzen und ihn mit öffentlich überzeugenden Alternativen sowie einer emanzipatorischen, aufklärerischen und solidarischen Politik zu verbinden, wird auch geeignet sein, dauerhaft zu verhindern, dass Protest von Rechts vereinnahmt und fremdenfeindlich, rassistisch und nationalistisch kanalisiert wird. Doch ich bin überzeugt, dass die Linkspartei einer solchen Strategie und Politik auch eine kapitalismuskritische und demokratisch sozialistische Grundlage geben muss. Der Kampf um die linkere Sozialdemokratie wird der gesellschaftlichen Verantwortung und der Perspektivfähigkeit einer neuen Linkspartei nicht ausreichend gerecht. Anti-Neoliberalismus wird in einer Rückbesinnung oder auch Erneuerung keynesianistischer Politik nicht mehr zureichend sein. In einer Zeit der fast katastrophalen politischen und geistigen Defensive der kapitalismuskritischen Linken und der faktischen Tabuisierung von Macht- und Eigentumsfragen müssen endlich auch diese wieder offensiv gestellt werden, denn die systemimmanenten Spielräume für die dringend gewordene soziale Demokratisierung und die demokratische Sozialisierung der Gesellschaft reichen allein nicht mehr aus. Das findet gegenwärtig in politikrelevanter Weise weder in der PDS noch in der WASG statt, schon gar nicht in einer Form, die Millionen Menschen in ihren aktuellen Interessen und Erfahrungen anspricht, denn mit parteikommunistischer Orthodoxie ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen.

Diese Auseinandersetzung muss mit jenem Teil der WASG geführt werden, der gesellschaftskritische und über die Kapitaldominanz hinausweisende Ziele ablehnt. Linke soziale Bewegungen können, müssen nicht eine so weitgehende

Zielsetzung haben, die Linkspartei dagegen schon. Wie auch immer er sich die Antwort vorgestellt haben mag, Ralf Dahrendorf hat diese Herausforderung schon vor Jahren in seinem Buch »Der moderne soziale Konflikt« beschrieben, ohne dass die demokratische kapitalismuskritische Linke bisher fähig und bereit gewesen wäre, sie mit zeitgemäßem Inhalt aufzugreifen und zum Gegenstand realer Politik zu machen: »Es gibt Zeiten, in denen soziale Konflikte und ihre wissenschaftliche Erörterung einen fundamentalen oder konstitutionellen Charakter annehmen ... Das war im achtzehnten Jahrhundert der Fall ...; es gilt am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wieder. In solchen Zeiten stehen die Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft selbst zur Diskussion.«⁶⁰

Der neoliberale Mainstream, darunter die Parteien von CDU/CSU und FDP bis zu den Grünen und der SPD, stellen die bisherigen Spielregeln tatsächlich grundsätzlich zur Disposition, allerdings ohne öffentliche und »wissenschaftliche Erörterung« des angestrebten und praktizierten Paradigmenwechsels, sondern mit der propagandistischen Behauptung, mit der Lüge, sie lediglich zu erneuern. Die Linke dagegen, auch die PDS und die WASG, verharrt primär in einer Abwehrhaltung und schickt sich in die eigene Situation von Defensive und Schwäche. Um nicht missverstanden zu werden, dieses sind erstens reale Probleme, und die Schlussfolgerung kann meiner Meinung nach zweitens auch kein gesellschaftspolitischer Fundamentalismus sein, keine Schwarz-Weiß-Alternative, kein verstaubter verbaler Revolutionarismus, keine Reduzierung auf einen gesellschaftlichen Bruch ohne gesellschaftliche Kontinuität, im Gegenteil: Die Alternative zur Marktgesellschaft ist vor allem die entschiedene Demokratisierung der Politik und Gesellschaft. Und ohne politischen Realismus und ohne Realpolitik, auch das sage ich verkürzt und bewusst abstrakt, wird es nicht möglich werden, die »Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft« von links, mit einer kapitalismuskritischen Tendenz politisch und gesellschaftlich wirksam zur Diskussion zu stellen und eine Transformation einzuleiten, die über den Kapitalismus hinausführt.

Ulrich Brands Resümee ist auch meines, sofern es nicht als mangelndes Selbstbewusstsein und mangelnder Kampfgeist einer Linkspartei oder anti-parlamentarisch verstanden wird, was auch Brand fern liegt: »Eine Partei kann nur ein Teil gesellschaftlicher Veränderungen sein und das Engagement von Millionen von Menschen für eine bessere Gesellschaft in unterschiedlichen Zusammenhängen nicht ersetzen. Sie kann dieses Engagement auch nicht einfach herstellen, sondern allenfalls in umsichtigem Handeln für bestimmte Fragen bündeln. Ansonsten werden wir ein kurzes Strohfeuer erleben, das zum x-ten Male und unterstützt von den herrschenden Kräften die Illusion des Parlamentarismus nährt.«⁶¹

60 Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994, S. 49.

61 Ulrich Brand: Weniger wird mehr sein. Die Linkspartei kann gewinnen, wenn sie sich nicht zu wichtig nimmt, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 2005 (www.links-netz.de/K_texte/K_brand_linkspartei.html).

Exkurs I: Die Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus« (Joachim Bischoff)

Für das Projekt einer linkssozialistischen Partei gibt es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verschiedene, letztlich alle gescheiterte Anläufe. So hatte z. B. 1990 die PDS versucht, zusammen mit einer Linken Liste die Vereinigung der Linken aus Ost und West zu einer gemeinsamen demokratischen und sozialistischen Kraft in Deutschland zu formieren. Für Fehlschläge der Vergangenheit ist letztlich immer ein ganzes Bündel von gesellschaftlich-kulturellen und personalpolitischen Faktoren verantwortlich. Einer der schwierigen Aspekte der Verständigung ergab sich stets aber auch aus dem Problemfeld: In was für einem Kapitalismus leben wir? Was sind die sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen? Was sind die auf kurze Sicht realisierbaren Alternativen, und was wollen wir auf mittlere Sicht anstreben? Auch bei der gegenwärtigen Aufgabenstellung, Linkspartei.PDS und Wahlalternative (WASG) in einer neuen politischen Formation zu vereinen, stellen sich diese Fragen neu.

In den letzten Jahren hat sich eine Debatte über die Krise des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg und die Kultur eines neuen Kapitalismus entwickelt. Der Kapitalismus nach 1945 mit seinen Lohnarbeitsgesellschaften in den Metropolen hatte durchaus verschiedene nationale Einfärbungen, alle diese Gesellschaften waren durch ein System gesellschaftlicher Regulation bestimmt, das bestimmte gemeinsame Züge trug. Prägend war gerade in Westeuropa ein Sozialstaatskompromiss, der sich auch im »Rheinischen Kapitalismus«, dem »Modell (West-)Deutschland« niederschlug. Die Zerstörung dieses Kapitalismus ist Teil eines seit Mitte der 1970er Jahre in allen kapitalistischen Hauptländern einsetzenden umfassenden Transformationsprozesses, dessen treibende Kraft eine Koalition neoliberaler Akteure aus Wirtschaft, Politik, Kultur und auch Militär ist.

Neoliberale Offensive

Massenarbeitslosigkeit, scharfe Verteilungskonflikte und eine seit Jahren anhaltende Tendenz der Verschlechterung sozialer Leistungen prägen sowohl die privaten Lebensverhältnisse vieler Menschen als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse und die politische Öffentlichkeit. Trotz intensiverem Arbeitsinsatz, trotz teilweise verlängerter Arbeitszeiten, trotz höherer Qualifikation und Leistung während des letzten Jahrzehnts ist der Wohlstand der Lohnabhängigen und vor allem auch der Bürgerinnen und Bürger ohne Arbeitseinkommen zurückgegangen. Dem stehen höhere Aufwendungen für die Gesundheitsversorgung und der Zwang zu einer steigenden Eigenbeteiligung bei der Vorsorge für das Rentenalter gegenüber. Die Unsicherheit aller Lebensverhältnisse soll durch wachsende Eigenabsicherung kompensiert werden, ohne dass

dafür bei großen Teilen der Bevölkerung die finanziellen Voraussetzungen existieren. In einem Satz: Der gegenwärtige Kapitalismus hat sich weit von den Zeiten der sozialen Marktwirtschaft entfernt.

Gewerkschafter und andere Kapitalismuskritiker sprechen von einer Brutalisierung der sozialen Beziehungen. Der nahe liegendste Grund für diese Veränderung der Qualität des Kapitalismus – so ein häufig vorgetragenes Argument – ist die Auflösung der Systemkonfrontation zwischen den staatssozialistischen Gesellschaften und der kapitalistischen Welt. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation habe das Modell des europäischen Wohlfahrtsstaats ausgedient; der Kapitalismus, zunehmend von staatlichen Regulativen befreit, offenbare sein wahres Gesicht. Auch die Veränderung anderer Kräfteverhältnisse – zwischen den Finanzanlegern und den Managern der großen Konzerne, den Firmenstandorten, den Kernbelegschaften und den ganzen Ketten von abhängigen Mittel- und Kleinbetrieben, den alten und neuen Randgruppen – hat dazu beigetragen.

Die Interpretation, dass der einst gezähmte Kapitalismus nach dem Ende der Systemkonfrontation sein menschliches Antlitz abgelegt habe und unter dem »Terror der Ökonomie« zum Kapitalismus pur, dem Turbokapitalismus oder gar Raubtierkapitalismus zurückmutiert sei, ist populär. Mir scheint diese Argumentation gleichwohl nicht ausreichend.

Es handelt sich nicht einfach um eine Abstreifung der Regulative und die Rückkehr zu einem brutalen Ausbeutungsmechanismus; die Aneignung von unbezahlter Arbeit unter dem Schein der Äquivalenz ist für den Kapitalismus schlechthin charakteristisch. Die Frage ist immer, wie diese »Natur« des Kapitalismus, sein grundlegendes Ausbeutungsverhältnis, durch die gesellschaftlich-kulturellen Kräfteverhältnisse modifiziert wird. Und außerdem gibt es grundsätzlich neue Entwicklungen, die nicht einfach als Rückkehr zum »alten Kapitalismus« abgetan werden können.

Meines Erachtens geht es in der Gegenwart auch um eine neue Qualität, die mit den Stichworten Flexibilisierung, Entfesselung der Konkurrenz und Herrschaft der Finanzmärkte umschrieben werden kann. Die Merkmale des gegenwärtigen Kapitalismus zeigen sich am deutlichsten im »Shareholder-value-Konzept«. In ihm rücken die Interessen der Aktionäre (der so genannten shareholder, der Anteilseigner), d. h. der Vermögensbesitzer, ins Zentrum der Unternehmenspolitik und des Wirtschaftsgeschehens. Die Vermögensbesitzer haben es vermocht, den Vorrang ihrer Interessen an kurzfristiger Rendite oder Profit gegenüber allen anderen Interessen durchzusetzen und alle nationalen Gesellschaften dem Wettbewerb um die Anlage von Kapital (so genannten Standortwettbewerb) zu unterwerfen. Die großen Kapitalanleger und Finanzfonds beherrschen die gesamte Produktions- und Wertungskette. Man kann deshalb von finanzgetriebener Akkumulation sprechen. Sie prägt die gesellschaftliche Ökonomie als Ganze.

Vom Fordismus zur finanzgetriebenen Kapitalakkumulation

Das Stichwort »Fordismus« steht für einen Kapitalismustyp, wie er sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt hatte: »Die Macht der Großunternehmen, eine standardisierte Arbeitsorganisation und mächtige Gewerkschaften sorgen für die Dominanz dieser kollektiven Regulierungsformen. Die Arbeiter, die sich zu großen Verbänden zusammenschließen und von ihnen vertreten werden, beugen sich den Anforderungen des sich entwickelnden Industriekapitalismus und profitieren im Gegenzug von umfassenden Sozialleistungen auf der Basis stabiler Beschäftigungsbedingungen ... Die beiden Pfeiler, auf denen die kollektiven Sicherungssysteme errichtet wurden – der Staat und die homogenen sozioprofessionellen Gruppen –, beginnen nun seit den 70er Jahren brüchig zu werden.«⁶² Der Übergang von den derart fordistisch geprägten Sozialstrukturen im 20. Jahrhundert hin zur Flexibilisierung und Prekarisierung⁶³ der gesellschaftlichen Arbeit schlägt sich in einer politischen Ökonomie der Unsicherheit nieder, deren Auswirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft nachweisbar sind.

Zugespitzt formuliert: Die soziale Sicherheit und der soziale Zusammenhalt fallen der Flexibilität zum Opfer. Diese Flexibilität ist vor allem die Folge dessen, dass die kurzfristige Kapitalanlage den Zeitrhythmus bestimmt. »Die soziale Unsicherheit schafft nämlich nicht nur Armut. Wie ein Virus, der das Alltagsleben durchdringt, die sozialen Bezüge auflöst und die psychischen Strukturen der Individuen unterminiert, wirkt sie auch demoralisierend, als Prinzip sozialer Auflösung... Sich in einer Situation ständiger Unsicherheit zu befinden bedeutet, weder die Gegenwart meistern noch die Zukunft positiv gestalten zu können.«⁶⁴ Für diese Zerstörung des sozialen Kapitalismus sind drei Entwicklungszusammenhänge wesentlich:

- Zum einen entwickelt sich auf Grundlage einer chronischen Überakkumulation von Kapital ein neues Finanzregime;⁶⁵ mit der Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt sich eine folgenreiche Verschiebung der Machtstruktur in den Unternehmen durch. Die Investoren oder ihre Vertreter nehmen weitaus stärkeren Einfluss als zuvor auf die Unternehmenspolitik und -strategie. Es geht um eine Machtverschiebung oder einen Machtwechsel von den Managern hin zu den Anteilseignern oder Investoren der Großunternehmen. »Anfangs glaubten die Manager, es mit Investoren zu tun zu haben, wie sie ihnen aus der Vergangenheit vertraut waren, also mit weitgehend passiven Institutionen und Individuen ... Aber die Manager mussten bald feststellen, dass sie sich getäuscht hatten. Aus Investoren wurden aktiv Einflussneh-

62 Robert Castel: Die Stärkung des Sozialen, Hamburg 2004, S. 55.

63 Unter *Prekarisierung* wird der Prozess der Verwandlung tarifrechtlich geschützter und gut bezahlter Arbeitsverhältnisse in kurzfristige, unsichere und ungeschützte Arbeitsverhältnisse verstanden.

64 Robert Castel: Die Stärkung des Sozialen, a. a. O., S. 38.

65 Michel Aglietta, Antoine Rebérioux: Vom Finanzkapitalismus zur Wiederbelebung der sozialen Demokratie, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2005.

mende.«⁶⁶ Die Machtverschiebung vollzog sich mit dem Auftreten der Kapitalfonds und dem Agieren der professionellen Vermögensverwalter.

- »Dieser Machtwechsel führte zu einer zweiten neuen Entwicklung. Die nun weitaus mächtigeren Investoren wünschten eher kurzfristige Ergebnisse als langfristige Erfolge.«⁶⁷ Es entwickelt sich eine Verschiebung von der Bewertung der Unternehmen nach ihrer langfristigen Substanz hin zur kurzfristigen Verwertung. Diese Ausrichtung befördert die Konzentration auf das Kerngeschäft und eine entsprechende Neuorganisation der jeweiligen Unternehmensnetze. Die realen Wertschöpfungs- und Verwertungsprozesse in den Unternehmen geraten unter Druck, jeder Zeit optimale Renditen auszuweisen. Das hat weitreichende Folgen für die Innovationen und zieht eine Umwälzung der Wertschöpfungskette nach sich: Statt eigener Entwicklung und Forschung verlagert sich das Schwergewicht auf Zukäufe und Unternehmensbeteiligungen; dies zielt neben der Abrundung von Marktanteilen auf die Aneignung von Innovationspotenzial, weil im verschlankten und auf den Shareholder value ausgerichteten betrieblichen Wertschöpfungsprozess die Weiter- und Neuentwicklung zu kurz kommt.⁶⁸ Die Unternehmen leben von der Substanz.
- Eine dritte Entwicklungstendenz ergibt sich durch die Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese ermöglichen eine neue Form von Zentralismus und eine schlankere Unternehmensführung. Die Automatisierung von geistiger Arbeit und die zentralere Steuerung und Kontrolle der betrieblichen Wertschöpfungskette bedingen eine massive Produktivitätssteigerung und Intensivierung der Arbeit. Viele Arbeiten können ausgelagert werden, oft an das andere Ende des Globus. Die Konsequenz der Steuerung von flexiblen Arbeitsprozessen zeigt sich in der Massenarbeitslosigkeit und einem sich ausweitenden Autonomieverlust. »Eine der seltsamsten Konsequenzen der Herrschaft des Flexiblen Kapitalismus besteht darin, dem Leben der Mittelklasse die Orientierung zu nehmen, ihr insbesondere die typische Erfahrung der Mittelklasse zu rauben, nämlich die Erfahrung der Autonomie.«⁶⁹ Selbst die Angehörigen der Mittelklasse können immer weniger ein selbstbestimmtes Leben führen, während den Unterschichten jede Hoffnung darauf abhanden gekommen ist.

Die Ausrichtung des Kapitals nach optimalen Anlagemöglichkeiten und schnellen Gewinnen ist keineswegs neu. Gleichermäßen ist die Beteiligung an einer Unternehmung über Aktien keineswegs ein neues Phänomen im Kapitalismus. In den zurückliegenden Entwicklungsphasen sicherte die Dividen-

66 Richard Sennett: Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 2005, S. 35.

67 Ebenda, S. 36.

68 Vgl. Lothar Hack, Irmgard Hack: Neue Formationen oligopolistischer Konzentration von Kompetenzen, in: WSI-Mitteilungen 11/2001.

69 Richard Sennett: Arbeit und soziale Inklusion, in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hrsg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt 2000, S. 440.

denausschüttung die Bindung von Aktionären an die Unternehmung. Heute jedoch stellt die Beteiligung der Aktionäre über die Gewinnausschüttung ein untergeordnetes Moment dar. Die Aktie verliert den Charakter einer längerfristigen Bindung zwischen den innovativen Unternehmungen und den Eigentümern. Letztere sind vor allem an hohen Kursen von Aktien interessiert, die sie schnell auch wieder verkaufen können.

Zur Einschätzung dieser Entwicklungstrends gehört ferner, dass zunächst nur die Kapitalgesellschaften unter den Druck der Finanzmärkte und der organisierten Vermögensverwalter geraten. »Die drei beschriebenen Entwicklungen sind heute nur für ganz bestimmte Wirtschaftsbürokratien bedeutsam. Es handelt sich um große Aktiengesellschaften, die in der Lage sind, die fortgeschrittenen Technologien zu nutzen ... Die Mehrheit der Unternehmen in Amerika und Großbritannien hat dagegen weniger als 3 000 Beschäftigte. Viele agieren nur in ihrem lokalen Umfeld oder befinden sich in Familienbesitz.«⁷⁰ Sie werden aber von den Folgen der Umstrukturierung der großen Konzerne erfasst und sind als die Schwächeren gegenüber den Großkonzernen oft noch mehr als diese dazu getrieben, sich den Zwängen zu kurzfristiger Rendite, Flexibilisierung, Kürzung der Löhne, prekärer Beschäftigung zu unterwerfen.

Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation ist die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Das daraus hervorgegangene »neue« Finanzregime verfügt über drei Säulen: *erstens* die Ausbreitung eines Netzes von transnationalen Finanzinstitutionen, die jenseits der Kontrolle der Zentralbanken oder Finanzmarktagenturen arbeiten; *zweitens* der rasche Aufstieg der institutionellen Anleger (Vermögensfonds und Versicherungsgesellschaften); *drittens* der Bedeutungsverlust der Bankkredite gegenüber dem Leihkapital auf den internationalen Finanzmärkten. Die durch die neoliberale Politik ermöglichte Herausbildung globaler Finanzmärkte und ihrer Vorherrschaft über alle anderen Märkte ist der machtvolle Hebel, mit dem jene Sachzwänge der so genannten Globalisierung geschaffen werden, auf die sich dann die neoliberalen Politiker berufen, um die Alternativlosigkeit ihrer Politik zu begründen.

Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt sich einzelwirtschaftlich in eine Hegemonie des Shareholder value um, was zu einem beschleunigten Umbau der Unternehmenslandschaft und zu einer Ausweitung der Finanztransaktionen führt. Innerhalb der Unternehmen verändert sich die Machtstruktur (corporate governance), orientiert nicht mehr an einer substanz-, sondern an einer ertragswertorientierten Unternehmensbewertung. Gemäß der Konzentration auf das Kerngeschäft erfolgt eine Neuorganisation der Unternehmensnetze. Alles muss sich kurzfristig rechnen.

70 Richard Sennett: Die Kultur des neuen Kapitalismus, a. a. O., S. 39.

In den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde auf Basis einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs und einer starken Expansion der Finanzmärkte der Shareholder value zur dominierenden Unternehmensorientierung der Kapitalgesellschaften. Aus den Betrieben werden überdurchschnittliche Gewinne herausgepresst – zum Nachteil der Beschäftigten, zum Nachteil der Lieferanten und Kooperationspartner und zum Nachteil der Innovationspotenziale. Die Arbeitskraft wurde wieder verstärkt als bloße Ware behandelt. Die sozialen Anrechte und Schutzgarantien (Arbeitslosenansprüche, Lebensstandard garantierende Renten, Kündigungsschutz usw.) wurden verringert oder abgeschafft.

Eine solche Unternehmenspolitik liefert dem Bereich der Kapitalgesellschaften auf kürzere Sicht durchaus Impulse und stützt zunächst die Shareholder-Orientierung. Auf mittlere Sicht lässt sich diese Verschlinkung der Unternehmenssubstanz nicht durchhalten, denn viele Entwicklungen verlangen einen langen Zeithorizont und menschliches Leben verliert seinen Wert, wenn es sich von heute auf morgen »rechnen« soll. Viele Menschen verzichten auch deshalb auf langfristige Bedingungen und Kinder.

Die unter dem Imperativ des Shareholder value veränderten betrieblichen Wertschöpfungsprozesse wirken auf die Makroökonomie zurück; die Wirtschaftsprozesse sind wiederum – im Gegensatz zu den ersten Nachkriegsjahrzehnten – von den Schwankungen und Krisen auf den Finanzmärkten geprägt; die hohe Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg belegt, dass vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen unter den Rückwirkungen der Ungleichheit der Verteilung leiden; der Widerspruch zwischen großem Reichtum auf der einen Seite und der wachsenden Armut großer Bevölkerungsschichten auf der anderen Seite treibt die Ökonomie immer stärker in eine chronische Krisenkonstellation.

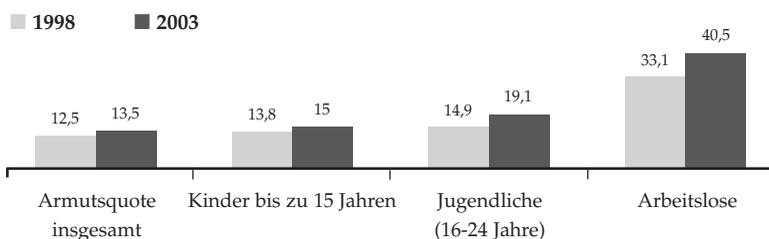
Die zeitweilige Steigerung der Aktienwerte ist Ausdruck der Tatsache, dass keine nachhaltige Wertschöpfung implementiert wurde. Durch massiven Aufkauf von und Fusionierung mit anderen Unternehmen verlieren die Unternehmen mehr und mehr an Innovationspotenzial, was gerade in der Vergangenheit die Dynamik der Kapitalakkumulation ausmachte. Es wird aber nicht nur die produktive Substanz der Gesellschaft ausgezehrt, sondern es erfolgt zweitens eine Rückwirkung auf die Verteilungsverhältnisse in der Gesellschaft. Infolge der stagnierenden und rückläufigen Massenkaufkraft und eines ruinösen Wettbewerbs der kleineren und mittleren Unternehmen stagniert die Massenkaufkraft oder sinkt sogar. Die Binnenwirtschaft wird chronisch geschädigt.

Die Ausrichtung am Shareholder value und die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen schlagen sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote der Arbeitseinkommen und einer relativen Verselbstständigung der Finanzmärkte nieder. Empirisch lässt

sich feststellen, dass sich »die Ungleichheit der am Arbeits- und Kapitalmarkt erzielten Einkommen der privaten Haushalte ... seit Beginn der 1990er Jahre in Deutschland kontinuierlich erhöht« hat.⁷¹ Die oberen fünf Prozent der Bevölkerung haben jetzt nicht mehr »nur« 44,7 Prozent, sondern schon 46,5 Prozent der Gesamtvermögen in ihrer Hand, während die unteren zehn Prozent zunehmend verschuldet sind. Gleichzeitig ist die Armut von Kindern, Jugendlichen und Arbeitslosen zum Teil drastisch gestiegen (Grafik 12). Auch dies ist Teil der Bilanz von Rot-Grün.

Grafik 12:

Armutsquote (als arm gilt, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens zur Verfügung hat)



Mit der neoliberalen Politik wird diese Entwicklungstendenz verfestigt. Die öffentlichen Finanzen und die finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme geraten sowohl durch den sinkenden Anteil der Löhne im Verhältnis zu den Kapitaleinkommen am Brutto sozialprodukt als auch durch die chronischen gesellschaftlichen Krisen (Arbeitslosigkeit, soziale und kulturelle Desintegration, Umweltzerstörung usw.) in eine immer stärkere Schieflage. Das abflachende Wirtschaftswachstum, die Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse, das Anwachsen von krisenbedingten Unterstützungszahlungen und die Ausbreitung des informellen Sektors haben entsprechende Rückwirkungen auf die öffentlichen Finanzen.

Konsequenz der neoliberalen Wirtschaftskonzeption ist die anhaltende Verschärfung der Krise der öffentlichen Finanzen. Die Erosion der finanziellen Fundamente bei öffentlichen und Sozialkassen wird durch eine Steuererleichterungs- und Steuerverlagerungspolitik zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen verschärft. Die Reaktion auf diese Zuspitzung ist zum einen eine Verschärfung des Kurses auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Kürzung der Ausgaben, was durch zurückgefahrenen Sozialausgaben und eine Beschränkung der Krisenintervention selbst wiederum zur Verfestigung der Akkumulations- und Wachstumsschwäche führt. Zum anderen ver-

71 DIW-Monatsberichte, Heft 10/2005, S. 175 .

schlechtern die herrschenden Eliten durch Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Verminderung der öffentlichen Investitionen die Rahmenbedingungen für eine gesellschaftliche Steuerung des Reproduktionsprozesses. Es entsteht eine Abwärtsspirale, die immer größere Teile der Bevölkerung erfasst.

Politische Akteure

Die mit dem Schlagwort von der »Globalisierung« behauptete neue Qualität der Kapitalakkumulation seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verschleiert die wirklichen Entwicklungstendenzen. Die eigentliche Veränderung bezieht sich auf eine umfassende Umbruchsituation des Produktionsmodells (Abkehr vom Fordismus), das internationale Währungs- und Kreditsystem, das durch die Vorherrschaft des globalen Finanzkapitals geprägt ist, und eine massive Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen zugunsten der Kapitaleigentümer. Zugleich erfolgt eine Unterordnung der nationalen Ökonomien unter die gleichsam objektive Sachzwanglogik der internationalen Märkte.

Die sozialstaatlich regulierte Kapitalakkumulation war durch die Erosion der fordistischen Strukturen der Wertschöpfung bedroht. Politisch umgesetzt werden der neoliberale Rückbau des Sozialstaates und die Entfesselung des Kapitalismus in klassenübergreifenden Allianzen zwischen Lohnarbeit und Kapital.⁷² Die Bündelung bestehender Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse und die Zerstörung der früher erkämpften Formen sozialer Sicherheit beginnen schleichend; schrittweise wird eine Veränderung von Machtverhältnissen erzeugt. Es entsteht ein Geflecht von Macht und Gegenmacht, das klassenübergreifende Allianzen ermöglicht. So wurde die Agenda 2010 von einer großen Parteienkoalition verabschiedet.

Im Laufe der Radikalisierung dieser Politik – immer massivere Umschichtungen, ohne dass eine Rückkehr zur beschleunigten Kapitalakkumulation erkennbar wäre – verändert sich vor allem die Sozialdemokratie. Wir sind mit einem schleichenden Übergang der Sozialdemokratie von einer Sozialstaatspartei hin zu einer Formation der »Neuen Mitte« konfrontiert, die sich einer sozial abgefederten neoliberalen Angebotspolitik verpflichtet weiß.

Der Übergang der Sozialdemokratie von einer Sozialstaatspartei hin zu einer modernisierten Formation der Neuen Mitte, die letztlich auf eine verdeckte oder offene Ausgrenzung der unteren sozialen Schichten aus der Interessenvertretung hinausläuft, bestimmt die politische Agenda zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Das rot-grüne Regierungsprojekt war unter Führung der Sozialdemokratie angetreten, den Entfesselungsprozess des Kapitals zu stoppen. Ihre Politik hat sich jedoch als Katalysator für eine beschleunigte Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus« herausgestellt.

72 Isabela Mares: Warum die Wirtschaft den Sozialstaat braucht, Frankfurt a. M. 2004.

Die Politik der Neuen Mitte hat sich zunächst auf die sozialen Aufsteiger-schichten unter den Lohnabhängigen gestützt. Genau die höherverdienenden Schichten haben von den Realtransfers des Sozialstaates (Gesundheit, Bildung) am meisten partizipiert, waren aber immer weniger bereit, die Umverteilungsbelastungen zu tragen, die in Folge der Stagnation der Arbeitseinkommen, Prekarisierung der Arbeit und Massenarbeitslosigkeit auf sie zukamen. Zugleich folgten die sozialen Schichten der Neuen Mitte der Illusion, man könne die existenziellen Risiken (Krankheit, Rente, Arbeitslosigkeit) durch Kapitalfonds und kapitalistische Versicherungsprodukte bewältigen.

Die Mehrheitsströmung der »neuen« Sozialdemokratie geht davon aus, dass die neue Unterklasse auf rund ein Drittel zu begrenzen ist, dass die oberen Klassen nur dann Vermögen bilden können, wenn die Umverteilung in den Sozialsystemen und die Steuerbelastung beschränkt werden und trotzdem eine Politik der Linderung der existenziellen Nöte des unteren sozialen Drittel verfolgt werden kann. Sie nimmt an, dass die wohlhabenderen sozialen Schichten keine solidarischen Ausgleichs- und Umverteilungsprozesse wollen.

Der Neoliberalismus ist in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern zur herrschenden Ideologie geworden. Diese Ideologie ist kein passiver Faktor, obgleich sie selbst einen spezifischen sozio-ökonomischen Unterbau reflektiert; neoliberale Ideologie wird hegemonial, d. h. sie bestimmt das Handeln mächtiger zivilgesellschaftlicher Akteure wie die wirtschaftliche Elite, Wirtschafts- und Interessenverbände, Parteien etc.

Neoliberale Politik zielt auf eine politisch gewollte Veränderung der Einkommensverteilung; mit jedem Schritt in diese Richtung verstärkt sich der Verdrängungswettbewerb der Kapitale, der Versuch der Behauptung und Erweiterung ihrer individuellen Raumanteile; durch die einsetzende Abwärts-spirale radikalisieren sich die Vertreter neoliberaler Politik. Dies gilt zum einen für die Parteien des bürgerlichen Lagers, zum anderen ist unübersehbar, dass die klassischen Mitte-Links-Parteien zu den entschiedenen Akteuren einer Transformation des »Rheinischen Kapitalismus« gehören: »Im deutschen Parteienspektrum erweist sich die SPD als politische Förderin des Finanzmarktkapitalismus, die kooperative, koordinierende und deshalb marktbe-grenzende Beziehungen zwischen Unternehmen aufzubrechen sucht«.⁷³

73 Martin Höpner: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, in: MPI Discussion Paper 10/2004, S. 5; vgl. auch: Ders.: Kapitalmarktfreundliche Linke, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 2005.

Exkurs II: Projekte vereinigter Linksparteien in Europa: Portugal und Dänemark⁷⁴

Der Beschluss von Linkspartei.PDS und WASG, in den nächsten zwei Jahren zu einer gemeinsamen Partei zu fusionieren, ist im europäischen Vergleich nicht ungewöhnlich. Auch in anderen Ländern hat es Versuche gegeben, die Linke durch solche Projekte zu erneuern. Im Folgenden sollen zwei solcher Projekte kurz vorgestellt werden.

Der Linksblock in Portugal (Helmut Ettinger)⁷⁵

Der Linksblock (Bloco de Esquerda – BE) wurde 1999 mit dem Ziel gegründet, die linke Bewegung Portugals zu erneuern und zu beleben, die nach Meinung vieler Aktivisten in den traditionellen kommunistischen und sozialistischen Parteien KP und SP erstarrt war. Er speiste sich vor allem aus vier kleinen Organisationen:

- der Revolutionären Sozialistischen Partei, PSR, einem Mitglied der IV. Internationale,
- der ursprünglich maoistisch, danach albanisch orientierten Bewegung zur Wiederherstellung einer Partei des Proletariats MRPP,
- der Bewegung »Politik XXI«, in der aus der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP) ausgetretene oder ausgeschlossene linke Reformer den Ton angaben,
- der Demokratischen Volksunion, UDP, einer kleinen unabhängigen Linkspartei.

Der Linksblock erreichte bei seiner ersten Beteiligung an Parlamentswahlen auf Anhieb 2,4 Prozent der Stimmen und zwei Mandate, 2002 2,8 Prozent und drei Mandate, 2005 6,4 Prozent und acht Mandate. Beim ersten Antritt zu Europawahlen erhielt er 5,1 Prozent und einen Europa-Abgeordneten, der in der Fraktion GUE/NGL mitarbeitet. Im Vergleich dazu: Die traditionsreiche PKP, die den BE als wichtigen Rivalen sieht, erhielt bei den Europawahlen 2004 neun Prozent und zwei Sitze und bei den jüngsten Parlamentswahlen 7,6 Prozent und 14 Mandate.

Die Mehrheit der Mitglieder des Linksblocks ist zwischen vierzig und fünfzig Jahre oder älter. Die häufigsten Berufe sind Lehrer, Anwälte, Ärzte, Jour-

⁷⁴ Vgl. dazu auch die Informationen über Linksbündnisse im Neuen Deutschland vom 30. Mai und 3., 10. und 14. Juni zum »Olivenbaum« in Italien, der Vereinigten Linken in Spanien, zu den Kommunisten und mit ihnen verbündeten Kräften in Indien sowie zur Einheitsliste in Dänemark. Die Beiträge können auch online auf der Website des Neuen Deutschland nachgelesen werden: www.nd-online.de. Umfangreichere Analysen europäischer Linksparteien finden sich in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa, a. a. O.

⁷⁵ Weitere Informationen zum Linksblock finden sich auf dessen Homepage www.bloco.org und bei Manuel Kellner: Portugals Linksblock, in: Sozialistische Zeitung, Januar 2004, S. 11 (<http://members.aol.com/sozabc/0401111.htm>).

nalisten, Künstler und Hochschulpersonal. Jüngere Mitglieder – Studenten und andere Aktivisten aus den Bewegungen – waren auf dem letzten Parteikongress ebenfalls in beträchtlichem Maße vertreten, stellten aber nicht die Mehrzahl.

Das Geheimnis des steigenden Wählereinflusses scheint darin zu liegen, dass der Linksblock als neue Kraft in beträchtlichem Maße linke, von den etablierten Parteien und deren Antworten auf die Probleme des Landes enttäuschte Wähler für sich gewinnen konnte. Dabei dringt er mit Hilfe attraktiver und integrierender Persönlichkeiten auch in solche Teile der Intelligenz und der Mittelschichten vor, die bisher kaum links gewählt haben.

Grundsätzlich sieht sich der Linksblock in- und außerhalb des Parlaments in scharfer Opposition zur jetzigen, von den Sozialisten geführten Regierung, weil sie den neoliberalen Kurs der konservativen Vorgängerregierung im Grunde genommen fortsetze. In einigen gesellschaftlich relevanten Fragen seien jetzt aber erstmals linke Mehrheiten möglich, die bestimmte Forderungen der sozialen Bewegungen durchsetzen können: ein modernes Abtreibungsrecht, Fortschritte in der Arbeitsmarktpolitik, in der Drogenpolitik, Verbesserung der Lage der Homosexuellen etc. Hier könne sich der Linksblock nicht verweigern, was aber Teilen der Partei bisher schwer zu vermitteln ist.

Der Umgang mit Anträgen und Wahlen auf Parteikongressen ist stark von der Bewegungskultur geprägt. So werden bereits die Delegierten an der Basis auf der Grundlage von Sachanträgen an den Kongress gewählt. Jedes Mitglied kann einen solchen Antrag initiieren, der zuweilen nur aus einer einzigen konkreten Forderung oder Argumentation besteht. Um die Anträge sammeln sich Unterstützer. Die Delegierten werden dann aus deren Mitte entsprechend dem bei der Abstimmung über den Antrag an der Basis erzielten Anteil zum Kongress entsandt. Ebenso setzt sich der BE-Vorstand aus denen zusammen, die die Leitanträge einreichen. Einen Leitantrag auf dem Kongress kann ebenfalls jedes Parteimitglied initiieren und Unterzeichner dafür sammeln. Wer dabei akzeptiert wird, entscheiden der oder die Initiatoren. Über die Anträge selber und über die Zusammensetzung des Leitungsgremiums wird auf dem Kongress allerdings getrennt abgestimmt.

Die Linksparteien in Dänemark: Sozialistische Volkspartei und Einheitsliste (Peter Birke)⁷⁶

Dänemark ist das Land mit der ältesten Linkspartei Westeuropas. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges gründete sich 1959 die *Socialistisk Folkeparti* (VP, Sozialistische Volkspartei), einige Jahre später folgten weitere linkssozialistische Gründungen etwa in Norwegen oder Holland. Die Partei, die vor

⁷⁶ Vgl. auch: Peter Birke: Geschichte, Programmatik und aktuelle Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt: Für ein anderes Europa, a. a. O., S. 203-244.

dem Hintergrund des Protestes gegen die Linie der Dänischen Kommunistischen Partei (DKP) gegenüber der Invasion des Warschauer Paktes in Ungarn 1956 entstand, übernahm praktisch umgehend das Wählerpotenzial der DKP. Sie war eine Partei, die ihre Wählerbasis vor allem in den großstädtischen Arbeitervierteln hatte. Zugleich stand sie für eine Ablehnung der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West, für Abrüstung und soziale Gerechtigkeit. Im Jahre 1966 erreichte die SF über zehn Prozent der Stimmen bei den Wahlen zum dänischen Parlament. Im Anschluss tolerierte sie für ein Jahr die sozialdemokratische Minderheitsregierung, ohne durchgreifende Erfolge erzielen zu können. Ende 1967 spaltete sie sich: Die »Linksozialisten« standen fortan für eine an der Studentenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen orientierte Politik. Mitte der 1970er Jahre, nach einem weiteren Experiment mit einer rot-roten Regierung, die wichtige Reformen einleitete, am Ende aber ebenfalls scheiterte, waren drei Linksparteien im dänischen Parlament vertreten: die DKP, die noch über eine gewisse Basis in der Gewerkschaftsopposition verfügte, die Linksozialisten und die SF. Alle drei repräsentierten jeweils ihren Teil der sozialen Bewegungen und spielten eine wichtige Rolle in den großen Streik- und Protestbewegungen der 1970er Jahre.

In den 1980er Jahren gelang es insbesondere der SF, die Ökologiebewegung und die neue Frauenbewegung parlamentarisch zu repräsentieren. Eine Grüne Partei mit Masseneinfluss ist deshalb in Dänemark, wie auch in Norwegen, nicht entstanden. Eine weitere Quelle der Stabilisierung der SF seit den 1980ern war die Bewegung gegen die Einbeziehung Dänemarks in die EU. Ende der 1980er Jahre formulierte die SF eine Politik der »alternativen Mehrheit« gegenüber der damaligen konservativen Regierung, d. h. ihre Bereitschaft zu einer Koalition im Rahmen einer breiten Linksregierung. Dagegen gerieten die anderen Linksparteien im Laufe der »schwarzen« 1980er Jahre in eine Krise und lösten sich mit dem Fall der Berliner Mauer auf. In den 1990er Jahren realisierten sich die Hoffnungen der SF jedoch nicht – nach einem sehr kurzen nekeynesianischen Intermezzo wandelte sich die dänische Sozialdemokratie seit Mitte der 1990er Jahre immer mehr zu einer von vielen europäischen New-Labour-Parteien, wenn auch mehr in ihrer praktischen Politik als in ihrer Rhetorik: Nicht zufällig stand für viele Elemente der Hartz-IV-Gesetze die dänische Arbeitsmarktpolitik Pate.

In den 1990er Jahren differenzierte sich die dänische Linke erneut. Am Anfang des Jahrzehntes gründeten die Reste der Linksozialisten, die Fraktion der »Erneuerer« aus der untergegangenen KP und eine trotzkistische Organisation die »Einheitsliste«. Entgegen aller Erwartungen gelang es der neuen Partei 1992, erstmals in das dänische Parlament einzuziehen. Seitdem repräsentiert die SF eher die alte, aus der Mitte der historischen Arbeiterbewegung entstandene Linkspartei, während es der Einheitsliste gelang, u. a. in der Antiglobalisierungsbewegung eine größere Rolle zu spielen. Ihren Charakter als »Bewe-

gungspartei« schärfte die Einheitsliste auch durch die besondere Bedeutung der innerparteilichen Demokratie, die Rotation der Parlamentsmitglieder und den Versuch, in soziale und politische Mobilisierungen einzugreifen, wie zuletzt anlässlich der Demonstration der 20 000 gegen den Besuch von US-Präsident Bush in der dänischen Hauptstadt. Sowohl Einheitsliste als auch Mitglieder der SF stützen zudem den Prozess der Etablierung eines dänischen Sozialforums.

Seitdem 2001 eine Rechtsregierung die Geschäfte übernommen hat, hat sich in Dänemark die Ausgrenzung von Erwerbslosen ebenso verschärft wie die rigide Politik gegenüber Flüchtlingen und Einwanderern. Entscheidend für diese Entwicklung war, dass die Liberalen und Konservativen von der Dänischen Volkspartei unterstützt wurden, die seit Anfang des Jahrzehnts kontinuierlich 10 bis 13 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigte. Grundlage dieser Erfolge ist, dass sich die extreme Rechte als »neue Sozialdemokratie« profilieren konnte und zum Teil von traditionellen Arbeiterwählern ins Parlament gebracht wurde. Für die dänischen Linksparteien ist entscheidend, die Demagogie dieser rhetorischen Wendung aufzudecken: In der Regierung wirkte die Dänische Volkspartei entscheidend an Sozialkürzungen mit, auf kommunaler Ebene half sie, Leistungen für Rentner einzuschränken. Beide Linksparteien haben Kampagnen gestartet, um deutlich zu machen: Ausgrenzung von Minderheiten verbessert die soziale Situation auf Dauer keineswegs – im Gegenteil! Dennoch konnte die Regierung bei den Wahlen vom Februar 2005 nicht abgelöst werden, obwohl sie an Stimmen und Mandaten verlor.

Heute zeichnen sich zwei Entwicklungslinien der parlamentarischen Opposition ab: Eine Richtung ist der Verzicht auf eine Politik sozialer Gerechtigkeit und die Zuspitzung der New-Labour-Politik. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteispitze hat sich bislang für diesen Weg entschieden. Vor den Parlamentswahlen formulierte die SF erneut ein Koalitionsangebot an die Sozialdemokraten, verabschiedete sich zugleich von zentralen Forderungen der neuen sozialen Bewegungen wie der Kritik an der Europapolitik und Teilen der Militärpolitik – und verlor gemeinsam mit der SP die Wahl. Nachdem sie noch 2001 6,4 Prozent der Stimmen erhielt, konnte sie 2005 nur noch sechs Prozent und elf Sitze im Folketing erreichen. Dagegen erzielte die Einheitsliste mit einem Resultat von 3,4 Prozent und sechs Sitzen ihr bislang bestes Resultat.

Seit der Wahl hat vor allem die SF ihr Strategie revidiert: Mit Villy Søvndal, der Holger K. Nielsen nach der Wahl ablöste, hat sie sich für einen Parteivorsitzenden entschieden, der die in den sozialen Bewegungen verankerte Tradition der SF betont. Beide Linksparteien haben in den letzten Jahren ihre Mitgliederbasis – etwas konträr zu den Wahlergebnissen – erheblich ausweiten können: Die SF hat heute etwa 8 500 (2003: 7 000), die Einheitsliste 2 500 (2001: 2 000) Mitglieder. Die Tatsache, dass überwiegend junge Menschen für eine Mitarbeit in den Parteien gewonnen werden konnten, ist (hoffentlich) ein Zeichen dafür, dass der politischen Linken in Dänemark die Zukunft gehört.

Kaleidoskop von Meinungen (zusammengestellt von Michael Brie)

Der Auslöser: Der Widerstand gegen Hartz IV

»Dieser Hartz-IV-Sommer war der Durchbruch. Er hat die PDS endgültig mit dem Volk verschmolzen ... Natürlich war die PDS immer eine ostdeutsche Volkspartei, eine Partei allerdings, die zwischen Politik und soziologischem Zustand schwankte, als Milieupartei, als Partei der depravierten Kader, der wegevaluierten Intelligenz, der ›roten Barone‹ und ihrer neuen Hintersassen auf dem flachen Lande, der frustrierten ›Volksbildung‹, der pragmatischen Kommunalpolitiker. Aber die emphatische Wir-sind-das-Volk-Partei konnte sie eben nicht sein. Das war immer ihre schwärende Wunde. Denn in der Urzene des ostdeutschen Volkes, im Herbst 1989, standen die SED-Nachfolger auf der falschen Seite. Sie waren die Feinde des Wir. Aber nun gehören sie zum Wir, sind rückwirkend in die friedliche Revolution eingereicht ... «

Klaus Hartung in Die Zeit vom 26. August 2004

*

»Die langfristige Wirkung der Proteste *Anti-Hartz-Proteste und Montagsdemos* war wie eine Zündschnur – der Zerlegungsprozess der SPD wurde gefördert. Es gibt also keinen Grund, dass die Sozialprotest-Initiativen jetzt mit langen Dackelohren herumlaufen und klagen, die Aktionen hätten die Einführung von ›Hartz IV‹ nicht verhindern können. Die Proteste dagegen waren dennoch erfolgreich.«

Peter Grottian, Politologe, Professor an der Freien Universität Berlin und Mitglied im Berliner Sozialforum, im Interview mit der Jungen Welt vom 25. Juli 2005

*

»Ich bin ziemlich sicher, dass sich das neue Linksbündnis auch deswegen gebildet hat, weil viele gemerkt haben, dass die Bürger eine Alternative brauchen, der man wirklich vertrauen kann. Die Menschen haben gemerkt, dass man zusammenstehen muss, wenn man etwas erreichen will – es haben sich ja auch viele andere Zusammenschlüsse gebildet. In Angermünde z. B. haben wir ein ›Bürgerbündnis gegen Sozialabbau‹ gegründet, das zur Kommunalwahl antreten will. Das wäre nie passiert, wenn es die Protestwelle nicht gegeben hätte. Wir haben hohe Erwartungen an die Linkspartei, und ich hoffe, dass wenigstens sie uns nicht enttäuscht.«

Birgit Kühn, eine Organisatorin der Montagsdemos in Angermünde, im Interview mit der Jungen Welt, 1. Juli 2005

*

»›Notwendige Reformen‹, die ›ohne Alternativen‹ sind – dieses Reden hat einen totalitären Charakter. Ein Verdacht: Die Reformer argumentieren so apodiktisch, weil sie genau wissen, mit dieser Politik zertrümmern sie so ziemlich alles, wofür die ›Soziale Marktwirtschaft‹ der Bundesrepublik Deutschland einst stand: ein sozialer Staat, der dafür sorgte, dass die privaten Risiken

Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit grundsätzlich kollektiv abgesichert wurden. »Modell Deutschland« nannte das voller Stolz der sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt. Verteidigen also die CDU/SPD/CSU/FDP/Grünen-Politiker ihre Reformphilosophie deshalb so vehement, weil sie wissen, dass sie einen Putsch von ganz oben machen? *Einen Putsch?* Ja, die Agenda 2010 und Hartz IV sind Chiffren für den konzertierten Angriff von ganz oben auf den Sozialstaat. Sie nennen es »Umbau« – doch die Wortwahl kaschiert nur den qualitativen Sprung in ein anderes Gemeinwesen. Die Berliner Republik steht für den Abschied von der Solidargemeinschaft.«

Arno Luik im Stern vom 21. Oktober 2004

*

»Nicht das Gespenst des Kommunismus, vielmehr die Angst geht um in Europa – gepaart mit Wut, Abscheu und tiefem Misstrauen gegenüber den politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten, die ähnlich den Verantwortlichen in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus in die Industriegesellschaft offensichtlich unfähig sind, die unausweichliche Globalisierung der Ökonomie human zu gestalten. Unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes reden sie vielmehr einer anarchischen Wirtschaftsordnung, die über Leichen geht, das Wort. 100 Millionen von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen in Europa und den USA und 3 Milliarden Arme, die zusammen ein geringeres Einkommen haben als die 400 reichsten Familien der Erde, klagen an: die Adepten einer Shareholder-Value-Ökonomie, die keine Werte kennt jenseits von Angebot und Nachfrage, Spekulanten begünstigt und langfristige Investoren behindert. Sie klagen an: die Staatsmänner der westlichen Welt, die sich von den multinationalen Konzernen erpressen und gegeneinander ausspielen lassen. Sie klagen an: ein Meinungskartell von Ökonomieprofessoren und Publizisten, die meinen, die menschliche Gesellschaft müsse funktionieren wie DaimlerChrysler, und die sich beharrlich weigern, anzuerkennen, dass der Markt geordnet werden muss, auch global Regeln einzuhalten sind und Lohndumping die Qualität der Arbeit und der Produkte zerstört... Das Triumphgeheul des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über die Billiglohnkonkurrenz aus dem Osten noch in den Ohren, müssen marginalisierte und von der Marginalisierung bedrohte Menschen sich vom politischen und ökonomischen Establishment als Neonazis und Kommunisten beschimpfen lassen, wenn sie radikale Parteien wählen, weil es keine Opposition mehr gibt und sie sich mit einer Großen Koalition konfrontiert sehen, die offensichtlich die Republik mit einem Metzgerladen verwechselt, in dem so tief ins soziale Fleisch geschnitten wird, dass das Blut nur so spritzt, anstatt durch Bürgerversicherung und Steuerfinanzierung die Löhne endlich von den Lohnnebenkosten zu befreien.«

Heiner Geißler, ehemaliger CDU-Generalsekretär, in Die Zeit vom 11. November 2004

*

Links und Rechts in Deutschland

»Was also ist ›links‹? Zunächst das Grundsätzliche: Die Emanzipation der unteren Schichten zum Bürger ist erst vollendet, wenn neben der Freiheit von politischer Willkür und der Gleichheit vor dem Gesetz auch die Solidarität zum Grundgesetz der Gesellschaft wird... Die Kämpfe der Arbeiterbewegung hatten deshalb das Recht auf Arbeit zum Ziel, ersatzweise die Vollbeschäftigung – weil nur diese die Macht des Kapitals balancieren und damit ›bürgerliche Würde‹ schaffen kann ... Links ist – zweitens – ein Sozialstaat, der ›einheitliche‹ Lebensverhältnisse garantiert (siehe Grundgesetz-Artikel 20, 72 und 106), nicht als ›Wohltaten‹, sondern als Voraussetzung für Demokratie.«

Mathias Greffrath in Die Zeit vom 14. Juli 2005

*

»Die modernen europäischen Gesellschaften haben keinen Mangel an Wettbewerb, an Märkten, an Freiheitsräumen, an Individualisierung, an Autonomie: All das ist im Überfluss vorhanden. Zur Mangelware aber sind, als Folge der Überproduktion im neoliberalistischen Wandel, die Bindungswerte geworden. Es fehlt an Kohäsion, an Sinn, an Zielen, an Orientierungen, an intakten und integrativen Institutionen ... Diese Entwicklung wird das Bedürfnis nach sozialregulativen Ideen und sozialintegrativen Instrumenten wieder erhöhen. Es mag sogar sein, dass der Staat als innerer Freiheits- und Friedensgarant positiv zurückentdeckt wird. Man wird über integrative Tätigkeits- und Organisationsmuster diskutieren, auch über eine neue, viel stärker beteiligungsorientierte Restrukturierung des Politischen.«

Franz Walter, Politikwissenschaftler, Professor an der Uni Göttingen, in Die Zeit, 2. Juni 2005

*

Links ist »eine Politik, die die Gesellschaft nicht dem Markt überantwortet, der im Zweifel nicht einmal existenzsichernde Löhne bietet. Linke Politik überlässt dort, wo Starke und Schwache aufeinander treffen, die Dinge nicht dem Selbstlauf, sondern setzt Regeln und Grenzen, um die Kräfteverhältnisse auszugleichen.«

Frank Bsirske, Ver.di-Chef, in der Welt am Sonntag, 24. Juli 2005

*

Der Sozialstaat war »ein genuines SPD-Projekt des psychosozialen Klassenkompromisses. Indem dessen Voraussetzungen in der kapitalförmigen Globalisierung entschwinden, ist auch diese Politik am Ende bzw. nur um den Preis einer Konfrontation mindestens à la Lafontaine mit dem herrschenden System zu haben. Dazu ist aber die historisch gewordene SPD weder fähig noch willens. Sie ist nur noch in der Lage, eingepasst in die herrschende Kostenlogik, mit den jüngsten Kontrareformen wie Harz IV ihrer tradierten Klientel einen Bärenienst zu leisten, der dem Kapital indes sehr zurecht kommt. Nach dieser Drecksarbeit, wofür die SPD alsbald die Quittung erhalten wird, kann und

wird sie als Akteur überlieferter sozialdemokratischer Politik abtreten. Kontur- und identitätslos, ist sie am Ende ihrer Laufbahn und überflüssig geworden. Die beinharten christdemokratischen Vettern, mit denen sie ohnehin seit langem unter einer Decke steckt, übernehmen den Staffstab. Die SPD ist nicht mehr das kleinere Übel, sondern nur noch ein Flügel des gleichen üblen Kartells. Der von ihr geräumte sozialreformerische Platz wird von enttäuschten Linksozialdemokraten und Teilen der PDS besetzt, daher ist ihr Zusammengehen folgerichtig. Als Springpunkt wird sich aber die Frage erweisen, ob die Rekonstruktion des Sozialstaats überhaupt noch ein mögliches und sinnvolles Ziel darstellt. Sicher sind dessen Reste mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Schon hierbei und erst recht bei den im sozialdemokratischen Sinn notwendigen anti-kapitalistischen Strukturreformen der Reichumsverteilung ist der Zusammenprall mit den Kapitalinteressen programmiert. Eine neue Linke wird und kann dem nicht ausweichen.«

Gerhard Armanski, Kultur- und Sozialwissenschaftler, Uni Osnabrück, im Neuen Deutschland vom 25. Juni 2005

*

»Die Linken stehen für Staatsgläubigkeit, für Etatismus, tönt es abschätzig seitens der etablierten Parteien. Doch wer hat die Staatsgewalt gegenüber der Bürgergesellschaft und der Freiheit der Einzelnen bis zu Zwangsmaßnahmen gegen Langzeitarbeitslose ausgebaut? Die Linken wollen nur, dass der Staat sich gegenüber den weltweit agierenden Konzernen und Investmentfonds emanzipiert sowie Bürger, Umwelt und Kultur vor totaler Vermarktung schützt. Ein sozialer Staat lässt sich nicht als überkommene Wohltätigkeitsangelegenheit abstempeln. Er ist Basis der Demokratie. Die aber wird in Deutschland durch die Ohnmacht, in die sich die Politik gegenüber der Wirtschaft selbst gebracht hat, gefährdet.«

Christa Luft, Wirtschaftswissenschaftlerin, im Neuen Deutschland vom 22. Juli 2005

*

»Links ist eine Politik, die sich auch auf die Globalisierungsverlierer konzentriert. Die soziale Gerechtigkeit nicht nur als Chancengleichheit definiert, sondern auch als Verteilungsgerechtigkeit. Links ist, zu wissen, dass eine Volkswirtschaft nicht nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben funktioniert. Links ist, sich für Bürger- und Menschenrechte einzusetzen und für die Gleichstellung von Mann und Frau. Links ist auch, gesellschaftliche Probleme nicht auf dem Rücken von Schwachen und vermeintlichen Sündenböcken auszutragen. Das heißt beispielsweise, nicht Schwarzarbeiter oder Zuwanderer für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, sondern gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen und für Mindestlöhne zu kämpfen – und zwar unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus der Betroffenen.«

Harald Wolf, Wirtschaftssenator in Berlin für die PDS, in der Jungen Welt vom 1. Juli 2005

*

Zum Projekt der Linkspartei

»Da bin ich frohen Mutes, dass uns das nicht gewaltig stören wird.«
Klaus Uwe Benneter, Generalsekretär der SPD, zur Gründung der WASG, zitiert in Focus, Heft 30/2004

*

»Vor fünf Jahren hat hierzulande auch niemand gedacht, dass aus der Initiative einiger NGOs mit Attac ein politisch wichtiger, sich produktiv streitender politischer Akteur werden würde. Deshalb plädiere ich dafür, dass sich die linken Bewegungen etwas systematischer mit den Möglichkeiten und Grenzen, Chancen und Gefahren der Linkspartei auseinandersetzen. Im klärenden Streit und sich nicht dem Rhythmus des Wahlkampfes anpassend. Das bedeutet auch nicht, nun Forderungen zu stellen, die im Wahlprogramm auftauchen sollen (das ist ja umgekehrt ein Instrumentalisierungsversuch der Partei durch Teile der Bewegungen). Aber ein genaues Ausloten gegenseitigen Umgangs miteinander, was angesichts der aktuellen Programmatik sicherlich nicht heißt Wahlauftritt oder formelle Allianzen. Für die Linkspartei heißt das: Wenn sie ihre politische Bedeutung stärken will, muss sie sich zurücknehmen. Sie muss anerkennen, dass die Neugründung einer relevanten Linken ein breiter Prozess ist und schon einiges in den Bewegungen geschehen ist. Die Linkspartei hätte ohne die Kritik vielfältiger Bewegungen in den vergangenen Jahren ja gar nicht ihr Potenzial. Eine Partei kann nur ein Teil gesellschaftlicher Veränderungen sein und das Engagement von Millionen von Menschen für eine bessere Gesellschaft in unterschiedlichen Zusammenhängen nicht ersetzen. Sie kann dieses Engagement auch nicht einfach herstellen, sondern allenfalls in umsichtigem Handeln für bestimmte Fragen bündeln. Ansonsten werden wir ein kurzes Strohhalm erleben, das zum x-ten Male und unterstützt von den herrschenden Kräften die Illusion des Parlamentarismus nährt.«

Ulrich Brand, Sozialwissenschaftler an der Uni Kassel, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac, in der Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 2005

*

»Es steht eine strategische Kräfteverschiebung an – und damit die Vollendung von 1989. Im Moment – wir schreiben den 29. Mai – benehmen sich nicht wenige in PDS und WASG so, als wenn sie nicht begriffen hätten, dass sie unumkehrbar ins Freie entlassen worden sind und lernen müssen, ›ohne Geländer‹ (Hannah Arendt) zu denken. Die Linke wird nur dann zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft werden, wenn sie sich fair und ohne Bedingungen allen öffnet, denen es um nachhaltigen Widerstand gegen den Klassenkampf von oben zu tun ist. ›Ein runder Tisch wartet‹, schrieb 1932 Carl von Ossietzky. Damals verhallte seine Aufforderung ungehört.«

Jörn Schütrumpf, Geschäftsführer des Karl Dietz Verlages Berlin und Redakteur von UTOPIE kreativ, in Das Blättchen, 6. Juni 2005

*

»Die Linke ist immer dann schwächer und nicht stärker geworden, wenn sie sich gespalten hat.«

Michael Sommer, Vorsitzender des DGB, zitiert in Die Welt, 9. Juni 2005

*

»Die neue Linkspartei wäre eine wichtige Stimme im Parlament, die unseren Positionen nahe steht.«

Marget Mönig-Raane, Stellv. Vorsitzende von Ver.di, zitiert im Spiegel, 27. Juni 2005

*

»Ich finde, das Linksbündnis hat die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik spannender und farbiger gemacht: Die Grünen profilieren sich wieder als moderne Linkspartei, die SPD konkretisiert ihr Programm. Deshalb bin ich gespannt, wie sich die Dinge entwickeln.«

Frank Bsirske, Ver.di-Chef, in der Welt am Sonntag, 24. Juli 2005

*

»Heute geht es nicht um eine Vereinigung unserer Parteien, sondern heute leiten wir einen Prozess ein. Wir eröffnen einen Prozess, der möglicherweise in zwei Jahren so endet. Und, liebe Genossinnen und Genossen, ich sage es einmal so: Wir sind der Kernbereich dessen! Wer hätte denn das 1989 oder 1990 geglaubt? Auch die WASG musste sich erst an diesen Gedanken gewöhnen. Aber wir werden etwas hinkriegen, was wir in Deutschland seit 1989 überhaupt noch nie erlebt haben: eine wirklich faire, demokratische Vereinigung, wo aber der Osten eine etwas größere Rolle spielt, weil das sozial gerechte Denken hier noch verbreiteter ist als in den alten Bundesländern! Und das hat mit Geschichte zu tun!«

Gregor Gysi, Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS für Berlin, auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitagess der Linkspartei.PDS am 17. Juli 2005

*

»Die Protagonisten des linken Wahlbündnisses stehen vor der Aufgabe, das bislang virtuelle Projekt in reales politisches Handeln umzusetzen, was die Überwindung vieler politischer Hindernisse, persönlicher Machtansprüche und Eitelkeiten einschließt. Neben der Verständigung auf wahlpolitische Alternativen darf die mittelfristige Perspektive nicht zum bloßen Wunschbild verkommen. Die eigentliche Aufgabe besteht darin, dass die Beteiligten bereit sind, über eine kurzfristig vereinbarte Wahlliste hinaus zu prüfen, ob genügend Potenzial für eine neue Formation vorhanden ist, die auch für andere linke Strömungen offen sein muss. Eine solche Formation kann die Kraft entwickeln, unter den Bedingungen des Kapitalismus im 21. Jahrhundert und der Verstärkung der neoliberalen Offensive zum Kristallisationspunkt des gesellschaftlichen Widerstands zu werden. Diese Herausforderung ist zugleich eine Chance, das Abdriften größerer Teile der Wahlbevölkerung nach rechts zu verhindern oder zumindest zu begrenzen.«

Joachim Bischoff, Mitglied des Bundesvorstands der WASG, in Jungle World vom 3. August 2005

»Es ist doch wohl so, dass weder PDS noch WASG für sich die entscheidende Kraft darstellen. Es ist müßig, ständig die Mitgliederzahlen zu vergleichen. Und es sind auch nicht Lafontaine oder Gysi für sich genommen. Sie aber könnten es für den Anfang zusammen sein. Und das ist es auch, was die Lage so verändert hat: die Möglichkeit – tatsächlich, die historische Möglichkeit. Diese kommt, wie jede wirkliche neue Möglichkeit, aus der Krise. Aber sie kann auch bloß Teil dieser bleiben.«

*Bernd Rump, Germanist, Mitglied des Landesvorstandes der PDS
in Sachsen, im Freitag vom 24. Juni 2004*

*

»Zu den möglichen Wählerschichten der Linkspartei gehören auch »die alte Arbeiterklasse, die unorganisierten Arbeitslosen- und Sozialhilfegruppen der modernen Wissensgesellschaften, die sich entrechtet fühlen.«

*Franz Walter, Politikwissenschaftler, Professor an der Uni Göttingen,
im Spiegel vom 27. Juni 2005*

*

»Die Politik, die ich bisher auf der Straße betrieben habe, will ich auch mal im Parlament zur Sprache bringen. Im Moment werden viele wichtige Themen zwar in den Bewegungen formuliert, in den Parlamenten kommen sie nicht vor. Das will ich ändern. Langfristig bleibe ich aber den Bewegungen treu. Sollte in meinem Fall ein Mandat herauspringen, sehe ich darin ohnehin nur ein vorübergehendes Betätigungsfeld. Denn davon bin ich überzeugt: Grundsätzliche Veränderungen kommen in diesem Land nicht ohne starke soziale Bewegungen zustande.«

*Heike Hänsel, Sprecherin der Europa-AG von Attac und Kandidatin
der Linkspartei in Baden-Württemberg, im Juli 2005*

*

»Natürlich wäre eine sozialdemokratische SPD viel besser als die neoliberale, die wir heute haben. Aber würde das die Notwendigkeit einer sozialistischen Partei auch nur im Mindesten in Frage stellen? Wir werden irgendwann hoffentlich wieder stark genug sein, dem Kapitalismus soziale Zugeständnisse abzuwingen. Aber ein Grund, sich in ihm einzurichten, sollte das noch lange nicht sein. Deshalb bin ich der Überzeugung: Zusammenarbeit zwischen PDS und WASG vor und nach der Wahl in allen Punkten, die ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen. Aber Erhalt der Identität unserer Partei als Partei des Demokratischen Sozialismus.«

*Sarah Wagenknecht, Kommunistische Plattform in der PDS, Europaabgeordnete
für die PDS, auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitages
der Linkspartei. PDS am 17. Juli 2005*

*

»Die neue Linkspartei ist weder neu noch links, so wie die PDS, wie immer sie sich nennen mag, nicht für demokratischen Sozialismus steht. Im Gegenteil:

Die Nachfolgepartei der SED hat sich vom Polizeistaat DDR, einschließlich Mauer und Schießbefehl, ebenso halbherzig distanziert wie ihr Aushängeschild Gregor Gysi von seinen Stasi-Kontakten. Und es hat seine unfreiwillige Komik, wenn die PDS heute die Rückkehr zum westdeutschen Wohlfahrtsstaat propagiert, den sie einst so erbittert bekämpfte. Das Bündnis mit Oskar Lafontaine macht diese Politik nicht glaubwürdiger, denn aus der globalisierten Welt und aus der Europäischen Union führt kein Weg zurück zum abgeschotteten Nationalstaat, der durch Schließung der Grenzen soziale Sicherheit zu schaffen glaubt... Gingen unsere verunsicherten Bürger populistischen Demagogen und Anti-Europäern wie Gysi und Lafontaine auf den Leim, wäre die Demokratie wie in der Weimarer Republik auch in der Bundesrepublik bedroht.«

Hans Christoph Buch, Wolf Biermann, Klaus Harpprecht, Uwe Kolbe, Günter Kunert, Gert Loschütz, Monika Maron, Peter Schneider und andere in einem Aufruf gegen die neue Linkspartei vom Juni 2005

*

Demokratischer Sozialismus

»Wir sind als Sozialstaatspartei gestartet und landen jetzt als demokratische Sozialisten – viele haben ein Problem damit. Ich sage euch: Selbstverständlich wäre es eine Katastrophe, wenn es das Ende des menschlichen Denkens wäre, wenn wir den gegenwärtigen Kapitalismus betrachten. Wir müssen darüber nachdenken, wie es weiter geht. Aber unsere unmittelbare Aufgabe muss sein, jetzt und hier die Leute da mitzunehmen, wo sie sind! Dass wir die Chance begreifen, mit ihnen gemeinsam den Aufbruch zu wagen. Und wenn wir dann den ersten und zweiten Schritt gegangen sind, dass wir diese Bundestagswahlen gewinnen, dass wir die Alternativen darstellen – dann können wir auch die nächsten Schritte wagen, Kolleginnen und Kollegen.«

Klaus Ernst, Vorsitzender der WASG, auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei.PDS am 17. Juli 2005

*

»Die Vertreterinnen und Vertreter der PDS haben in den Gesprächen mit der WASG immer deutlich gesagt, dass wir programmatisch am demokratischen Sozialismus festhalten und deshalb stets auch als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten handeln werden.«

Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS, auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitags der Linkspartei.PDS am 17. Juli 2005

*

»Der Neuanfang besteht schlicht und einfach darin, dass auf das Ziel des Sozialismus verzichtet werden soll, was natürlich Konsequenzen hat und haben soll, z. B. hinsichtlich des Verhältnisses zur DDR. Das Wort Sozialismus wird an anderen Stellen gebraucht, aber eben nicht im Namen, nur in einem Teil der Länder auf den Wahlzetteln. Das will ich nicht, und ich denke, das wollen

auch mehr nicht. Die Hoffnung auf Sozialismus war schon Jahrhunderte und ist auch heute eine notwendige Folge der Ablehnung des heutigen kapitalistischen Systems und der massenweisen Verelendung, die seinen wissenschaftlich-technischen Fortschritt begleitet.«

Uwe-Jens Heuer, Sprecher des Marxistischen Forums in der PDS, auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitags der Linkspartei. PDS am 17. Juli 2005

Ausgewählte Texte in Auszügen

Aus der Erklärung von Lothar Bisky und Klaus Ernst vom 10. Juni 2005: Gespräche zwischen PDS und WASG erfolgreich verlaufen⁷⁷

PDS und WASG haben in Berlin ihre Sondierungsgespräche erfolgreich fortgesetzt. Die Gesprächsgruppen beider Parteien werden ihren Gremien vorschlagen:

1. PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen.
2. PDS und WASG wollen bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 nicht gegeneinander antreten.
3. Die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl auch Mitgliedern der WASG öffnen. Um das Neue an dem Projekt zu dokumentieren, wird dem Vorstand der PDS vorgeschlagen, eine Namensänderung zu prüfen.

André Brie: Erinnerung an die USPD⁷⁸

Hier ist nicht der Platz, und ich bin nicht der geeignete Autor, eine differenzierte und realistische Analyse der USPD vorzunehmen. Aber einige Fragen bewegen mich seit langem und die aktuellen Bezüge könnten Anlass sein, über die letztlich kurze Episode dieser Parteientwicklung nachzudenken. »Ist das die historische Chance zur Gründung einer neuen USPD?«, fragte Anfang Juni die Süddeutsche Zeitung. Gemeint war natürlich die Vereinigung von PDS und WASG.

Vor fast 90 Jahren, im April 1917, gründeten 15 Reichstagsabgeordnete und Delegierte aus 91 sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen in Gotha die Abspaltung von der SPD. Vorausgegangen war der Bruch des so genannten Burgfriedens im Reichstag (Kaiser Wilhelm II.: »Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche«) durch Karl Liebknecht, der im Dezember 1914 gegen einen neuen Kriegskredit stimmte. Als es ihm Monate später weitere SPD-Abgeordnete gleich taten, folgte für die »Dissidenten« erst der Fraktions-, dann der Parteiausschluss.

⁷⁷ sozialisten.de/presse/presseerklarungen/view_html?zid=27710.

⁷⁸ Kolumne für Disput, Juli 2005 (www.andrebrie.de/pds/disput/07-2005.htm)

Obgleich die Forderung nach Kriegsende im Mittelpunkt stand, hatte sich der Konflikt innerhalb der Sozialdemokratie bereits an der sozialen Frage entzündet. War die Sozialdemokratische Partei Deutschlands noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Bündnis mit den Gewerkschaften die wichtigste Vertreterin proletarischer Interessen, zählte über eine Million Mitglieder und stellte die größte Fraktion im Reichstag, setzten sich in der Parteiführung mehr und mehr reformistische Ideen durch. Eine Politik zugunsten der »kleinen Leute« fand praktisch nicht mehr statt.

In breiten Teilen der Bevölkerung stieß dieser Kurs auf Ablehnung. Die USPD dagegen fand schnell ihre politische Basis in den Industriezentren und in Großbetrieben; das Bündnis mit den Gewerkschaften war eng. »Wir fordern den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung, damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gebrochen, die Produktion auf das höchste Maß gesteigert, die Verteilung zugunsten der Gesamtheit der Volksgenossen umgestaltet werden«, hieß es im Aufruf der USPD-Parteiführung vom 9. Dezember 1918. Nach Gründung der Weimarer Republik 1919 und der Niederschlagung des Kapp/Lüttwitz-Putsches ein Jahr später wurde die USPD bei den Reichstagswahlen von Juni 1920 mit 17,9 nach der SPD mit 21,7 Prozent die zweitstärkste Fraktion.

Die ursprüngliche Mitgliederliste der USPD liest sich wie ein großartiges, niemals wieder auch nur annähernd erreichtes Who is who? der politischen und intellektuellen Widersprüchlichkeit des deutschen Linkssozialismus: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Clara Zetkin, Paul Levi, Kurt Eisner, Max Hoelz, Ernst Reuter, August Thalheimer, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Karl Kautsky, Eduard Bernstein, um nur einige zu nennen.

Solche Unterschiedlichkeit wurde damals nicht ausgehalten. Ideologische Gegensätze waren den meisten wichtiger als politische Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten. Der Kampf gegen den Krieg und für eine sozialere Politik war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich hätte aufbauen lassen. Zu einer klaren Zielbestimmung und Programmatik, die in konkrete Politik mündet, kam es allerdings nicht. Als endgültig zerstörerisch erwiesen sich meiner Meinung nach die durch Lenin mit Blick auf die USPD verschärften 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale, darunter die faktische Aufgabe der Selbstständigkeit der Mitgliedsparteien und die Bindung an die Weisungen des Exekutivkomitees der Komintern, die keinen Platz für eine pluralistische und demokratische linke Parteientwicklung ließen. Im Oktober 1920 spaltete sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Eine Kritik Rosa Luxemburgs an der USPD hat jedoch an Aktualität nichts verloren: »Namen, Programme, Parteiungen müssen sich am Prüfstein der Taten erweisen. Nichts Halbes und Zweideutiges hat Bestand.«

**Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen
auf dem Ersten Sozialforum in Deutschland, Erfurt, 24. Juli 2005:
Wir haben Alternativen – eine andere Welt ist möglich!**

Der Ausgang des Referendums zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ebenso wie die Regierungskrise in Deutschland beweisen: Immer weniger vertrauen die Bürgerinnen und Bürger auf Empfehlungen und Aussagen der herrschenden Politikerinnen und Politiker. Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre steckt in einer tiefen Legitimationskrise. Es hat sich als falsch erwiesen, dass durch Sozialabbau die Erwerbslosigkeit gesenkt wird. Das Gegenteil ist eingetreten und wird durch das Festhalten an der Lissabon-Strategie weiter verschärft: die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, jung und alt, Menschen mit und ohne genehmen Pass, in »Leistungserbringer« und »Alimentenbezieher«. Die Gewerkschaften und die abhängig Beschäftigten sehen sich einem Generalangriff auf Tarifautonomie, Mitbestimmungsrechte und Kündigungsschutz ausgesetzt. Demokratieabbau und steigende Repressionen gehen einher mit Militarisierung. Die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt sind völlig unzureichend. Die Kluft zwischen GlobalisierungsgewinnerInnen und -verliererInnen wird tiefer. All das erfüllt zahlreiche Menschen mit wachsender Sorge um eine lebenswerte Zukunft – global, in Europa und auch hier in Deutschland.

Als Teil der internationalen und globalisierungskritischen Bewegung trafen wir uns in Erfurt – nicht nur um die politischen und sozialen Verhältnisse grundlegend zu kritisieren, sondern auch um unsere Alternativen zu entwickeln für eine solidarische, demokratische, ökologische, nicht-patriarchale und sozial gerechte Gesellschaft.

Soziales und Arbeit neu denken. Wir fordern eine komplette Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitspolitik. Wir brauchen ein existenzsicherndes Mindesteinkommen/Grundeinkommen für jede und jeden jetzt als Alternative zu Hartz IV, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine menschenwürdige Rente ohne Diskriminierung, massive Arbeitszeitverkürzung. Wir treten ein für eine solidarische Gesellschaft, ohne Ausgrenzung und Massenerwerbslosigkeit, ohne Armut und soziale Spaltung, in der jeder und jede sich umfassend bilden und entwickeln und in unterschiedlichen Formen tätig werden kann, chronisch Kranke und behinderte Menschen gleichgestellt sind, jeder Mensch das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen hat. Die Privatisierungen in diesen Bereichen müssen gestoppt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder am gesellschaftlichen Reichtum angemessen und sicher teilhat. Geld ist genug da! Solidarische Einfachsteuer jetzt!

Eine nach innen und außen friedliche Gesellschaft, die auf militärische Gewalt verzichtet und auch ökonomisch auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität mit anderen Ländern und Weltregionen zusammenarbeitet.

Wir lehnen den »Krieg gegen den Terror« ab – er wird zum Vorwand genommen, um demokratische Rechte einzuschränken und Musliminnen und Muslime zu stigmatisieren. Wir fordern die Rücknahme der Anti-Terrorgesetze und des Zuwanderungsgesetzes sowie den sofortigen Stopp aller Deportationen von Flüchtlingen! Wir brauchen keine weltweit einsatzfähige Interventionsarmee sondern Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Stoppt die milliarden schweren Aufrüstungsprogramme! Die außerhalb Deutschlands stationierten Bundeswehrtruppen müssen abgezogen werden. Die faktische Unterstützung der Besatzungsherrschaft und der US-Kriegsführung im Irak muss beendet werden. Für einen gerechten Frieden in Palästina! Wir bleiben bei unserem konsequenten Nein zur EU-Verfassung!

Eine ökologische zukunftsfähige Gesellschaft, die den Ausstoß von Klimagasen und umweltbelastenden Stoffen sowie den Verbrauch nicht erneuerbaren Ressourcen auf ein international verträgliches Maß senkt. Das bedeutet bei uns eine ökologisch konsequente Landwirtschaft-, eine Siedlungs-, Energie- und Verkehrspolitik auf der Basis regenerativer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt leben und in der Männer nicht über die Köpfe der Frauen entscheiden. Dies ist zur Zeit in Politik, Gesetzgebung sowie in der Arbeitswelt immer noch die diskriminierende Realität.

Eine demokratische Gesellschaft mit weit über Wahlkämpfe und Wahltage hinausgehender demokratischer Teilhabe und aktiver Partizipation sowie Entscheidungskompetenz für alle Einwohnerinnen und Einwohner auf allen Ebenen: von der unmittelbaren Interessenvertretung über ökonomische Entscheidungsprozesse, betriebliche Mitbestimmung bis hin zu allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Fragen – von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und globalen. Wege dahin sind die Ausweitung von BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheiden auf allen Ebenen sowie Beteiligungshaushalte.

Eine andere Welt ist möglich, wenn wir gemeinsam die totale Vermarktung der Menschen und ihrer Umwelt stoppen und globales Zusammenleben neu gestalten. Dazu brauchen wir Austausch und Begegnung wie bei diesem Sozialforum in Erfurt:

Verstärkte Vernetzung der sozialen Bewegungen vor Ort, nicht zuletzt in Form der lokalen Sozialforen, um die Menschen zu befähigen, Akteure direkter Demokratie zu werden. Dazu gehört auch die Verknüpfung zu überregionalem Austausch und gemeinsamer Aktion.

Globalisierung von unten: Kommunikation und Kooperation unabhängig von Kultur, Religion, Geschlecht und Hautfarbe. Der gemeinsame Kampf weltweit für globale soziale Rechte für alle ist unsere Aufgabe. Wir fordern Schulstreichung und das Ende der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme.

Ob es gelingt, weiteren neoliberalen Umbau zu verhindern, hängt entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen vor und nach den Bundestagswahlen ab. Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muss mit unserem massiven Widerstand rechnen.

Rainer Rilling, Christoph Spehr: Vier Elemente eines modernen demokratisch-sozialistischen Gerechtigkeitsverständnisses⁷⁹

Ein erneuerter linker Begriff von Gerechtigkeit und demokratischer Gestaltung bedarf einer Neuaushandlung durch die Basis eines solchen Projekts. Der Gerechtigkeitsbegriff, mit dem auf den staatlichen Sozialabbau reagiert wird, steckt vielfach noch in fordistischen Kinderschuhen...

Die Linke darf sich ... keine Illusionen machen, ihr würde das Trademark »soziale Gerechtigkeit« einfach durch die Skandalisierung sozialer Missstände in den Schoss fallen. Es muss erarbeitet werden.

In der Hartz-Zeit stehen die PDS und offenbar erst recht die WSAG selbstverständlich für *Verteilungsgerechtigkeit* auch als Grundlage von Akzeptanz, Vielfalt und Hegemonie. Hier haben sie einen starken Ruf. Dieses *erste* Element, so notwendig es ist und so richtig es das sozialdemokratische Anliegen aufnimmt, das von der SPD liegen gelassen worden ist, ist aber nicht ausreichend. Ein neues linkes Projekt muss den Beweis erbringen, dass es mehr ist als eine zur Partei gewordene Abwehrschlacht.

Das *zweite* Element ist *Anerkennungsgerechtigkeit*. Zum Teil handelt es sich hier um ein grün-alternatives Anliegen, das von den Grünen liegen gelassen worden ist, wenn auch nicht so vollständig wie die Verteilungsgerechtigkeit von der SPD. Anerkennungsgerechtigkeit bedeutet, die Vielzahl der Lebenslagen, Lebensmodelle und individuellen Situationen und Orientierungen als gleichberechtigte Ausdrucksformen gesellschaftlicher Normalität anzuerkennen und sie von der Unterdrückung und Ausgrenzung durch die rechtlichen, ökonomischen und Alltagspraxen der Abwertung, Diskriminierung und Ungleichheit zu befreien. Die Linke muss – allgemein formuliert – für Anerkennung als Recht auf gleiche Teilhabe an sozialer Interaktion stehen und die politische Kraft sein, die sensibel ist für jede Form von Abwertung der Menschen und dagegen Front macht.

Das *dritte* Element eines erweiterten und erneuerten linken Gerechtigkeits- und Gleichheitsbegriffs ist *Aushandlungsgerechtigkeit*. Zwischen den Individuen und sozialen Gruppen, welche die Basis eines erneuerten linken Projekts ausmachen müssen, gibt es nicht nur gleichgerichtete Interessen, sondern auch Konkurrenz – Beziehungsstrukturen, wo der eine gewinnt, was der andere verliert. Das gilt zwischen dem polnischen Wanderhandwerker in Deutschland und seinem Kollegen hiesiger Nationalität ebenso wie zwischen dem im-

⁷⁹ Aus: Rainer Rilling, Christoph Spehr: Guten Morgen, Gespenst (Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte 8/2005).

mer noch vorherrschenden Allein- oder Hauptverdiener und seiner (meist) Frau, zwischen Mehrkindfamilien und Alleinerziehenden, zwischen Flüchtlingen und von Verdrängung am Arbeitsmarkt Bedrohten, zwischen der Erhaltung eines deutschen Wohlfahrtsniveaus und den niedergehaltenen Ansprüchen des Rests der Welt. Hier gibt es oft keine glatten Lösungen, hier schafft auch »soziale Sicherung plus Beschäftigungspolitik« keine heile Welt ohne Konflikte; hier ist der Ort für lange, schwierige Aushandlungsprozesse, Übergänge und Ausgleiche, in denen die Linke eine moderierende und kreative Rolle spielen, aber keine Stellvertreterpolitik beanspruchen kann.

Hieran schließt sich das *vierte* notwendige Element eines erneuerten linken Gerechtigkeits- und Gleichheitsbegriffs an: Verhandlungsmacht und gesellschaftliche Verhandlungsräume, also: *Selbstbestimmungsgerechtigkeit*. Gerechtigkeit und Gleichheit sind nichts mehr, was der Staat, so prima er auch regiert sein möge, direkt für alle schaffen kann. Stattdessen muss er die Räume ermöglichen, in denen sie verhandelt und erstritten werden, und diejenigen solidarisch und machtpolitisch unterstützen, deren Verhandlungsmacht bislang systematisch jeweils zu gering war. Mitbestimmung, z. B., ist kein Ersatz für fehlende Vergesellschaftung; sie *ist* Vergesellschaftung, die ihre vollständige Einlösung findet in Strukturen der gleichberechtigten Selbstverwaltung und der Verlagerung von Entscheidungsprozessen weg von Staat und »Privatbesitzern« und hinein in die reale Gesellschaft. Damit muss eine linke Gleichheitspolitik (Engler) die Konsequenz aus der Tatsache ziehen, dass Abwertungspraktiken und -kulturen, Ungleichheit und Praxen der Ungerechtigkeit allesamt eine Beziehung und ein Gefälle der Macht oder Herrschaft konstruieren oder reproduzieren. Dies ist in aller Regel das ungenannt-verborgene einfache Geheimnis der bürgerlichen und sozialdemokratischen Rhetorik der Gerechtigkeit: Sie verheimlichen und entnennen dabei die immer eingeschlossene politische Dimension von Macht und Herrschaft.

Informationsquellen

1. Dokumente der Linkspartei.PDS und der WASG

Die Grundsatzdokumente von Die Linkspartei.PDS und WASG sowie aktuelle Erklärungen und weitergehende Positionen der beiden Parteien sowie Wahlprogramme sind auf den jeweiligen Websites zu finden:

www.pds-online.de

www.w-asg.de

2. Politische, publizistische und wissenschaftliche Texte⁸⁰

- Adolphi, Wolfram: PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus – Skizzen zu ihrer Geschichte, in: UTOPIE kreativ, Heft 172 (Februar 2005), S. 113-125
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/172/172_Adolphi.pdf)
- Altwater, Elmar: Geisterfahrt. Deutschland im Mai. Wenn alle Parteien nach Opfern schreien, muss man sich von ihnen emanzipieren, in: Freitag 21/2004 vom 14. Mai 2004
(<http://www.freitag.de/2004/21/04210101.php>)
- Bach, Roland: Volksfront von rechts? Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 3/2005
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0503.pdf)
- Bischoff, Joachim: Linkssozialismus in der Berliner Republik. PDS zwischen Aufbau und Niedergang (2003) (http://www.rosalux.de/cms/rls_archiv/Analyse/Texte/bischoff2.pdf)
- Bischoff, Joachim: Die Linkspartei – Ihre Widersprüche und ihre Kritiker. Kommentar auf der Website der Zeitschrift Sozialismus vom 18. Juli 2005 (www.sozialismus.de/socialist/)
- Bischoff, Joachim: Die SPD und die Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus«. Vom organisierten zum entfesselten Kapitalismus. Hamburg 2005
- Bischoff, Joachim; Burkhardt, Wolfram; Cremer; Uli; Gerntke; Axel; Gössner; Rolf; Rock; Joachim; Steffen Johannes; Walter, Franz: Schwarzbuch Rot-Grün. Von der sozial-ökologischen Erneuerung zur Agenda 2010, Hamburg 2005
- Bischoff, Joachim; Hüning, Hasko: Perspektiven der Linksparteien in Deutschland, in: Sozialismus, Heft 1/2005
- Bischoff, Joachim; Radke, Björn: Die wählbare Alternative. Zum Selbstverständnis und der politischen Strategie der WASG, in: Sozialismus, Heft 12/2004
- Bongards, Martin: Hartz IV – Tagelohn und Arbeitsdienst. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 13/2004 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0413.pdf)
- Brand, Ulrich, Weniger wird mehr sein. Die Linkspartei kann gewinnen, wenn sie sich nicht zu wichtig nimmt, in: Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 2005
(www.links-netz.de/K_texte/K_brand_linkspartei.html)
- Brie, André: Strategische Konsequenzen aus den Wahlkämpfen 2004, in: UTOPIE kreativ, Heft 170 (Dezember 2004), S. 1079-1087
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/170/170-Brie.pdf)
- Brie, André; Brie, Michael; Chrapa, Michael: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS. Mit einer Anlage von Dieter Klein zu konkreten Reformprojekten. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 7/2002
(http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte_0207.pdf)
- Brie, Michael: Der Wind dreht sich. Montagsdemonstrationen gegen die herrschenden Klassen. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 14/2004
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0414.pdf)
- Brie, Michael: Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 3/2003
(http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte0303.pdf)
- Brie, Michael: Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte 41. Berlin 2003
(im Internet: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/manuskripte_41.pdf)
- Buchholz, Christine: Eine linke Koalition? Rot-Grün und das Linksbündnis stehen laut Umfragen knapp davor, nach dem 18. September eine Koalition bilden zu können. Sollten sie?
(www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1537.html)
- Candeias, Mario: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg 2004
- Candeias Mario: Wahlalternative 2006 – Ein stark subjektiver Eindruck, in: Gesellschaft & Soziales (9. 3. 2004)
(<http://www.linksnet.de/linkslog/index.php?itemid=74>)
- Deppe, Frank; Detje, Richard: Reformsommer. Strategiewechsel im DGB-Bundesvorstand, in: Sozialismus, Heft 3/2005

80 Die Texte aus der Zeitschrift *Sozialismus* sind elektronisch verfügbar unter: www.sozialismus.de/socialist/. Viele weitere Texte aus dem Umfeld der RLS sind zu finden unter: www.rosalux.de. Eine aktuelle Zusammenstellung findet sich unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?wahl05>.

- Eissel, Dieter: Eine große rot-grüne Gerechtigkeitslücke. Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist sozial- und konjunkturpolitisch verfehlt. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2005 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0501.pdf)
- Falkner, Thomas: Herausforderungen für sozialistische Politik, in: UTOPIE kreativ, Heft 165/166 (Juli/August 2004), S. 701-714 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/165-6/165_166-falkner.pdf)
- Gabriel, Oscar W.; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard: Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden 2002
- Gohde, Claudia: Den Tiger reiten. Vom Umgang mit den Organisationsdilemmata in der PDS, in: UTOPIE kreativ, Heft 170 (Dezember 2004), S. 1106-1113 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/170/170-Gohde.pdf).
- Greffrath, Matthias: Was heißt links? Alle schimpfen über PDS und WASG. Zeit für einen Grundkurs in linker Politik, in: Die Zeit vom 14. Juli 2005 (<http://www.zeit.de/2005/29/Linkssein>)
- Hensche, Detlef: Für eine politische Alternative, in: Sozialismus, Heft 12/2004.
- Hensche, Detlef: Neue Linkspartei – Angst vor der Alternative? In: Sozialismus, Heft 6/2004.
- Hensche, Detlef: Protestbewegung oder neue Partei? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2004
- Hirsch, Uwe: Wahlalternative oder PDS. Projekte für eine bessere Wahl? In: Sozialismus, Heft 9/2004
- Höpcke, Klaus: Drei Programme – eine Partei?, in: UTOPIE kreativ 173 (März 2005), S. 243-256 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/173/173_Hoepcke.pdf)
- Huffschmid, Jörg: Aufklärung statt Katzenjammer. Agenda 2010 Hartz IV. Weshalb Druck über eine linke Wahlalternative im Parlament einen Sinn hat, in: Freitag 15/2004 vom 2. April 2004 (<http://www.freitag.de/2004/15/04150501.php>)
- Klein, Dieter: Über den »Gnadenlosen Populismus« der PDS oder Acht Schritte zum Richtungswechsel in der Arbeitspolitik. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 17/2004 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0417.pdf)
- Klönne, Arno: Debatten für eine Linke: Wir können neu beginnen. Eine neue Partei muss soziale Bewegung zum Ausdruck bringen, in: Ossietzky vom 27. April 2004 & sopus 4/2004 (<http://www.sopos.org/aufsaezte/408ea79ae2eac/1.html>)
- Krämer, Ralf: Für eine wahlpolitische Alternative 2006. Fassung vom 5. Februar 2004 und gekürzt vom 15. März 2004 (<http://www.wahlalternative-arg.de/uploads/media/Wahlalternative.pdf>)
- Krämer, Ralf: Was für eine Partei braucht die sozialistische und gewerkschaftliche Linke? Mai/Juni 2003 (http://www.rosalux.de/cms/rls_archiv/Analyse/Texte/kraemer.pdf)
- Lötzsch, Gesine: Zukunft konkreter Politik, in: UTOPIE kreativ, Heft 170 (Dezember 2004), S. 1088-1095 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/170/170-Loetzsch.pdf)
- Meves, Helge: Das Selbstverständnis der PDS, der Neoliberalismus und die Mitte-Unten-Optionen, in: UTOPIE kreativ (Heft 152) Juni 2003 (
- Meves, Helge: Schröblair. Bewegung in die Parlamente. Die britische Wahlalternative »Respect« und Ihre deutschen Schwestern, in: Freitag 26/2004 vom 19. Juni 2004 (<http://www.freitag.de/2004/26/04260402.php>)
- Meves, Helge: Es tut sich etwas. Der Widerstand gegen den Sozialabbau ist in Bewegung gekommen. Der Prozess der Sammlung muss vorangetrieben, die Rechten müssen zurückgedrängt werden, in: Jungle World 36/2004 vom 19. August 2004 (<http://jungle-world.com/seiten/2004/34/3772.php>)
- Ostrowski, Christine: PDS und Bürgernähe, in: UTOPIE kreativ, Heft 170 (Dezember 2004), S. 1096-1105 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/170/170-Ostrowski.pdf)
- Redaktion Sozialismus: Das Ende einer Ära – Neugründung der politischen Linken, in: Sozialismus, Heft 6/2005
- Redaktion Sozialismus: Große Koalition der neoliberalen Parteien, in: Sozialismus, Heft 4/2005
- Reißig, Rolf: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand. Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte 22, Berlin 2005, im Internet: (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Reissig_Rolf/Rei_ig-Mitregieren.pdf)
- Reißig, Rolf; Brie, Michael: Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin. Standpunkte 11/2005 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, im Internet: (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/standpunkte_0511.pdf)
- Rilling, Rainer; Spehr, Christoph: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 8/2005 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0506.pdf)
- Rilling, Rainer; Spehr, Christoph: Guten Morgen, Gespenst. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 8/2005 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0508.pdf)

- Schäfer, Heinz: PDS. Profilschärfung erforderlich, Beachtung der West-Positionen auch, in: UTOPIE kreativ, Heft 176 (Juni 2005), S. 539-547
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/176/176Schaefer.pdf)
- Scharenberg, Albert: Linker Aufbruch? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2005, S. 903-906
- Schubert, Katina; Breitenbach, Elke: Opposition und Regierung – Partei und Bewegung – Widersprüche? In: UTOPIE kreativ, Heft 165/166 (Juli/August 2004), S. 715-725
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/165-6/165_166-breitenbach.pdf)
- Schüttrumpf, Jörn: Brüder, in eins nun die Hände, in: Das Blättchen, 6. Juni 2005
(www.rosalux.de/cms/index.php?id=6862&type=0)
- Spehr, Christoph; Rilling, Rainer: Guten Morgen, Gespenst. Annäherungen an das jähe Erscheinen eines Parteiprojekts. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 8/2005
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0508.pdf)
- Spehr, Christoph; Rilling, Rainer: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern ... Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 6/2005
(http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0506.pdf)
- Stork, Volker: Soziale Demokratie statt neoliberalen Regime. Zur Programmatik der WASG, in: Sozialismus, Heft 10/2004
- Walter, Franz: Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden 2004
- Walter, Franz: Republik im Abschied, in: Die Zeit, Heft 23/2005
(www.zeit.de/2005/23/KoalitionsAbschied?page=all)
- Weichold, Jochen, Dietzel, Horst: Bundestagswahl 2005 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich. Analyse der zur Zeit vorliegenden Wahlmanifeste, Programme und Entwürfe. Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, August 2005
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Wahlprogramme_der_Parteien.pdf)
- Weichold, Jochen: Aufbruch in die Anpassung, in: UTOPIE kreativ, Heft 171 (Januar 2005), S. 24-41
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/171/171_Weichold.pdf)
- Weichold, Jochen: Der Verlust der Machtperspektive. Zum Wahlprogramm-Parteitag der Grünen in Berlin. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 9/2005
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_05_09.pdf)
- Weis, Florian: Linker Aufbruch oder ›the same procedure? Einige Anmerkungen zu Erfolgchancen und Ausrichtung einer möglichen neuen Linkspartei und ihres Verhältnisses zur PDS. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 10/2004
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0410.pdf)
- Weis, Florian: Die PDS in den westlichen Bundesländern. Anmerkungen zu keiner Erfolgsgeschichte, in: UTOPIE kreativ, Heft 173 (März 2005), S. 257 . 265
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/173/173_Weis.pdf)
- Wittich, Dietmar: Allgemeine Verunsicherung. Neue Umfragen über politischen Alltag und Zukunftserwartungen und ihre Bedeutung für die Politik der Linken. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 6/2004 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte04_06.pdf)
- Wittich, Dietmar: In welcher Gesellschaft leben wir?, in: UTOPIE kreativ, Heft 165/166 (Juli/August 2004), S. 689-700
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/165-6/165_166-wittich.pdf)
- Wittich, Evelin: Die erste Kanzlerkandidatin. Befunde und Thesen zum Thema Frauen und Politik. Ist die Kanzlerkandidatur von Angela Merkel eine Fehlzanzeige in Sachen gerechterer Geschlechterverhältnisse? Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 7/2005
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_05_07.pdf)
- Woop, Gerry: Chancen und Risiken im neuen Linksprojekt. Text für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Juni 2005 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/2005-05_Woop_Chancen_und_Risiken_im_neuen_Linksprojekt.pdf)
- Zimmer, Gabi: Ist die PDS noch zu retten?, in: Freitag vom 20. Juni 2003
(http://www.rosalux.de/cms/rls_archiv/Analyse/Texte/zimmer.htm)

Autorenverzeichnis

- Birke, Peter, Sozialwissenschaftler, freier Mitarbeiter
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Bischoff, Joachim, Mitglied des Bundesvorstandes der WASG,
Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«
- Brangsch, Lutz, Leiter des Bereichs Politische Bildung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Brie, André, Mitglied im Europaparlament für die Linkspartei.PDS
- Brie, Michael, Leiter des Bereichs Politikanalyse
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Ettinger, Helmut, Mitarbeiter des Referats Internationale Verbindungen
des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS
- Hildebrandt, Cornelia, wissenschaftliche Mitarbeiterin
im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Klein, Dieter, Leiter der Zukunftskommission
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Meves, Helge, Mitbegründer der WASG, Schriftsetzer, Soziologe,
Philosoph und Finanzberater
- Wittich, Dietmar, Soziologe und Parteienforscher